KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 204 Juli / August 2019 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 204 Juli/August 2019

Aktuelle Bewertung
Neue Entwicklungen im Mittleren Osten
Ferda Cetin 4

200 Tage gegen die Isolation von Abdullah Öcalan im Hungerstreik
Wir haben gehofft, gekämpft und gesiegt!
Interview von Sabiha Temizkan mit ihrer Mutter Leyla Güven 7

Öcalans strategischer Erfolg auf Imralı
Die Gesellschaft muss ihre Beteiligung aktiv einfordern
Mahmut Şakar im Gespräch mit Civaka Azad über seine Erfahrungen als Anwalt Abdullah Öcalans 12

Auf Abdullah Öcalan bestehen, auf einer anderen Welt bestehen
»Warum Öcalan?«
Dilar Dirik 19

Über die Regierungszeit der AKP in der Türkei
Erdoğans politische Abenteuer und die Wahlen in Istanbul
Cafer Tar, Journalist 22

Über die Besatzung und ihren Verlauf
»Besatzer raus aus Efrîn«
Devriş Çimen, Journalist und Mitarbeiter von Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V. 25

Şengal
Vom Genozid zur Demokratischen Autonomie
Yilmaz Pêşkevin Kaba 29

»Neue Macht – Neue Verantwortung« – Analyse zur deutschen Außenpolitik
Das Werteproblem der deutschen Außenpolitik
Ali Çiçek, Mitarbeiter von Civaka Azad e.V. – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit 37

Sich ein gemeinsames Verständnis von Solidarität aneignen
Die Isolation kann nur gemeinsam wirklich durchbrochen werden
Ali Çiçek und Wolfgang Struwe 42

Internationale Verbindungen schaffen, die Revolution in Rojava verteidigen
#riseup4rojava – smash turkish fascism!
Interview mit Info Aut und der Internationalistischen Kommune von Rojava 45

Wenn wir gemeinsame Schmerzen haben, werden wir auch eine gemeinsame Lösung hervorbringen!
Jineolojî-Akademie in Rojava eröffnete Andrea-Wolf-Institut
Andrea Benario 48

Im Mittelpunkt steht die Kraft der êzîdischen Frauen
»Jin Jiyan – Der Aufbruch«
Interview mit der Schweizer Schauspielerin und Leiterin der Volksbühne Basel, Anina Jendreyko 52

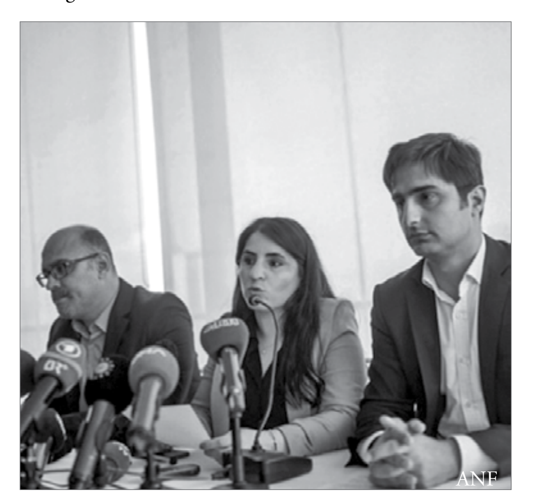
Ursachen und Schäden der jüngsten Überschwemmung im Iran
Ein neues Umweltbewusstsein muss her
Ebad Rouhi, Assistenzprofessor für Internationales Recht, Rechtswissenschaftliche Fakultät an der Islamischen Universität Azad, Zweigstelle Sanandadsch, Kurdistan, Iran 58

Ein Fazit der Öcalan-Lesereise in Deutschland
Öcalan lesen, nicht nur über ihn reden
Ein Gespräch mit Reimar Heider, Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan« 64

Halim Deners Tod jährt sich im Juni das 25. Mal
Die Toten bleiben jung
Volker Braun, 17. Mai 2019 66



Nach 200 Tagen Hungerstreik beendet Leyla Güven, und mit ihr auch all die Tausenden anderen, erfolgreich den Hungerstreik. Die Isolation wurde durchbrochen.



Widerstand erfolgreich! Erstmals nach fast acht Jahren haben die Anwält*innen Abdullah Öcalans ihren Mandanten auf der Gefängnisinsel Imralı besuchen können.



Am 3. August 2019 jährt sich der Angriff des Islamischen Staates (IS) gegen Şengal zum fünften Mal. Tausende Êzîd*innen wurden getötet, entführt, vertrieben ...

Liebe Leserinnen und Leser,

Widerstand lohnt sich! Tausende politische Gefangene in den Gefängnissen der Türkei und Aktivist*innen weltweit befanden sich bis zu 200 Tage in einem unbefristeten Hungerstreik, 30 politische Gefangene waren ins Todesfasten getreten.

Durch diesen Widerstand und diese politische Mobilisierung war es den Anwält*innen des kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan erstmals nach rund acht Jahren möglich, ihren Mandanten auf der türkischen Gefängnisinsel Imralı zu besuchen.

Öcalan und die anderen Insassen auf der Gefängnisinsel haben in diesem Kontext eine gemeinsame Sieben-Punkte-Erklärung verfasst. Wir möchten diesen Appell nochmals mit unserer Leserschaft teilen, da er die wahre Agenda der kurdischen und türkischen Gesellschaft widerspiegelt:

1. In diesem historischen Prozess, den wir durchlaufen, ist eine tiefgreifende gesellschaftliche Versöhnung erforderlich. Für die Lösung der Probleme besteht starker Bedarf an einer Methode demokratischer Verhandlungen, jenseits jeglicher Polarisierung und Konfliktkultur.
2. Die Probleme in der Türkei und sogar in der gesamten Region, insbesondere den Krieg, können wir durch »Soft power«, also mit Intelligenz und politischer und kultureller Stärke lösen statt mit physischer Gewalt.
3. Wir glauben, dass die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) für die Problemlösung in Syrien auf die Konfliktkultur verzichten und einen Status erreichen sollten, der den Prinzipien der lokalen Demokratie entspricht und ihre Rechte auf der Grundlage eines vereinten Syriens verfassungsrechtlich garantiert. In diesem Sinne sollten auch Bedenken der Türkei berücksichtigt werden.
4. Bei allem Respekt für den Widerstand der Freundinnen und Freunde innerhalb und außerhalb der Gefängnisse möchten wir betonen, dass sie ihre Aktion nicht an den Punkt bringen sollen, an dem ihr Leben in Gefahr gerät oder gar zum Tod führt. Für uns ist ihre geistige, körperliche und psychische Gesundheit wichtiger als alles andere. Wir glauben außerdem, dass der sinnvollste Ansatz mit der Entwicklung einer mentalen und spirituellen Haltung zusammenhängt.
5. Unsere Haltung auf Imralı richtet sich nach der Newroz-Deklaration von 2013. Wir sind entschlossen, die darin erklärte Ausdrucksmethode zu vertiefen und diesen Weg fortzusetzen.
6. Ein würdevoller Frieden und eine demokratische politische Lösung stehen für uns an erster Stelle.
7. Wir grüßen alle, die sich aufgrund unserer Haltung besorgt gezeigt haben und aktiv wurden, mit Respekt und sprechen unseren großen Dank aus.

Mit diesem Sieben-Punkte-Plan von Abdullah Öcalan hat die kurdische Seite nochmals ihren Willen zu einer demokratischen Lösung der gesellschaftlichen Fragen in der Türkei, vor allem der kurdischen Frage, dargelegt. Eine solche Lösung bleibt aktuell, ist weiterhin unabdingbar, auch und gerade angesichts der ganzen Gräueltaten und Ungerechtigkeiten ringsum.

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

Neue Entwicklungen im Mittleren Osten

Ferda Cetin

Die gegenwärtige Phase wird oft mit Formulierungen wie »Krise des kapitalistischen Systems«, »periodisch wiederkehrendes Chaos« oder »Dritter Weltkrieg« charakterisiert. Die Kriege − vor allem im Mittleren Osten − und ökonomischen Krisen resultieren aus den grundsätzlichen Problemen, die sich in Folge der globalen hegemonialen Herrschaftsstruktur angehäuft haben.

Für die unterdrückten Völker und Widerstand leistenden Gesellschaften stellt das weltweite Fehlen nationaler Befreiungsbewegungen und sozialistischer Revolutionen, wie sie in der Zeit zwischen 1940 und 1970 stattfanden, ein großes Problem dar – ein Vakuum. Die kurdische Befreiungsbewegung ist angetreten, dieses Vakuum zu füllen. Sie führt auf der einen Seite einen Guerillakrieg gegen kolonialistische Ausbeuter und errichtet auf der anderen Seite ein alternatives Gesellschaftsmodell, das sich auf die Prinzipien des Ko-Vorsitzes, Rätestrukturen, Selbstverwaltung und Selbstverteidigung beruft. Mit ihrer ablehnenden Haltung zu Nationalstaat und Hegemonialmacht gewinnt es den Respekt der Völker, während die kapitalistischen Staaten diesem Modell feindlich gesinnt sind und es zu neutralisieren beabsichtigen. Der türkische Staat ist in der Region offensichtlich damit überfordert, die Kräfte der demokratischen Moderne allein zu isolieren und zu schlagen.

Internationale Reaktion auf Befreiung

So werden die Stellungen der Verteidigungseinheiten ohne Pause von ihnen angegriffen, die südkurdischen Dörfer, Şengal (Sindschar) und Mexmûr bombardiert, ohne dass die Vereinten Nationen, die USA, die EU, die irakische Regierung oder andere internationale Institutionen eine Reaktion darauf zeigen. Und auch die Besetzung von Efrîn sowie die Dauerangriffe der Türkei auf Rojava/Nord- und Ostsyrien kann der türkische Staat nicht im Alleingang durchführen. Hinzu kommt, dass in der Türkei und in Nordkurdistan 100 Kommunen unter Zwangsverwaltung gestellt wurden, zehntausend politische Vertreter*innen, Abgeordnete, Ko-Bürgermeister*innen, Mitglieder und Sympatisant*innen der Demokratischen Partei der Völker (HDP) oder der Partei der Demokratischen Regionen (DBP) sind im Gefängnis, andere ins Exil getrieben und die USA, die europäischen Staaten, das Europäische Parlament und der Europarat schweigen; das alles zeugt von umfangreichen internationalen Absprachen.

Ein wichtiges Standbein dieser Absprachen ist die Isolation des kurdischen Repräsentanten und Vordenkers Abdullah Öcalan. Er hatte in den letzten acht Jahren nicht einmal seine Rechtsanwält*innen zu Gesicht bekommen und über Jahre seine Familie nicht gesehen. Den anderen drei Insassen auf der Gefängnisinsel Imralı erging es ebenso. Um den Einfluss der kurdischen Befreiungsbewegung und Abdullah Öcalans auf eine politische Lösung zu untergraben, wurde die Isolation auf Imralı immer weiter verschärft.

Die Isolation ist durchbrochen!

Die Aufgabe des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter (CPT) ist es, bei aktuellen Hinweisen auf Folter oder schlechter Behandlung aktiv zu werden. Doch sowohl der Europarat als auch das CPT sind trotz mehrfacher Aufforderung durch Rechtsanwält*innen, Familienmitglieder und Abgeordnete sowie der Öffentlichkeit ihrer Verantwortung nicht nachgekommen und haben sich damit an der Isolation von Öcalan durch die Türkei beteiligt.

Das Ziel des mittlerweile erfolgreich beendeten Hungerstreiks, den die HDP-Abgeordnete Leyla Güven über 200 Tage lang anführte und dem sich Tausende kurdische Aktivist*innen anschlossen, war es, diese internationale Isolation zu durchbrechen. Sie haben mit Appellen an die internationalen Institutionen und die internationale Gemeinschaft erklärt, bis zur Aufhebung der Isolation ihre Aktionen fortzusetzen. Schließlich führten die an Stärke gewinnenden weltweiten Aktionen gegen die Isolation zum Erfolg, sodass Abdullah Öcalan schließlich seine Geschwister und Rechtsanwält*innen sehen konnte,

ebenso wie die anderen drei Mitgefangenen auf Imralı. Die Isolation war durchbrochen.

Keine politische Akzeptanz für demokratische Strukturen

Staaten wie die USA, Großbritannien, Deutschland und Frankreich positionieren sich gemeinsam mit Organisationen wie der al-Qaida, al-Nusra, Hai´at Tahrir asch-Scham (HTS) und dem sogenannten Islamischen Staat (IS) im Irak und Syrien gegen die kurdische Befreiungsbewegung. Doch andererseits sind die USA und Europa im Krieg gegen den IS eine offene und sichtbare Allianz mit den Kurd*innen eingegangen und erkannten die kurdische Bewegung als einen starken Kampfpartner an. Aber bei den politischen Gesprächen erkennen dieselben Kräfte die legitimen, politischen Vertreter*innen der Bevölkerung in Nord- und Ostsyrien nicht an und verhindern deren Einbeziehung in politische Gespräche. Stattdessen nehmen sie den Kurdischen Nationalrat, welcher gute Beziehungen mit dem türkischen Staat und dem IS pflegt, und andere Kreise, die über keinerlei gesellschaftliche Basis verfügen, als ihre Ansprechpartner.

Die USA und EU loben die Kurd*innen als sogenannte heldenhafte, furchtlose und tapfere Kämpfer*innen, die gegen den IS kämpften, doch unter Federführung Deutschlands und der USA setzen sie ihre Politik der Ignoranz in Fragen politischer Gespräche fort.

Diese Doppelstrategie wurde ebenso deutlich, als die USA der Türkei grünes Licht zur Besetzung Efrîns gaben und der Bombardierung von Rojava, Şengal und Mexmûr sowie dem Aufbau militärischer Stützpunkte der Türkei in Südkurdistan zustimmten. Und das, obwohl sich die Türkei gemeinsam mit Russland und der »Freien Syrischen Armee« (FSA) gegen die Internationale Koalition stellte, an der die USA beteiligt sind. Ohne die Unterstützung der USA wäre es der Türkei unmöglich gewesen, nach Efrîn, Dscharabulus (Cerablus) und Asas einzumarschieren und sich in Nordsyrien festzusetzen. Und auch in Südkurdistan konnte die türkische Armee neben den alten militärischen Stellungen ohne Widerspruch internationaler Mächte weiteres Gebiet besetzen. Die Angriffe der Türkei gegen Rojava und Südkurdistan werden außer von den USA und Europa von Syrien, dem Irak, Iran und der südkurdischen Regierungspartei PDK nicht nur gebilligt, sondern auch unterstützt.

Parallel zu den Angriffen fanden in Astana und Sotschi Gespräche der Dreiergruppe Iran-Russland-Türkei statt, in deren Folge die Aggressionen der Türkei legitimiert werden sollten.

In den letzten fünf Jahren und insbesondere als Ergebnis des Krieges gegen den IS ist die Anerkennung und Unterstützung der kurdischen Befreiungsbewegung durch die Völker dieser Welt täglich gewachsen. Sie ist für den ganzen Mittleren Osten und die Gesellschaften weltweit ein praktisches Beispiel und gewinnt als Inspirationsquelle zunehmend an Bedeutung. Die USA und die europäischen Staaten fürchten diese sich entwickelnde Systemalternative und versuchen deshalb, die kurdische Befreiungsbewegung zu isolieren und einzudämmen.

Da sie diese politischen Entwicklungen nicht akzeptieren, werden auch die Selbstverwaltungen der Kantone in Nord- und Ostsyrien, die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) und der Demokratische Rat Syriens nicht als Ansprechpartner anerkannt. Stattdessen wird ausschließlich mit den militärischen Vertreter*innen kommuniziert. So wurden auch zu keiner der



Demonstration in der nordsyrischen Stadt Qamişlo für die Befreiung von Efrîn und den Schutz der Region Bradost gegen die Invasion der Türkei. Foto: ANF

sieben Konferenzen in Genf legitime Vertreter*innen des kurdischen Volkes eingeladen. Die Einbeziehung des Kurdischen Nationalrats und stammesbasierter Parteien, die keinerlei Einfluss in der Gesellschaft haben, sind das Ergebnis dieser Politik, die sich gegen den demokratischen Konföderalismus und die demokratische Selbstverwaltung richtet.

Internationale Diffamierung

Unter Federführung der USA und Deutschlands finden Aktionen zur Diffamierung und Delegitimierung der kurdischen Bewegung statt, indem das kurdische Volk und ihre legitimen Vertreter*innen unter Druck gesetzt werden.

Deutschland ist in Syrien Teil einer militärischen Koalition u. a. mit den Demokratischen Kräften Syriens (QSD), den Volksverteidigungseinheiten (YPG) sowie den Frauenverteidigungseinheiten (YPJ). Es stattet die kurdischen Kämpfer*innen mit Waffen und Munition aus, leistet logistische Unterstützung, verbietet jedoch in der Bundesrepublik ihre Fahnen und Symbole. Hier werden gegen Menschen, die diese Fahnen und Symbole tragen oder in sogenannten sozialen Medien teilen, Ermittlungsverfahren eingeleitet und Razzien durchgeführt, die allzuoft in gerichtlichen Verurteilungen enden. Dies findet alles in enger Kooperation mit der Türkei statt.

Und nicht ohne Grund setzten die USA im November letzten Jahres Kopfgelder auf drei kurdische Politiker aus, wird die kurdische Befreiungsbewegung von der EU erneut auf die Terrorliste gesetzt und der Druck auf kurdische Institutionen und Politiker*innen in Deutschland verstärkt. Das alternative Modell und Paradigma einer freiheitlichen, gleichberechtigten und politisch-ethischen Gesellschaft darf sich ihrem Willen nach nicht durchsetzen und soll vernichtet werden, indem dieses Modell zu einer unerreichbaren, unmöglichen und im wirklichen Leben nicht umsetzbaren Utopie degradiert wird.

Die anhaltenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krisen in der Türkei, Iran, Irak und in Syrien zeigen dem Mittleren Osten und Kurdistan die Notwendigkeit auf, sich gleichberechtigt, freiheitlich und demokratisch neu zu formieren. Die Nationalstaaten mit ihren Zentralverwaltungen sind mit ihrem Versuch, die Gesellschaften zu homogenisieren und ihre natürlichen Dynamiken zu unterdrücken, gescheitert. Nun hat die Phase des Aufbaus demokratischer und gleichberechtigter Systeme begonnen. Die Akteure der internationalen Herrschaftssysteme wie die USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Russland sind sich darin einig, dass die regionalen, seit hundert Jahren von ihnen unterstützten Herrschenden aus dem Weg geräumt werden müssen. An ihrer Stelle aber wollen sie natürlich keine neuen Verwaltungen auf der Grundlage einer gleichberechtigten, freiheitlichen und politisch-ethischen Gesellschaft sehen. Der Wandel soll aus ihrer Sicht darin bestehen, die alten Herrschenden gegen neue auszutauschen, die jeweils ihre Interessen vertreten. Es soll erneut ein System von oben nach unten implementiert werden, in dem die Gesellschaft weder Mitspracherecht noch Entscheidungsbefugnis besitzt.

Basisdemokratie oder Spaltung

Im Gegensatz dazu sieht die kurdische Befreiungsbewegung in Nordkurdistan, Rojava, Şengal und Südkurdistan ein Rätesystem der kommunalen und regionalen Verwaltungen vor; ein radikal-demokratisches Gesellschaftssystem gegen die kapitalistische Moderne und die neoliberale »Demokratie«. Die aktuellen Kriege im Mittleren Osten und in Kurdistan sind im Grunde ein Krieg zwischen diesen beiden Systemen. Jetzt, da der Krieg in Syrien und Rojava sich dem Ende neigt, haben die USA, Russland, die EU und die regionalen Kräfte des Status quo das Ziel einer geografischen (je nach Gewinn oder Verlust von Gebieten) Teilung auf der Grundlage von ethnischen, religiösen und konfessionellen Widersprüchen. Dieses »neue Syrien«, das die beiden Hauptakteure USA und Russland mit Unterstützung der Vereinten Nationen und Europas nach dem Krieg schaffen möchten, wäre im Grunde eine Partnerschaft unter »Feinden«. Es würde errichtet auf Kämpfen und Spannungen, geprägt von gegenseitigem Misstrauen und der Durchsetzung der jeweiligen Machtansprüche ihrer Hegemonialmächte. Das bedeutet für die Menschen und politischen Kräfte in Syrien die Abhängigkeit von den USA und/oder Russland. Diese Methode hat ihren Ursprung jedoch nicht in den USA oder Russland, sondern in den historischen Erfahrungen und Praktiken des British Empire. Die Politik des »Krisenregimes«, zu unterschiedlichen Zeiten an verschiedenen Orten der Welt eingesetzt, ist eine klassisch britische Politik. Sie beendete die Kriege und Spannungen nicht, sondern hielt sie aufrecht und schuf Abhängigkeiten. Die aktuelle Situation im Irak und in Syrien folgt genau dieser politischen Methode.

Die Kurd*innen und die anderen Völker in Nord- und Ostsyrien bieten jedoch für ganz Syrien ein lebendiges Beispiel an, das nicht auf Ethnizität und Konfession beruht, das nicht die Spaltung, sondern ein gemeinsames Zusammenleben zur Grundlage nimmt, für das gesellschaftliche und kulturelle Unterschiede bereichernd sind und nicht zu Unsicherheit und Konkurrenz führen; ein allumfassendes, demokratisches und konföderales System. Der derzeit geführte Kampf soll dieses Modell davon befreien, eine ferne und unerreichbare Utopie zu sein, und es zu einem lebendigen Modell transformieren. ♦

200 Tage gegen die Isolation von Abdullah Öcalan im Hungerstreik

Wir haben gehofft, gekämpft und gesiegt!

Interview von Sabiha Temizkan mit ihrer Mutter Leyla Güven

Die Zeit, die ich erlebte, war manchmal wie eine Reise ins Unbekannte. Meine Mutter war im Hungerstreik. 200 Tage lang … Ich war ihre Tochter und voller Sorge. Ich war eine Journalistin und Zeugin. Ich wollte als ein Teil dieses historischen Moments und dessen Zeugin als Erste mit meiner Mutter Leyla Güven sprechen, der Ko-Vorsitzenden des Demokratischen Gesellschaftskongresses (DTK) und Abgeordneten der Demokratischen Partei der Völker (HDP) aus Colemêrg (Hakkari). Was hat sie gefühlt? Gab es Momente, in denen sie Angst hatte? Wie hat sie es geschafft, ihren Glauben, ihre Hoffnung lebendig zu halten? Neben den Emotionen des Widerstands haben wir über viele Dinge wie die Botschaft von Abdullah Öcalan gesprochen. Auch wenn es nicht möglich ist, diesen langwierigen Hungerstreik auf ein paar Seiten vollständig wiederzugeben … (Sabiha Temizkan)

Als Journalistin und Tochter in einer Person wird es schwer sein ein Interview zu führen. Was möchtest du in diesem ersten Interview sagen, das du mit deiner Tochter führst?

Es war für mich ein Privileg und eine Chance, dass meine Tochter gleichzeitig die nächste Zeugin dieser Phase war. Ich denke, dass dies gut genutzt werden muss.

Wie alle anderen auch interessiert mich deine seelische Verfassung. Wir haben eine starke Phase der Frauensolidarität gelebt. Du wirst bemerkt haben, dass ich neben dir getrauert habe. Wie war das für dich?

Wir sind zusammen aufgewachsen. Als ich dich, meine Tochter, auf meinen Schoß nahm, war ich 17 Jahre alt. Es ist nicht leicht, dies zu erklären. Auch wenn du jemand bist, die diesen Kampf aus nächster Nähe kennt, so wusste ich doch, dass du für solch eine Aktion nicht bereit warst. So war es auch. Als du ins Gefängnis zu mir kamst, erlebtest du sehr emotionale Momente. Doch als ich dir von der Notwendigkeit dieser Aktion erzählte, hast du mich verstanden und hast meine Stimme 200 Tage lang nach außen getragen. Es war für mich als Mutter eine unbeschreibliche Belastung zu sehen, was meine Tochter erlebte, während neben ihr mein Körper dahinschmolz. Als du dich um mich sorgtest, erlebte ich als Mutter tiefen Schmerz.

Hast du erwartet, dass der Hungerstreik so lange Zeit andauern wird?

Wenn wir die Geschichte der Hungerstreiks betrachten, dann passiert eigentlich etwas innerhalb der ersten 100 Tage. Es endet entweder mit Erfolg oder Misserfolg. Doch in diesem Hungerstreik haben sich Dinge ereignet, die auch ich nicht erwartet habe. Ich habe allein eine Entscheidung getroffen und wollte dies nicht den Jugendlichen überlassen. Doch mit der Beteiligung der Freund*innen in den Gefängnissen und an den vielen Orten der Welt war ich ab dem 38. Tag nicht mehr allein mit dem Hungerstreik. Tausende Freunde und Freundinnen, wie meine liebe Sebahat Tuncel und Selma Irmak, haben zusammen mit mir Widerstand geleistet. Wir haben vorausgesehen, dass die AKP-MHP-Regierung nicht auf einfache Weise Schritte machen wird. Doch unsere Forderung war eine rechtlich legitime Forderung, und ich habe nicht erwartet, dass der Streik so lange gehen wird.

Wie war die Phase während des Hungerstreiks im Gefängnis?

Das Gefängnis von Amed (Diyarbakır) hatte für mich eine ganze andere Seite. Das ist der Geist dort. Der Widerstand



Sabiha Temizkan mit ihrer Mutter Leyla Güven. Foto: yeniyasamgazetesi.com

vom 14. Juli *[1982]*, Mazlum Doğan und »die Vier«[1] …, dass Sakine Cansız auch einmal dort war. Das Gefängnis von Amed war eine Burg des Widerstands. Diese Verbindung war bedeutend für mich, motivierte und stärkte mich.

Was hast du zusammen mit deinen Zellenfreundinnen in diesen ersten 79 Tagen des Hungerstreiks im Gefängnis erlebt?

Ich habe eine unbeschreibliche Solidarität von Frauen erlebt. Als meine Freundinnen in meine Augen schauten, sah ich ihre Überzeugung. Es gab eine solche Opferbereitschaft … Einige von ihnen haben nicht an ihren Gerichtsverhandlungen teilgenommen, um bei mir zu sein, obwohl sie freigelassen werden sollten. Eine unglaubliche Solidarität und Emotionalität. Und dann, als ich freigelassen wurde, waren meine Freund*innen draußen vom ersten Moment an meiner Seite.

Während der Verhandlung, in der du den Hungerstreik angekündigt hast, erklärtest du, dass du von der Philosophie Öcalans über die Frauen sehr beeinflusst bist. Während dieses Hungerstreiks hast du von einigen feministischen Kreisen Kritik bekommen, dass Öcalan ein Mann sei und du als Frau für einen Mann in einen Hungerstreik trittst. Wie bewertest du erstens den Blick von Öcalan auf die Frauen und zweitens, wie verstehst du diese Kritik?

Als Herr Öcalan den Kampf um Kurdistan begann, hat er dem Frauenkampf immer eine besondere Rolle zugeschrieben. Er erklärte, dass eine Revolution ohne die Frau eine unvollständige Revolution sei, etwas, wo die Frau nicht involviert ist, nicht als Freiheit bezeichnet werden könne. Die Rojava-

1 Am 17. Mai 1982 zündeten sich Ferhat Kurtay, Eşref Anyık, Necmi Önen und Mahmut Zengin aus Protest gegen die unmenschliche Folter im Amed-Gefängnis selbst an.

Revolution ist dafür ein gutes Beispiel. Diese Philosophie ist ein Ansatz, eine Frauenbefreiungsideologie, die für alle Frauen auf der Welt Lösungscharakter besitzt. Er hat zum Beispiel mit seinen Beiträgen wie dem Vorschlag des Ko-Vorsitzes, der Konzeptualisierung von Jineolojî und ähnlichen Vorschlägen und Arbeiten einen wichtigen Beitrag dafür geleistet, im kurdischen Kampf und der demokratischen Politik eine gleiche Repräsentation der Frau zu gewährleisten. Öcalan erklärte sogar: »Der Frauenkampf muss entwickelt werden, wenn nötig, bin ich bereit, für euch dafür zu arbeiten.« Er hat niemals einen überheblichen Blick auf die Frau und keinen befehlsorientierten Ansatz. Einige Frauenbewegungen und Freundinnen aus der Türkei können solche Kritiken formuliert haben. Doch ich muss dann sagen, dass wir wohl den anderen Frauenbewegungen nicht erklären konnten bzw. unzureichend erklärt haben, warum wir die Frauenperspektive von Öcalan befürworten. Ich denke, dass die Antwort auf diese Frage allein schon ein Interviewthema sein kann. Ich würde dieses Thema gerne mit Frauenbewegungen tagelang diskutieren.

Es war eine Phase, die sich sehr dem Tod näherte, und dies für ein lebenswerteres Leben. Du hast immer gesagt, dass du den Tod in Kauf nähmst. Doch gab es auch Momente der Angst?

Ich dachte zu der Möglichkeit zu sterben Folgendes, es kann passieren, dass ich sterbe, aber wir alle werden sowieso eines Tages sterben. Doch wenn ich am Ende der Aktion lebendig und erfolgreich bin, wird es für mich und den Kampf noch mehr Moral und Kraft geben. Natürlich wollte ich leben. Ich denke jetzt, dass, wenn ich gestorben wäre, ohne das heute zu sehen, es für mich ein Verlust gewesen wäre. Doch dies ist zum Glück so geschehen.

Die Anwält*innen haben Öcalan am 2. Mai getroffen und am 6. Mai das Treffen der Öffentlichkeit verkündet. Warum hast du nach dieser Erklärung nicht den Hungerstreik beendet?

Nach diesem Treffen gab es keinerlei Hinweis darauf, dass das seit Jahren illegal andauernde Besuchsverbot aufgehoben war. Selbst die Anwält*innen, die Öcalan besuchen durften, wurden von der Regierung bestimmt. Es gab keine Erklärung an die Öffentlichkeit, dass das Besuchsverbot aufgehoben sei. Ja, die Anwält*innen sind einmal zum Treffen gegangen. Doch danach? Es passierte nichts. Wir mussten wissen, ob das Verbot aufgehoben war, und warteten auf die rechtliche und offizielle Verlautbarung dessen.

Der Justizminister Abdülhamit Gül hatte im Grunde eine Erklärung abgegeben …

Ja, aber es gab solch ein Paradox. Er erklärte, dass das Verbot aufgehoben sei, doch die Besuchsanträge der Anwält*innen blieben ohne Antwort. Und auf der anderen Seite wurde die Familie Öcalan mit Disziplinarstrafen behindert. All dies bedeutete, dass das Problem nicht gelöst war. Wir haben aus diesen Gründen das erste Treffen als nicht ausreichend gesehen.

Wie hast du die Botschaft Öcalans nach dem zweiten Anwaltsbesuch erhalten? Gab es an dich eine besondere Nachricht?

Die Anwält*innen des Rechtsbüros Asrin sind zu mir gekommen und haben die Botschaft mit mir geteilt. Herr Öcalans besondere Nachricht an mich war, dass ich auf meine Gesundheit achten und die Politik von Mahatma Gandhi untersuchen solle. Er sagte, dass auch Gandhi den Hungerstreik befürwortete, aber gleichzeitig eine wirksame Politik führte. Er erklärte, dass man nicht den Tod, sondern das Leben vorziehen und noch stärker kämpfen sollte. Nach dieser Botschaft haben wir unseren Hungerstreik mit dem Ziel einer noch wirksameren Politik zur Aufhebung der Isolation, zur Schaffung einer demokratischen Türkei und eines ehrenvollen Friedens beendet.

Was bereitete dir in diesem langwierigen Kampf am meisten Schwierigkeiten?

Während dieser Aktion habe ich drei große Erschütterungen erlebt. Das Erste war meine Freilassung aus dem Gefängnis am 79. Tag. Ich wusste, dass diese Entscheidung darauf gerichtet war, meinen Widerstand zu brechen. Die zweite und schwerste war die Phase der Aktionen der Aufopferung, die mit Zülküf Gezen begann. Als ich diese Aktion begann, wollte ich nicht, dass sonst noch jemand in den Hungerstreik tritt. Denn ich konnte den Schmerz der Jugendlichen nicht ertragen. Deshalb war ich sehr beeindruckt von der Ausbreitung des Hungerstreiks. Diese Freund*innen waren schon seit Jahren inhaftiert und wiederholt in den Hungerstreik getreten.

Die Briefe und Grüße, die ich von ihnen erhielt, gaben mir Kraft, aber taten auch weh. Es wäre sonst nur mir etwas passiert, aber sie sollten keinen Schaden nehmen. Am meisten berührten mich die Freund*innen, die sich aufopferten und dafür sorgten, dass diese Aktion zum Erfolg führte. Die dritte große Erschütterung war das Todesfasten der 30 Freund*innen. Von diesem Tag an konnte ich sprichwörtlich nicht mehr atmen. Ich dachte: »Lieber möchte ich sterben, als ihren Tod miterleben zu müssen.« Später habe ich verstanden, dass dies ein

Botschaft von Abdullah Öcalan an die Hungerstreikenden

Liebe Weggefährten,

Ich betrachte es als eine Haltung von historischer Bedeutung und als hohen Wert an sich, dass Ihr Euren Hungerstreik und Euer Todesfasten auf meinen Vorschlag hin beendet habt. Ich danke Euch dafür.

Ich wünsche mir, dass insbesondere diejenigen, die diese Zeit am tiefsten erfahren haben, sich körperlich, geistig und seelisch sorgfältig um sich kümmern. Auf der Basis der Lektionen, die aus dem notwendigen Kritik- und Selbstkritikprozess hervorgehen werden, wünsche ich viel Erfolg.

Ich teile ausdrücklich mit, dass diese Haltung, die aus einer persönlichen Initiative hervorgegangen ist, nicht als staatsfokussierte Haltung oder Zugeständnis bewertet werden kann. Basierend auf meiner Hoffnung und Intuition bewahre ich meinen Glauben daran, dass ein positives Ergebnis daraus entstehen wird. Ich wünsche mir, dass Ihr Euch ab jetzt auf der Grundlage einer Philosophie der körperlichen, seelischen und geistigen Existenz weiterentwickelt, und sende Euch meine Grüße und meine andauernde Liebe.

Abdullah Öcalan

12. Juni 2019

Gefängnis Imralı / Bursa

falscher Blick war. Ja, diese Freund*innen haben sich für uns aufgeopfert, doch tausende Freund*innen in den Gefängnissen richteten sich nach meiner Gesundheit und ich darf ihnen diesen Schmerz nicht zeigen. So dachte ich.

Ich fokussierte mich auf den Erfolg und habe diese Phase mit Motivation abgeschlossen. Auf der anderen Seite habe ich meine Mutter verloren. Als eine, die auch inhaftiert war, als ihr Vater starb, hat mich die Nachricht vom Tod meiner Mutter sehr schwer getroffen. Mit diesem Schmerz den Widerstand fortzuführen war äußerst schwer.

Ich möchte auf die Botschaft von Öcalan zu sprechen kommen. Wie bewertest du in der Botschaft den Punkt zu Syrien, wo es heißt, dass »die Bedenken der Türkei berücksichtigt werden« sollten?

Man hat in Rojava einen gewissen Punkt erreicht. Die Türkei baut eine Mauer und versucht so, die beiden Völker zu spalten. Die Türkei hat Efrîn besetzt, die Menschen aus ihren Häusern vertrieben und verlegt nun die Dschihadisten dorthin. Die Türkei unterdrückt die Völker in Rojava. Trotzdem sagt Öcalan, dass die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) die Bedenken der Türkei berücksichtigen sollten. Das ist sehr bedeutungsvoll, und die Türkei sollte das zu schätzen wissen. Man muss die Betonung der Geschwisterlichkeit der Völker verstehen. Dafür muss eine entsprechende Politik entwickelt werden. Ich denke, dass die Sieben-Punkte-Deklaration *[siehe Editorial, S. 3]* von Öcalan sehr bald die Agenda der Türkei bestimmen wird. Die Äußerung von Salih Muslim und die Erklärung der QSD, dass sie Öcalans Worten Bedeutung beimessen, sind wichtige Entwicklungen.

Worauf stützt sich deine Voraussicht, dass Öcalans Botschaft bald die Tagesordnung der Türkei einnehmen wird?

Die AKP führt gegenwärtig eine Politik, die nicht weiter verfolgt werden kann. Was passiert in solch einer politischen Sackgasse? Eine wirtschaftliche Krise. Wie sehr sie auch versucht sie zu vertuschen, es gibt eine tiefe wirtschaftliche Krise in der Türkei. Die letzte Botschaft von Herrn Öcalan zeigt den Gesellschaften der Türkei im Grunde einen Ausweg auf. Die kurdische Frage ist vielleicht nicht das einzige Problem der Türkei, aber das wichtigste. Wenn wir uns nur das Budget, das jährlich für diesen Krieg bereitgestellt wird, vor Augen führen, wird die Lösung des Problems einen unglaublichen Aufstieg mit sich bringen.

Werden deiner Meinung nach erneut Verhandlungen aufgenommen werden?

Das kann ich nicht voraussehen, doch selbst wenn es keine Verhandlungen sind, wird eine Normalisierung innerhalb der Türkei, in der die demokratischen Kriterien angehoben und rechtliche und freiheitliche Reformen vorgenommen werden, von selbst solch eine Phase mit sich bringen. Herr Öcalan wird im Rahmen seiner Möglichkeiten solch eine Phase unterstützen, und wir als diejenigen, die sowieso innerhalb der demokratischen Politik aktiv sind, werden das auch tun.

Was denkst du, wie nah der ehrenvolle Frieden ist, und was wirst du darin für eine Rolle spielen? Denkst du, dass mit diesem Hungerstreik deine Verantwortung gestiegen ist?

Wir sind diesem Frieden sehr nah und sehr weit entfernt. Weit, denn diejenigen, die die Türkei und die Staaten im Mittleren Osten regieren, verfügen über eine sehr traditionelle und machtbasierte Mentalität. Diese Mentalität muss sich ändern. Ein nachhaltiger und ehrenvoller Friede ist sehr nah, denn eine neue Generation wächst heran. Diese Generation akzeptiert das gegenwärtige Festhalten am Status quo nicht. Sie fordert globale Freiheit und Demokratie. Sie möchte Gleichheit und die Aufhebung der Grenzen. Sie möchte eine freiere Welt, in der global gedacht wird. Und eben diese Generation gibt Hoffnung. Die Politik wird jünger und Frauen beteiligen sich aktiv und geben ihr ihre Farben. Mit all dem demokratisiert sich die Politik. Deshalb denke ich, dass ein nachhaltiger Frieden nah ist.

Herr Öcalan muss an diesem Frieden beteiligt sein. Denn Herr Öcalan legt mit seiner Perspektive der demokratischen Nation ein Projekt vor, in der ein demokratischer Mittlerer Osten, in dem alle Völker zusammenleben, möglich ist. Nach diesen Auseinandersetzungen ist ein Frieden nur mit ihm möglich. Das sage nicht nur ich, es ist eine Realität. Deshalb habe ich den Hungerstreik begonnen, um die Stimme von Öcalan nach außen zu tragen. Die Sieben-Punkte-Erklärung, die nach dem ersten Anwält*innenbesuch veröffentlicht wurde, hat diese Realität einmal mehr dargelegt.

Ich werde mit der Verantwortung der Freund*innen, die sich selbst aufopferten, und der tausenden Gefangenen meinen Kampf weiter fortführen. Ich werde alles in meiner Macht Stehende tun, um diesem Volk gerecht zu werden, das sein Leben und all sein Hab und Gut dem Kampf gewidmet hat.



Ich danke allen, allen voran der kurdischen Gesellschaft, den sozialistischen und revolutionären Freund*innen, allen auf der ganzen Welt, die ihre internationalistische Solidarität zeigten, Nora von den Müttern der Plaza De Mayo, Leila Chaled, Margaret Owen, den Friedensakademiker*innen, Frauenorganisationen, Glaubensvertreter*innen, der Kakai-Delegation aus Südkurdistan, den Jugendlichen und Kindern ... Foto: ANF

Möchtest du noch eine Botschaft abgeben?

An diejenigen, die mich 200 Tage lang nicht alleingelassen haben, natürlich. Ich danke allen, allen voran der kurdischen Gesellschaft, den sozialistischen und revolutionären Freund*innen, allen auf der ganzen Welt, die ihre internationalistische Solidarität zeigten, Nora von den Müttern der Plaza De Mayo, Leila Chaled, Margaret Owen, den Friedensakademiker*innen, Frauenorganisationen, Glaubensvertreter*innen, der Kakai-Delegation aus Südkurdistan, den Jugendlichen und Kindern ...

Und natürlich den Frauen, die sich im Gefängnis und zu Hause um mich kümmerten. Selbstverständlich danke ich meiner Familie, die von Anfang bis Ende geduldig an meiner Seite stand. Der Erfolg ist unser aller.

Welchen Titel würdest du diesem Widerstand geben?

Wir haben gehofft, gekämpft und gesiegt! ♦

Öcalans strategischer Erfolg auf Imralı

Die Gesellschaft muss ihre Beteiligung aktiv einfordern

Mahmut Şakar im Gespräch mit Civaka Azad über seine Erfahrungen als Anwalt Abdullah Öcalans

Nach acht Jahren hatten die Anwälte Öcalans erstmalig am 2. Mai 2019 wieder Kontakt zu ihrem Mandanten. Ein weiterer Besuch auf der Gefängnisinsel Imralı folgte am 22. Mai. Zuvor waren seit Juli 2011 insgesamt 810 Besuchsanträge abgelehnt worden. Öcalan hält damit den »Europa-Rekord« für Haft ohne Zugang zu anwaltlicher Vertretung. Die Besuche im Mai sind durch einen monatelangen Hungerstreik von Aktivisten und Sympathisanten der kurdischen Bewegung erkämpft worden. Das Besuchsverbot für das Verteidigerteam wurde am 17. April gerichtlich aufgehoben. Einen Monat später erklärte dann der türkische Justizminister Abdülhamit Gül, dass es keine Einschränkungen für den Anwaltskontakt mehr gebe. In einer gemeinsamen Erklärung weisen Öcalan und seine drei Mitinsassen auf die dringende Notwendigkeit demokratischer Verhandlungen für die Lösung der Konflikte in der Türkei und im Mittleren Osten hin. Nicht mit Gewalt, sondern durch die »Methode demokratischer Verhandlungen, jenseits jeglicher Polarisierung und Konfliktkultur«, sollen die Probleme und Kriege in der Region angegangen werden, fordern Öcalan und seine Mitgefangenen Hamili Yıldırım, Ömer Hayri Konar und Veysel Aktaş.

Wir sprachen in diesem Zusammenhang mit Mahmut Şakar, einem Zeitzeugen, der die Zeit des internationalen Komplotts, das zur Festnahme Öcalans führte, aktiv miterlebte. Er ist einer der ersten Anwälte, die Öcalan nach seiner Verschleppung aus Kenia am 15. Februar 1999 vertraten. Mahmut Şakar besuchte Öcalan von 1999 bis 2004 regelmäßig auf der Gefängnisinsel Imralı, bis ihm seine Anwaltslizenz entzogen wurde. Zwischen 1992 und 1997 war er als Mitglied und Vorsitzender des Menschenrechtsvereins (İHD) in Amed (Diyarbakır) tätig, danach war er Vorsitzender der HADEP in der Provinz Istanbul und später auch Generalsekretär der HADEP. Seit über zehn Jahren hält er sich als Geflüchteter in Deutschland auf. Hier gründete er gemeinsam mit einigen deutschen Anwälten den Verein für Demokratie und internationales Recht (MAF-DAD e. V.) und ist zurzeit Mitglied des Vereinsvorstands. Als Jurist setzt er sich im Rahmen der Vereinsarbeit weiterhin mit rechtlichen Problemen auseinander, die sich im Spannungsfeld der kurdischen Frage ergeben. Wir hoffen, mit der Veröffentlichung dieses Interviews zu einem besseren Verständnis der Bedeutung Öcalans für die sogenannte kurdische Frage beizutragen.

Im Februar 1999 warst du Teil der ersten Anwaltsgruppe im Prozess gegen Abdullah Öcalan. Kannst du uns von deinen Erfahrungen bei den Treffen mit ihm berichten?

Nachdem Öcalan im Rahmen eines internationalen Komplotts, mit der Hilfe von CIA, Mossad und anderen ausländischen Geheimdiensten, in die Türkei verschleppt worden war, haben wir als eine Gruppe von Anwälten seine Verteidigung übernommen. Zu dieser Zeit war die Atmosphäre von Angst geprägt. Sowohl in der kurdischen Bevölkerung als auch auf politischer Ebene war die Stimmung angespannt. Kurden wurden auf offener Straße gelyncht. Neben den Repressionen des Staates und der Willkür der Polizei gab es Übergriffe durch zivile faschistische und nationalistische Schlägertruppen. Wir Anwälte standen unter einem massiven öffentlichen Druck. Einige traten aus Angst um ihr Leben zurück, andere wurden verhaftet. Der damalige Staatspräsident Demirel zweifelte lauthals daran, dass Öcalan überhaupt einen Rechtsbeistand benötige, da seine Schuld und damit das Urteil bereits feststünden. Mit allen Mitteln wurde versucht, die Bildung einer Anwaltsgruppe zu unterbinden und Öcalan den Zugang zu Anwälten zu verweigern. Innerhalb der kurdischen Gesellschaft hat all dies starke Betroffenheit ausgelöst. Seine Verhaftung und das Ausbleiben von Nachrichten über seinen Verbleib führten zu einem Trauma in der kurdischen Bevölkerung. Er war damals bereits zehn Tage in Haft, bevor seine Anwälte ihn treffen konnten.

Unter diesen Bedingungen bekamen wir als eine Gruppe von Anwälten die Vollmacht der Familie und stellten den Antrag, Öcalan anwaltlich vertreten zu können. Nachdem meine ersten Anträge abgelehnt worden waren, konnte ich ihn schließlich am 26. März 1999 besuchen. Vor meinem ersten

Treffen gab es bereits zwei, drei Anwaltstreffen, bis wir ihn dann schließlich zu viert besuchten. Für mich war es natürlich eine äußerst interessante Begegnung. Seine vorgebrachten Gesichtspunkte waren wichtig für mich – sowohl um Herrn Öcalan zu verstehen als auch die Dimensionen des internationalen Komplotts. So sagte er uns: »Ich versuche euch am Leben zu erhalten. Ich versuche mein Volk am Leben zu erhalten. Ich versuche mein Volk wohlbehalten von diesem Ufer ans gegenüberliegende Ufer zu bringen.« Es war eine sehr bildhafte Ausdrucksweise. Wenn ich später von dieser Zeit erzählte, kam mir immer eine moderne Moses-Geschichte in den Sinn, in der ein Anführer seinen eigenen Stamm, seine Gesellschaft vor einer Gefahr schützen will. Mir wurde klar, dass die internationale Staatengemeinschaft, deren Regierungen Öcalans völkerrechtswidrige Verschleppung mindestens duldeten – wenn sie an dem Komplott nicht sogar direkt beteiligt waren –, mit ihrer Haltung die Tür zu einem bevorstehenden Genozid öffnete. Die Gefahr, mit der die kurdische Bevölkerung konfrontiert war, wurde mir durch dieses Treffen bewusst. Es ging Öcalan nicht um seine persönliche Situation, seine Haft oder um sein Überleben. Wichtig war ihm, dass sein Volk sich in ernster Gefahr befand. Er überlegte, was er gegen den drohenden Genozid tun könnte. Dies prägte das erste Treffen und war wichtig für mich, um das internationale Komplott in all seinen Dimensionen zu verstehen.

Mit der Festsetzung Öcalans wurde letztlich versucht, die politischen Erfolge der kurdischen Widerstandsbewegung auszulöschen und die revolutionäre Dynamik in der kurdischen Bevölkerung zu zerstören. Er war sich dessen bewusst, dass die ihm damals drohende Hinrichtung nicht nur auf ihn begrenzt bleiben würde. Er wusste, sie würde mit der Hinrichtung tausender Kurden einhergehen. Das zeigt die Geschichte des kurdischen Widerstands. So waren beispielsweise in Folge des Scheich-Said-Aufstands nicht nur die Anführer ermordet worden, sondern mit ihnen zehntausende Menschen. Im Dersim-Aufstand wurden nicht nur Seyîd Riza und seine Freunde hingerichtet, auch hier folgte die Ermordung Zehntausender. Diese historische Realität war nun wieder eine drohende Gefahr. Öcalan hat es geschafft, diesen Kreislauf zu durchbrechen. Er beseitigte, was das kurdische Volk bereits als sein Schicksal angenommen hatte. Ich möchte zum Ausdruck bringen, dass das kurdische Volk im Laufe der Geschichte immer wieder gegen Unterdrückung und die Verleugnung der kurdischen Identität rebelliert hat und infolgedessen die Anführer ermordet und Massaker an der Bevölkerung verübt wurden. Dies ist beim Scheich-Said-Aufstand, Dersim-Aufstand, Zîlan-Massaker und Ararat-Aufstand passiert. Mit dem Widerstand der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) drohte die kurdische Gesellschaft wieder an solch einem kritischen Punkt der Geschichte angekommen zu sein. Herr Öcalan führte uns das vor Augen, damit sich die Geschichte nicht wiederholte. Er hat seine eigene Haltung darauf ausgerichtet, einen Genozid zu verhindern. Ich denke, dass sein Auftreten auf Imralı sowie bei den späteren Verhandlungen damit zusammenhängt. An dieser Stelle muss auch erwähnt werden, dass er seit den 1993ern friedliche Lösungsansätze für die kurdische Frage verfolgte.

Es hatte bereits während der Amtszeit des Ministerpräsidenten Turgut Özal indirekte Verhandlungen und Waffenstillstände gegeben. Wenn er nicht 1993 ums Leben gekommen wäre, dann hätte diese Initiative zur friedlichen Lösung Aussicht auf Erfolg haben können. Seit 1993 versucht die Widerstandsbewegung die kurdische Frage auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Auf Imralı hat Herr Öcalan seine Friedensbestrebung zum zentralen politischen Anliegen gemacht. Der eben beschriebenen Gefahr eines Genozids hat er einen neuen Friedensvorstoß entgegengesetzt.

Vor zwanzig Jahren wurde Abdullah Öcalan als PKK-Vorsitzender verschleppt und auf Imralı inhaftiert. Wie würdest du seine Rolle heute bewerten? Welche Veränderungen hat er durchgemacht?

Seit dem Jahr 1999 hatte ich Herrn Öcalan anwaltlich vertreten, regelmäßig auf Imralı getroffen und die Möglichkeit gehabt, in den kritischsten Phasen mit ihm zu diskutieren. Ich bin einer der Anwälte, die ihn mit am häufigsten trafen. Fünf Jahre lang, bis es Ende 2004 verboten wurde. In dieser Zeit präsentierte er, im Rahmen seiner Verteidigung vor Gericht, die These der demokratischen Republik. Im Mittelpunkt stand dabei die Absicht, die türkisch-kurdischen Beziehungen demokratisch neuzugestalten und eine neue türkische Republik ins Leben zu rufen, in der die Kurden als Volk anerkannt werden, und so einen nachhaltigen Frieden zu schaffen.

Um seine Rolle auf Imralı zu verstehen, ist es wichtig, die Zusammenhänge des internationalen Komplotts zu erklären. Die Verschleppung Öcalans ist keine alleinige Sache der Türkei gewesen. Im Zentrum standen die strategischen Interessen verschiedener Staaten, insbesondere der Großmacht USA. Die Türkei war auf das Know-how fremder Geheimdienste angewiesen, die das Komplott organisierten, sie verfügte nicht über die Kraft, eine Operation dieser Größenordnung allein zu stemmen. Dieser Aspekt ist sehr wichtig. Das gemeinsame Interesse bestand darin, Öcalan aus dem Mittleren Osten zu entfernen und die kurdische Dynamik zu zerschlagen, um einen neuen Mittleren Osten nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. So folgte auf das Komplott die Invasion der USA im Irak. Mit der Intervention im Irak wurde von George W. Bush 2004 das »Greater Middle East Project« präsentiert. Ich denke, dass das Komplott gegen Öcalan auch mit dem Ziel zusammenhing, die revolutionären Dynamiken im Mittleren Osten



Anwält*innen auf dem Weg nach Imralı. Es ist ihr erstesTreffen mit Abdullah Öcalan seit dem 27. Juli 2011. Foto: ANF

zu beseitigen, um in der Region Fuß fassen zu können. Die darauf folgenden Entwicklungen haben das natürlich noch verdeutlicht. Viele Staaten spielten in diesem Komplott eine Rolle, auch eine Vielzahl von EU-Ländern. Öcalan erklärte, die Rolle der Türkei habe lediglich darin bestanden, ihn aus Kenia in die Türkei zu bringen und den Gefängniswärter zu spielen. Mit der Intervention ausländischer (Groß-)Mächte wurde die kurdische Bewegung schwer getroffen.

Die Politik der Türkei wurde mit einigen Metaphern beschrieben. Es hieß z. B., man wolle »den Kopf vom Körper trennen«. Wenn erst der Kopf vom Körper getrennt wäre, solle dann der Körper zerschlagen werden. Der Kopf war Öcalan und der Körper die kurdische Bevölkerung sowie die kurdische Freiheitsbewegung. Diese Strategie kann einfach erklärt werden: Öcalan wird festgenommen, inhaftiert oder hingerichtet und damit die emanzipatorische Dynamik der kurdischen Gesellschaft nicht nur in der Türkei, sondern auch in Syrien, im Irak und dem Iran schrittweise beseitigt. Deshalb ging es beim internationalen Komplott nie allein um seine Verhaftung, sondern um die Absicht, dem kurdischen Widerstand als Ganzes ein Ende zu bereiten. Das war nicht nur die Erwartung des türkischen Staates. Im Rückblick auf die Presse von 1999 lässt sich die Hoffnung erkennen, dass man Öcalan los sei und die Angelegenheit damit beendet wäre. An dem Punkt erläuterte Herr Öcalan, dass vor ihm zwei Wege lägen. Er wollte entweder in einen unbefristeten Hungerstreik treten, der mit seinem Tod enden würde, oder er wollte, angesichts der Gefahr eines Genozids und der Zerschlagung der revolutionären kurdischen Dynamik, eine andere Widerstandsform entwickeln. Er erklärte, dass er den schwierigeren der beiden Wege bevorzuge. Das Schwierigste war es auf Imralı, am Leben zu bleiben. Er sagte, das sei schwieriger als zu sterben: »Zu sterben wäre eine einmalige Befreiung für mich. Ich lebe unter Bedingungen, in denen jeder Tag den Tod für mich bedeutet. Doch ich erlebe das für mein Volk.« Von diesem Punkt an hat er meiner Meinung nach eine Doppelstrategie verfolgt. Er hat es nicht auf diese Weise formuliert, das ist meine eigene Einschätzung.

Bereits bei einem der ersten Treffen stellte er uns Anwälten die Frage: »Soll ich leben oder nicht?« Diese Frage hat uns natürlich sehr überrascht. Wir erklärten, dass wir als seine Anwälte natürlich wollten, dass er lebt. Er sagte: »Ich denke darüber nach, seitdem ich hierhergebracht wurde. Ist es für mein Volk vorteilhafter, wenn ich lebe oder wenn ich sterbe? Ich habe mich noch nicht entscheiden können. Seitdem ich im Flugzeug saß, denke ich darüber nach.« Nach ein paar Monaten teilte er uns dann mit: »Ich habe entschieden zu leben. Wisst ihr, warum? Erstens, wenn ich sterben sollte, wird dieses Komplott nicht aufgedeckt und verstanden werden. Die kurdische Gesellschaft wird ihre Freunde und Feinde nicht erkennen. Mit meinem Leben möchte ich das Komplott mit all seinen Zusammenhängen zum Vorschein bringen. Zweitens, um eine politische Linie zu verfolgen und das Komplott ins Leere laufen zu lassen.« Nachdem er sich auf den Widerstand fokussiert hatte, verfolgte er eine Doppelstrategie. Die von ihm beim Anwaltsbesuch am 2. Mai 2019 benannte »Haltung auf Imralı« ist wahrscheinlich ein Ausdruck dieser Strategie. Wie gesagt, das ist meine eigene Einschätzung, er hat es nicht so formuliert.

Das erste Standbein dieser Strategie ist folgendes: Angesichts der Gefahr von Massakern an der kurdischen Bevölkerung und von wachsendem Chauvinismus und Nationalismus in der Türkei mussten die Forderungen der kurdischen Bewegung reduziert werden. Um den Chauvinismus zu bremsen, den Druck etwas zu mindern und so die Grundlage für einen Kompromiss zu schaffen. So sollte einer friedlichen Lösung der Weg geebnet werden. Das in Öcalans Verteidigungsschriften vorgestellte Projekt der demokratischen Republik legt den

Schwerpunkt auf Sprache und Kultur. Darüber hinaus geht es darum, Kanäle für Dialog und Verhandlungen zu öffnen sowie dem türkischen Nationalismus etwas Wind aus den Segeln zu nehmen. Das war ein Versuch ab 1999. Er schrieb das Manifest, rief am 2. August 1999 die Guerilla zum Rückzug auf und auf seinen Appell hin wurden Friedensgruppen aus Europa und den Qendîl-Bergen in die Türkei entsandt. Mit diesen Schritten wollte er den Staat in Richtung einer demokratischen, friedlichen Lösung drängen. Außerdem nahm der Druck auf die kurdische Bevölkerung auf diese Weise ab.

Das zweite Standbein dieser Strategie war, dass Öcalan alle emanzipatorischen Erfolge der kurdischen Gesellschaft schützen wollte. Er wollte eine Friedensperspektive entwickeln und die Grundlage für eine Einigung schaffen. Aber gleichzeitig schützte er die demokratische, kulturelle und politische Entwicklung der kurdischen Gemeinschaft für eine neue, langfristige Linie. Er leitete eine Phase ein, in der die ganze Gesellschaft sowie der politische Arm der Bewegung und auch die Guerilla durchatmen konnten. Er hat die grausame Entschlossenheit des Staates in gewissem Sinne absorbiert, gestoppt sowie eine gemäßigte Stimmung erzeugt. Dabei haben die zentralen Dynamiken der kurdischen Gesellschaft keinen Schaden genommen.

Die kurdische Bewegung war über ihre Fixierung auf den Anführer Öcalan definiert worden. Er wurde festgenommen, doch die kurdische Dynamik erlitt dadurch keinen anhaltenden Schaden. Das ist einer der größten Erfolge Öcalans nach 1999. Das ist meines Erachtens zur zentralen Haltung auf Imralı geworden. Er hat die Gewalt des Staates reduziert, den Weg zum Dialog geöffnet und die gesellschaftlichen, politischen sowie kulturellen Entwicklungen geschützt. Das ist ein unglaublicher strategischer Erfolg. Öcalan wusste, dass der Körper beseitigt werden sollte und es diesen zu schützen galt. Die staatliche Politik zielte darauf ab, den Kopf vom Körper zu trennen. Doch der Kopf war so stark, dass er nicht erlaubte, den Körper zu zerlegen.

Öcalan hat auf Imralı seine Strategien und seinen Politikstil weiterentwickelt. In den vergangenen zwanzig Jahren hat er sich schrittweise zur Schlüsselfigur für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage in der Türkei gemacht. Das hat er durch seine intellektuellen Leistungen und seine philosophischen Arbeiten bewerkstelligt. Er schuf einen ideologischen Rahmen für das gemeinsame Zusammenleben. Sein bedeutendster Beitrag dazu ist meines Erachtens die Theorie der demokratischen Nation, die er in seinen letzten Verteidigungsschriften darlegt. Seine Position, den Nationalismus abzulehnen und die demokratische Nation in den Vordergrund zu rücken, ist meines Erachtens ein Meilenstein für die kurdische Gesellschaft. In seiner letzten Verteidigungsschrift erklärt Öcalan, dass der wichtigste Aspekt des vierzigjährigen Widerstands in der Umsetzung der Theorie der demokratischen Nation liege. Ich denke, dieses Konzept ist für die linke Theorie und den sozialistischen Kampf ein Schlüsselbeitrag, der die im Sozialismus fehlende, kritische Herangehensweise an die Nation um die Theorie der demokratischen Nation ergänzt. Die Früchte dieses Bestrebens sehen wir nun in Rojava (im Aufbau der Autonomen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens). Das von Öcalan seit 1999 aufgebaute Paradigma wird dort in die Praxis umgesetzt.

Außerdem hat Herr Öcalan in seinen Schriften eine ernsthafte Selbstkritik der PKK formuliert. An zentralen Punkten wie z. B. Staat, Gewalt, Nationalstaat und Nationalismus hinterfragt er seine eigene Praxis und entwickelt neue Ansätze. Als Alternative zum klassischen Nationalstaatsmodell hat er die Theorie der demokratischen Nation ausgearbeitet und damit den eigenen Nationalismus überwunden, mit der legitimen Selbstverteidigung durchbricht er die Gewaltspirale, dem Nationalstaatsmodell setzt er den Konföderalismus entgegen. Er hat Gegenvorschläge und damit schrittweise ein neues Paradigma entwickelt. Dies hat ihn für breite gesellschaftliche Kreise, auch außerhalb der kurdischen Gemeinschaft, geöffnet. Öcalan wurde als PKK-Vorsitzender auf Imralı inhaftiert und ist nun, zwanzig Jahre später, durch seine friedenspolitische Schlüsselrolle und das Konzept des demokratischen Konföderalismus zu einer Führungspersönlichkeit für die Völker im Mittleren Osten geworden, die nach Freiheit und Selbstbestimmung streben.

Seine Antwort auf das Komplott ist äußerst ideologisch und philosophisch. Deswegen sage ich immer, dass er zwar im Jahr 1999 beseitigt wurde, um den Einfluss der Kurden im Mittleren Osten zu schwächen, er aber Jahre später mit seinen Gedanken, Konzepten und schließlich der Rojava-Revolution in den Mittleren Osten zurückgekehrt ist. Als Parteiführer hat er Syrien verlassen und mit dem sogenannten Dritten Weg ist er als Vordenker einer freien, multiethnischen, multireligiösen und basisdemokratischen Gesellschaft zurückgekehrt. Daher müssen die zwanzig Jahre auf Imralı auch als Zeit des Widerstands betrachtet werden. Natürlich ist es für ihn persönlich auch eine Phase der Isolation und Repression – ein Leben unter Folter –, aber politisch muss man diese Zeit als Widerstandsphase sehen, in der sich die kurdische Bewegung und die Gesellschaft neu strukturiert haben. So wurden vor allem nationalistische Bestrebungen in der Gesellschaft unwichtiger und das Interesse der kurdischen Gesellschaft am gemeinsamen Zusammenleben der Völker wurde vertieft. Außerdem wurde die kurdische Identität durch Abdullah Öcalan auch international auf die Agenda gesetzt.

Abdullah Öcalan wird häufig über seine Rolle als politischer Führer definiert. Doch insbesondere in der Zeit auf Imralı



ANF

hat er eine unglaubliche gedankliche Schärfe erreicht. Dies versuchte er in seinen Verteidigungsschriften zum Ausdruck zu bringen. Die Rolle des politischen Anführers hat er hinter sich gelassen. Es war selbstverständlich, dass es ihm auf Imralı nicht mehr möglich sein würde, eine klassische politische Führungsrolle zu übernehmen. Es ist ein vom Staat kontrolliertes Dasein. Über eintausend Soldaten bewachen die Insel. Es war klar, dass er keine klassische politische Repräsentation ausüben könnte, doch er hat sich in die Rolle eines strategischen Anführers gebracht. Mit seinem Denken hat er die Völker umarmt. Er hat alternative Formen der Politik entwickelt. Wenn jemand die Kapazität hat, solches im Gefängnis zu bewerkstelligen, was wird er dann wohl draußen können? Er hatte schon vorher Kritiken am Realsozialismus verfasst und nach Alternativen gesucht. Doch er konnte das alles erst richtig auf Imralı zum Ausdruck bringen.

Unter den Bedingungen einer zwölf Quadratmeter großen Zelle hat er eine neue politische Kultur, ein neues politisches Bewusstsein, eine neue politische Strategie und damit ein neues Paradigma entwickelt. An einem Ort, der wie kein anderer unter der Kontrolle des Staates steht, hat er ein nichtstaatliches Regierungs- und Gesellschaftsmodell entwickeln können, das die Völker der Region ebenso wie die kurdische Bewegung inspiriert. Er hat eine Widerstandsform entwickelt, die den vom Staat kontrollierten Raum überwindet. Ich denke, das ist auch eine der originellsten Seiten Öcalans. Denn dieser Punkt wird oft falsch verstanden. Einige vermuten nämlich hinter jedem Vorstoß von ihm den türkischen Staat. Das ist ein Denken, das den Staat übertrieben heiligt, ihn über alles stellt und meint, er kontrolliere jede kleinste Zelle des Individuums und seines politischen Handelns. Selbstverständlich herrscht der Staat physisch vollständig über Imralı. Doch ich kann sagen, dass Öcalan mit der Sympathie und dem Vertrauen von Millionen Menschen sowie den politischen Kräften, die gemeinsam mit ihm agieren, mithilfe einer Politik, die nicht den Staat zum Adressaten hat, und einer spannungsgeladenen Beziehung zum Staat einen neuen Raum für politische Agitation geschaffen hat.

Wie bewertest du die Wahrnehmung Abdullah Öcalans in Europa und im Besonderen in Deutschland?

Politik, wie wir sie kennen, ist als westliches Produkt entstanden. Politische Parteien, aber auch der Sozialismus sind als

eurozentrische Gedankensysteme entwickelt worden. Phänomene wie der Personenkult, also auch der Faschismus, sind als Teil der westlichen politischen Kultur entstanden. Hier wurde immer versucht, Politikformen jenseits der eigenen vom eigenen spezifischen Standpunkt aus zu verstehen. Ich denke, dass dieser Denkansatz einer der entscheidenden Gründe für die fehlerhafte Auseinandersetzung mit der kurdischen Sache ist. Die unterschiedliche Bedeutung von politischer Partei und politischer Führerschaft in Europa und im Mittleren Osten, insbesondere bei der kurdischen Gesellschaft, konnte nicht verstanden werden. Zum anderen denke ich, dass nicht ernsthaft der Versuch unternommen wurde, die kurdische Bewegung zu verstehen. Die Auseinandersetzung mit der Thematik verläuft für gewöhnlich über bestimmte Denkmuster und Schablonen. Oft habe ich mitbekommen, wie die PKK als stalinistisch deklariert und beiseitegeschoben wurde. Das ist meines Erachtens eine ganz und gar orientalistische Herangehensweise. Man selbst wird als Zentrum der Welt betrachtet, das gilt auch für die europäische Linke. Alle anderen revolutionären Dynamiken werden durch die eigene Brille bewertet. Dies sind sehr arrogante Ansätze, die ich ablehne. Wirklich linke, sozialistische Ansätze müssen darauf beruhen, Bewegungen wirklich zu verstehen.

> Die unterschiedliche Bedeutung von politischer Partei und politischer Führerschaft in Europa und im Mittleren Osten, insbesondere bei der kurdischen Gesellschaft, konnte nicht verstanden werden. Zum anderen denke ich, dass nicht ernsthaft der Versuch unternommen wurde, die kurdische Bewegung zu verstehen. Die Auseinandersetzung mit der Thematik verläuft für gewöhnlich über bestimmte Denkmuster und Schablonen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass viele linke Bewegungen in Europa die kurdische Freiheitsbewegung und die PKK über die türkische Linke kennen gelernt haben. Die türkische Linke ist der kurdischen Bewegung von Anfang an mit nationalistischen Reflexen begegnet. Wichtige Strömungen der türkischen Linken sind unter Einfluss des Kemalismus entstanden und damit wurde die kemalistische Wahrnehmung von Kurden im Namen der Linken auch in Europa reproduziert. Das ist meine allgemeine Beobachtung. Wichtiger ist jedoch, dass die Transformation der PKK häufig nicht wahrgenommen wird. Die PKK ist nicht mehr die Partei von 1993, Öcalan ist nicht mehr die Person von 1993 oder 1999. Es ist eine Bewegung entstanden, die sich tagtäglich erneuert und weiterentwickelt. Sie begann mit realsozialistischen Einflüssen, hat sich aber heute vollständig vom Realsozialismus gelöst und einen neuen linken Ansatz entwickelt. Wie hat es die PKK geschafft, dass aus ihrem Widerstand eine Freiheitsbewegung mit Millionen von Anhängern entstanden ist, während alle linken Bewegungen, auch die in der Türkei, zerfallen sind? Eine Antwort darauf können die besagten Kreise nicht geben. Oder darauf, wie es die PKK im Mittleren Osten, wo es im Zuge des »Arabischen Frühlings« eine Vielzahl sozialer Bewegungen und gesellschaftlicher Umbrüche gab, in Rojava geschafft hat, ein neues, ausstrahlendes Gesellschaftssystem aufzubauen.

Abschließend kann ich sagen, dass der Blick der europäischen Linken auf die kurdische Bewegung und die PKK entweder von der Kriminalisierung durch die Bundesregierung geprägt ist oder die Herangehensweise von Kreisen, die der türkischen Staatsdoktrin anhängen, übernommen hat. Ein eigener origineller Blick oder ein eigenes Bestreben zu verstehen ist nicht wirklich vorhanden. Die Erwartung auf kurdischer Seite ist ein ernsthaftes Bemühen um ein richtiges Verständnis. Wenn sie erklären wollen, wie eine Bewegung mit vierzigjähriger Widerstandserfahrung zunehmend internationaler wird, immer mehr Völker miteinschließt und Politik in immer größerem Maßstab beeinflusst, müssen sie das Bestreben haben zu verstehen. Mit der Rojava-Revolution hat sich in dieser Hinsicht etwas getan. Doch die Auseinandersetzung ist immer noch sehr unzureichend. Insbesondere die Person Öcalan wird in der kurdischen Gesellschaft völlig anders wahrgenommen. Die Perspektiven in Europa und damit auch in Deutschland sind sehr von Vorurteilen geprägt und unterscheiden sich somit oft von der kurdischen Realität.

Wie bewertest du den ersten Anwaltsbesuch auf Imralı nach acht Jahren? Abdullah Öcalan ruft dazu auf, dass seine Sieben-Punkte-Erklärung von allen Kreisen diskutiert werden soll. Wie schätzt du die gegenwärtige Phase ein?

Öcalans Erklärung an die breite Öffentlichkeit ist bedeutend. Bei näherem Hinsehen kann man die Spuren des von ihm seit zwanzig Jahren verfolgten politischen Ansatzes erkennen. Er betrachtet die Politik als Lösungsweg, als die Kunst, eine Lösung zu finden. Er sieht die Politik als einen Weg, um abseits von Krieg Lösungen zu entwickeln, und möchte dieses Ziel wirksam verfolgen. Er legt einen Ansatz dar, der die gesellschaftliche Spaltung überwindet und sich Verhandlungen sowie die Bereitschaft zum Kompromiss zur Grundlage nimmt.

Einmal mehr schlägt er der Türkei, Rojava und Syrien diesen demokratischen Weg vor.

Die Deklaration zeigt, dass Herr Öcalan erstens eine konstante Widerstandslinie verfolgt. Im dreißigminütigen Gespräch mit seinem Bruder am 11. September 2016 sagte er mit Verweis auf 2013: »Ich stehe immer noch auf dieser Seite des Verhandlungstisches und bin immer noch bereit.« Wann immer er es zur Sprache bringen kann, erklärt er seine Bereitschaft, einen Beitrag zu einem demokratischen Lösungsweg zu leisten, und betont, bei diesem Thema gedanklich vorbereitet zu sein. Seit dem Ende der Friedensverhandlungen und der Aufkündigung des Dolmabahçe-Abkommens von 2015 durch den heutigen Staatspräsidenten Erdoğan hat die kurdische Bevölkerung eine neue Welle staatlicher Repression und hemmungsloser Gewalt erleiden müssen. In den Jahren 2016 und 2017 wurden wieder kurdische Städte im Südosten der Türkei durch das Militär zerstört, noch immer herrscht der Ausnahmezustand und die Gesellschaft im Land ist tief gespalten. In Efrîn findet eine, von Ankara aus initiierte, ethnische Säuberung statt. Diese Entwicklungen haben einmal mehr deutlich gemacht, dass Isolation und Krieg zu keiner Konfliktlösung führen können. Die Erfahrungen der letzten vier Jahre zeigen einmal mehr, dass man mit einer Politik, die sich Krieg und Gewalt zur Grundlage nimmt und den Dialog ablehnt, keinen Frieden schaffen kann. Öcalan greift einmal mehr ein und betont die Notwendigkeit einer friedlichen, demokratischen Lösung.

Zweitens wird das Hauptmerkmal der von Öcalan seit zwanzig Jahren entwickelten politischen Praxis deutlich: Seine Worte richten sich an die gesamte Gesellschaft. Zwar hat er sich natürlich auf Imralı von Zeit zu Zeit mit Vertretern des türkischen Staates getroffen. Als er 1993 noch in Freiheit war, hatte er bereits erklärt: »Ich suche einen Gesprächspartner. Der Staat soll jemanden beauftragen, damit wir das Problem lösen können.« Er war Gesprächen mit dem Staat gegenüber immer aufgeschlossen. Er wollte den Konflikt auf dem Verhandlungsweg lösen. Das versucht er seit 1993. Während seiner Zeit auf Imralı gab es die Osloer Gespräche und die Friedensverhandlungen zwischen 2013 und 2015. Aber sein eigentlicher Adressat ist immer die Gesellschaft als Ganzes, mit ihrer Zivilgesellschaft und den politischen Parteien. Deswegen gibt es immer wieder Aufrufe an z. B. die CHP, die HDP, an intellektuelle und andere zivilgesellschaftliche Kreise. Wenn es eine demokratische, friedliche Lösung geben kann, dann durch die aktive Beteiligung dieser Gruppen. Es sind zwei verschiedene Dinge, mit dem Staat zu verhandeln oder die politische Strategie nur auf den Staat zu stützen und als Grundlage allen Handelns zu nehmen. Öcalans Vorgehensweise ist eine Politik, die gemeinsam mit der Gesellschaft betrieben wird. Eine Politik, die für die Gesellschaft und mit der Gesellschaft gemacht wird. Entscheidend für den Erfolg seiner Sprache des Friedens und seiner Lösungsorientierung ist die Partizipation der fortschrittlichen Kreise an solch einem demokratischen Lösungsweg. Das gilt auch auf der internationalen Ebene. Zum Beispiel sollten sich alle fortschrittlichen Gruppen in Europa gegen die türkische Regierung positionieren, die die Sprache der Gewalt gewählt hat, und den demokratischen Lösungsweg einfordern und stärken.

Diese Position wird gegenwärtig von der Sieben-Punkte-Erklärung Öcalans repräsentiert. Im Zentrum dieser Erklärung steht das Bestreben, eine Lösung jenseits von Krieg und ohne Polarisierung, durch Kompromisse, zu erreichen. Das kann nur unter Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen funktionieren. Öcalans Appell richtet sich an alle Völker, politischen Parteien, die Zivilgesellschaft, Intellektuelle, aber auch an Regierungskreise, die für eine demokratische Lösung und den Verhandlungsweg offen sind. Die Aussagen Öcalans nur auf staatliche Politik zu reduzieren ist einer der entscheidenden Fehler, der den Politikstil Öcalans aushebelt, der auf der gesellschaftlichen Kraft fußt. Die Demokratie wird als partizipativ aufgefasst, daher hat Öcalan bereits in seinen ersten Verteidigungsschriften die Formel »Staat plus Gesellschaft« entwickelt. Ich denke, über diese Formel kann Öcalan am besten verstanden werden. Im Zentrum seiner Vorstellung vom Staat steht die Gesellschaft. Und je weiter der demokratische Raum ausgedehnt wird, umso mehr wird der Staat geschwächt. Der despotische Regimecharakter des Staates wird somit zurückgedrängt, je mehr die Gesellschaft an den Entscheidungen beteiligt ist. Die Gesellschaft muss diese Beteiligung allerdings aktiv einfordern und darf nicht darauf warten, dass der Staat ihr diese Kompetenzen überträgt. Es ist eine Einladung an alle, die gesellschaftlichen Konflikte und den Krieg in der Türkei auf demokratischem, friedlichem Wege zu lösen. Es ist ein Aufruf, der zeigt, dass sich Öcalan seine Hoffnung und seinen Glauben an Frieden bewahrt hat. Dieser Aufruf muss richtig verstanden und beantwortet werden.

So sollten auch die politischen Parteien und die zivilgesellschaftlichen Gruppen in Deutschland ihre Bedenken zur Seite schieben und die Türkei auf der Grundlage des Sieben-Punkte-Plans zwingen, Schritte einzuleiten. Das gemeinsame Anliegen der kurdischen und der türkischen Bevölkerung sind Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Dazu kann jeder Einzelne einen Beitrag leisten; auf politischer Ebene wäre eine neue, gemäßigte Sprache ein erster Schritt in die richtige Richtung. ♦

Auf Abdullah Öcalan bestehen, auf einer anderen Welt bestehen

»Warum Öcalan?«

Dilar Dirik

Als vor über 20 Jahren eine von der NATO eingeleitete Verschwörung gegen Abdullah Öcalan zu seiner Entführung, Geiselnahme und eventuellen Gefangenschaft führte, war der kurdischen Freiheitsbewegung bewusst, dass es sich hierbei ebenfalls um eine ideologische Kampfansage der hegemonialen Staatsmächte gegen den möglichen Gewinn des Sozialismus handelte.

Mit dem historischen Hungerstreik zur Durchbrechung der langjährigen Totalisolation von Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı begann eine neue, radikale Phase der Mobilisierung nicht nur in der kurdischen politischen Gesellschaft, sondern auch innerhalb internationaler Kreise. Betrachtet man die Formen und Inhalte der vielen Aktionen, die den von Leyla Güven begonnenen Widerstand begleitet haben, näher, kann man behaupten, dass die Haltung der vielen Gruppen, Bewegungen und Individuen, die sich mit den Hungerstreikenden und ihren Forderungen solidarisierten, die Isolation Abdullah Öcalans nicht nur legal und politisch brach. Der Widerstand stellte sich vor allem auch gegen die gedankliche, emotionale und gesellschaftliche Normalisierung des Faschismus, der sich in höchster Form im Imralı-Gefängnis/Folter-Komplex als Prototyp sowohl symbolisch, als auch strukturell und ideologisch manifestiert.

Den türkischen Staatsfaschismus durch Imralı verstehen

Mit der menschenrechtsverachtenden Isolationsfolter Öcalans besteht der türkische Staat auf einer faschistischen Regierungsform. Wie die Anwält*innen Öcalans oft unterstreichen, ist das Isolationssystem auf Imralı eine Verwaltungsform, die seit 2016 auf die gesamte Türkei angewendet wird. Die Insel fungierte über einen Zeitraum von 20 Jahren hinweg als eine Art Staatslabor zum Experimentieren mit Kontroll- und Disziplinierungsmechanismen und stellt nun die Stammzelle für das rechte, autoritäre System im Lande dar. Durch Kontrolle, Beobachtung und Autorität ist Isolation zudem ein Projekt des Nationalstaates, eine eindimensionale Gesellschaft zu erschaffen, was Öcalans Paradigma der demokratischen Nation, basierend auf dem demokratischen Zusammenleben vieler Identitäten, Gruppen und Kulturen, entgegensteht.

In der Person Öcalans wird nicht nur der kurdische Freiheitskampf, sondern auch jegliche Form der internationalen Solidarität isoliert. Dies geschieht vor allem durch Kriminalisierung, die im Rahmen des Terrorismusparadigmas, das die letzten Jahrzehnte der internationalen Realpolitik bestimmt, zu verstehen ist. Um ihre Vernichtungspolitik legitimieren zu können, definieren Herrschaftssysteme bestimmte Personengruppen bekannterweise zunächst als »nicht menschlich«, bevor sie zu materieller Gewalt und Unterdrückung greifen. Der heutige Terrorbegriff ähnelt nicht nur einer Art moderner Version der Hexenjagd, sondern ist ebenfalls ein Schritt in Richtung Entmenschlichung gewisser politischer Gruppen, um diese als »tötbar«, also vogelfrei, zu erklären. Das Schweigen des türkischen Staates gegenüber dem Hungerstreik war somit eine Form der Gewalt, basierend auf der Logik: »Das sind Terroristen, keine Menschen. Wenn sie sterben, findet kein Verlust statt«, eine Haltung, die gleichzeitig die Isolation der Demokratie im Lande legitimieren sollte.

Menschenrechtsdiskurs oder Widerstand für Menschlichkeit?

Obwohl die Forderung, die Isolation zu durchbrechen, legitim und legal ist, nahmen europäische Menschenrechtsinstitutionen, neoliberale nichtstaatliche Organisationen, Zivilrechtsgruppen und Medien über einen Zeitraum von fast sieben Monaten hinweg ihre eigenen Missionen und Aufgaben strategisch und bewusst nicht wahr – und nahmen somit den Tod Tausender Menschen im Hungerstreik in Kauf. Obwohl es selbstverständlich wichtig ist, in unserer heutigen Welt über einen internationalen Rahmen zur Verteidigung von Menschenrechten zu verfügen, damit diktatorische Regimes – wenn auch oft nur symbolisch – zur Rechenschaft gezogen



»Mit der internationalen Fraueninitiative für Leyla Güven solidarisierten sich Tausende Frauen, die Aufrufe unterzeichneten, Kampagnen unterstützten, Demonstrationen veranstalteten und die Hungerstreikenden besuchten ...« Foto: ANF

werden können, ist es problematisch, wenn der Diskurs um Menschenrechte von Prinzipien wie Ethik und Gerechtigkeit getrennt und somit auf einen bürokratisch-legalen Rahmen reduziert wird.

Diese skandalöse Haltung von respektierten Organisationen wie Amnesty International (AI) zeigte auf konkrete Art und Weise nicht nur, inwiefern in der Person Öcalans die kurdische Bevölkerung einer Isolation unterworfen wird, sondern ebenfalls, wie der heutige Menschenrechtsdiskurs oft gegen den realen Widerstand der Basisgesellschaften für ihre Menschlichkeit mobilisiert wird.

Hungerstreik als Kapitalismuskritik

Vor allem zu Beginn des Hungerstreiks wurde oft gefragt, weswegen denn so viele Menschen sich für eine einzige Person aufopfern und ob nicht andere Aktionsformen infrage kämen. Jedoch ist es wichtig, die Aktionsform des Hungerstreiks ebenfalls als eine antikapitalistische Kritik zu verstehen. Die Neigung, Prinzipien und Werte wie Gesellschaftlichkeit und Aufopferungsbereitschaft dem individuellen Glück entgegenzusetzen, besteht in der kapitalistischen Moderne ebenfalls in linken Gruppen, vor allem an Orten, wo Kollektivität durch bewusste Staatspolitik Angriffen ausgesetzt wurde.

Der Hungerstreik kann als eine Kritik am kapitalistisch-liberalen Demokratieverständnis gesehen werden, als eine Ablehnung eines Politikbegriffs, der den Willen des Individuums und der Gesellschaft – und somit auch ihr Schicksal – an bürokratische und staatliche Institutionen abgibt. Dass Demokratie in einem kapitalistischen und oftmals faschistischen Zusammenhang keine Bedeutung trägt, wird deutlich, wenn man sich die Gefängnisbevölkerung der Türkei betrachtet. Darüber hinaus wird durch die Legitimierung der liberalen Ideologie durch internationale NGOs, die im Namen der Gesellschaft

mit dem Staat verhandeln, die Gesellschaft immer mehr vom Zugang zu Gerechtigkeit entfernt.

Aus diesen Gründen griffen Tausende von Menschen zur direkten Aktion und zur letzten friedlichen Waffe, die ihnen zur Verfügung stand, nämlich ihren Körpern. Vor allem mit dem Todesfasten zweier Gruppen von politischen Gefangenen verdeutlichten die Aktivist*innen, dass ihr Verständnis vom Leben nicht nur aus der Erhaltung körperlicher, biologischer Existenz besteht. Ein bedeutungsvolles, gerechtes und hoffnungsvolles Leben würden sie sich durch Widerstand erkämpfen.

Internationalistischer Widerstand im Sinne der demokratischen Nation

Entgegen der Teile-und-herrsche-Logik der Isolation, die sich mit dem erklärten Ausnahmezustand im ganzen Land institutionalisiert hatte und die auf der Vernichtung des individuellen Willens beruht, bauten allen voran Frauen auf der ganzen Welt Brücken, um durch Solidarität, Zusammenhalt und Widerstand ihre kollektive Willenskraft in der Hungerstreikphase auszudrücken. Durch die Mobilisierung für die Hungerstreikenden und ihre Forderung, die Isolation zu durchbrechen, kam eine Art internationalistische, gesellschaftliche Bewegung im Sinne der demokratischen Nation zustande. Bekannte progressive Schriftsteller*innen, Philosoph*innen, Künstler*innen und Politiker*innen solidarisierten sich weltweit öffentlich mit dem Hungerstreik und seiner Forderung.

Mit der Zeit hat sich ein Bewusstsein dafür entwickelt, dass die Möglichkeit, sich im Kapitalismus demokratisch auszudrücken, eingeschränkt ist, weshalb einige internationale Solidaritätsaktionen sich der Seele des Hungerstreiks als Aktionsform annäherten. Dies wurde vor allem durch Aktionen wie der Besetzung des Gebäudes von Amnesty International in London deutlich, nach der die kurdischen Aktivist*innen – darunter Hungerstreikende und ehemalige politische Gefangene – mit Polizeigewalt aus dem Gebäude entfernt wurden. Man könnte die Aktion in London ebenfalls als eine widerständige Intervention der Gemeinde verstehen, Menschenrechtsgruppen wie AI vor Vereinnahmung und Bedeutungsverlust zu schützen. Jugendliche unterbrachen Seminare in europäischen Universitäten.

Mit der internationalen Fraueninitiative für Leyla Güven solidarisierten sich Tausende Frauen, die Aufrufe unterzeichneten, Kampagnen unterstützten, Demonstrationen veranstalteten und die Hungerstreikenden besuchten, darunter auch bekannte feministische Aktivistinnen wie die iranische Nobelpreisträgerin Shirin Ebadi, die indische Autorin Arundhati Roy und die südafrikanische Abgeordnete und Aktivistin Ela Gandhi. In der Schweiz und in Deutschland erstellten Frauen 7000 Plakate und Banner für die 7000 Hungerstreikenden. Im südafrikanischen Cape Town veranstalteten Frauen ihre 8. März Frauenkampftagsdemonstration in Solidarität mit Leyla Güven und den Hungerstreikenden vor dem türkischen Konsulat. Lateinamerikanische Frauen sandten Botschaften an den Widerstand und trugen die Forderungen in ihre regionalen Regierungsstrukturen. Personen wie die palästinensische Aktivistin Leila Chaled, die argentinische Mitgründerin der Plaza de Mayo Mütter Nora de Cortiñas und die irische ehemalige politische Gefangene und Abgeordnete des europäischen Parlaments Martina Anderson besuchten Leyla Güven im Hungerstreik in Amed (Diyarbakır). Die weltbekannte schwarze feministische, antikapitalistische und antirassistische Aktivistin und Professorin Angela Davis schrieb einen Brief an die Redaktion der New York Times, um auf die Situation von Leyla Güven aufmerksam zu machen.

Durch diese Kombination verschiedener Aktionsformen überall auf der Welt, angetrieben von der Willenskraft der Hungerstreikenden und der Friedensmütter, die sich gegen die türkische Polizeigewalt ununterbrochen im Widerstand befanden, war es möglich, sich von der erstickenden Normalisierung des Faschismus zu scheiden. Die Frage »Warum Öcalan?«, die sich die Mächte des kapitalistischen Nationalstaatssystems seit 1998 stellen, wurde diesmal nicht nur von der kurdischen Freiheitsbewegung, sondern auch von Tausenden von Internationalist*innen durch ihre Unterstützung des Hungerstreiks als Aktionsform und der Durchbrechung der Isolation als Forderung kollektiv beantwortet: Auf Öcalan bestehen heißt, auf radikaler Demokratie, auf Frauenbefreiung und auf der Möglichkeit einer alternativen Welt zu bestehen. ♦

Über die Regierungszeit der AKP in der Türkei

Erdoğans politische Abenteuer und die Wahlen in Istanbul

Cafer Tar, Journalist

Die politische Karriere und der Weg zur Errichtung seines Ein-Mann-Regimes begannen für den heutigen Staatspräsidenten der Türkei Recep Tayyip Erdoğan in Istanbul, als er im Jahr 1994 die Kommunalwahlen mit einem hauchdünnen Vorsprung gewann. Es war eine Zeit, in der die Kurd*innen, die Alevit*innen, aber auch die Kräfte des politischen Islams erstmals auf die politische Bühne traten. Bis dahin war es den kemalistischen Eliten erfolgreich gelungen, alle drei Gruppen von der politisch-legalen Sphäre des Landes fernzuhalten.

Aber die kemalistische Türkei fand damals weder im Inland noch im Ausland Antworten auf die großen politischen Herausforderungen, vor denen das Land stand. Stattdessen war die Türkei selbst zu einem Problem geworden. Die Gerichte standen unter der Kontrolle der Militärs, so dass keine unabhängige Justiz existierte. Unlautere Geschäfte dominierten das Bankwesen des Landes, weshalb es auch keine Sicherheit mehr für die Gelder der Bevölkerung auf ihren Bankkonten gab. Der Staat verfolgte eine typische Klientelpolitik. Nur bestimmte Teile der Bevölkerung profitierten von staatlichen Sozialleistungen, während andere Teile nie etwas davon zu sehen bekamen. Aus diesen Gründen hatte sich ein nicht unbedeutender Teil der Bevölkerung vom Staat abgewandt.

In jenen Jahren erwachten weite Teile der Bevölkerung langsam aus der Ohnmacht, in die sie durch den Putsch von 1980 versetzt worden waren. Die Kurd*innen verfügten über einen gewissen Erfahrungsschatz als oppositionelle politische Kraft. Doch die Alevit*innen, die Suryoye, Armenier*innen und andere ausgebeutete Teile der Gesellschaft, und auch die Kräfte des politischen Islams, suchten nach ihrem Platz in der Politik.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die Vereinigungen der Schüler*innen und Studierenden, die Kulturvereine der Alevit*innen nahmen Schritt für Schritt ihren Platz in der Öffentlichkeit ein und verstärkten den Kampf um ihre Rechte. Allerdings gelang es ihnen nicht, diese Kämpfe auf eine gemeinsame Ebene zu heben und sich im Kampf um mehr Demokratie in der Türkei zu vereinen. Stattdessen konkurrierten sie oftmals miteinander und kamen einzeln nur bedingt voran.

In jenen Jahren war der damals noch sehr unbekannte Erdoğan der Vorsitzende der islamistischen Refah-Partei in Istanbul. Er sprach zu den Anhänger*innen seiner Partei fast schon mit einer linken Rhetorik. Er kritisierte die sozialen Ungerechtigkeiten oder verurteilte die Korruption und Vetternwirtschaft im türkischen Bankensystem. Er traf die Töne, die die Menschen hören wollten. Denn sie hatten die Missstände im Wirtschafts- und Bankensystem des Landes satt. Die Türkei war zu einem Staat geworden, der keine gesellschaftlichen Probleme mehr lösen konnte, sondern vollständig im Sumpf der Korruption versunken war. Die Menschen glaubten auch nicht mehr daran, dass die alte politische Elite fähig oder gewillt war, diese Probleme anzugehen.

Es bedurfte deshalb eines Kurswechsels im Land. Aber weil die politische Linke im Land noch mit dem Untergang des Realsozialismus beschäftigt war und sich neu finden musste, konnte sie der Bevölkerung die ersehnte Alternative nicht bieten. Und gerade weil sie von der Linken nichts zu befürchten hatte, wurde der Refah-Partei zu jener Zeit die Regierungsmacht auf dem Silbertablett serviert.

Erdoğans politisches Abenteuer begann unter diesen Bedingungen. Mit einem Stimmenanteil von gerade einmal 25 % wurde er 1994 zum Bürgermeister von Istanbul gewählt. Da aber der Konflikt zwischen der Refah-Partei und den kemalistischen Eliten des Landes fortdauerte, benutzten Erdoğan und seine Parteikolleg*innen zunächst keine islamistische Rhetorik. Sie versuchten stattdessen breitere Kreise der Gesellschaft anzusprechen und auf ihre Seite zu ziehen.

Die Praxis setzte sich dann auch in der Regierungszeit der AKP unter Erdoğan fort. Um ein Beispiel aus der Außenpolitik anzuführen: Die Zypernfrage beschäftigte die Türkei seit geraumer Zeit. Die Kemalisten und insbesondere das Militär versuchten ihre Macht durch die ungelöste Zypernfrage zu

festigen. Die AKP näherte sich der Frage, zumindest in der Theorie, lösungsorientiert an. Sie erklärte, dass sie die Problematik um Zypern lösen wolle und sicherte sich auf diese Weise Sympathien der Menschen.

Es gibt weitere Beispiele wie dieses, die den damaligen politischen Kurs der AKP verdeutlichen: So baute die AKP in den ersten Jahren ihrer Regierungszeit diplomatische Beziehungen zu Armenien auf. Es wurde ein Arbeitskreis gegründet, der sich mit den Problemen der Alevit*innen beschäftigte, und in der kurdischen Frage wurde der Dialog mit dem kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan aufgebaut. Die Türkei erlebte in den ersten Jahren der AKP eine Phase der politischen Entspannung.

Die Menschen konnten nun wieder offen über die gesellschaftlichen Fragen und Traumata des Landes sprechen. Nicht nur die kurdische Frage, sondern eine Vielzahl von weiteren Problemen der Türkei hatten sich über Jahre hinweg aufgestaut. Nun begannen die Menschen, diese Probleme aufzuarbeiten. Doch dann beendete die AKP-Regierung plötzlich die Friedensverhandlungen mit Öcalan und in der Türkei ereigneten sich 2015 in Suruç und Ankara zwei grausame Anschläge.

Bis zu diesem Wendepunkt hatte Erdoğan die Wahlen immer wieder mit einer »Opfer-Rhetorik« gewonnen. Er vermittelte den Eindruck, als könnten er und seine Partei zu jedem Zeitpunkt von den Kemalisten im Lande weggeputscht werden. Seine Partei wolle mehr tun, um ihre Versprechen zur Lösung der gesellschaftlichen Fragen einzulösen, doch seien ihm und seiner Partei wegen der Bedrohung die Hände gebunden. Als diese Bedrohung dann aber vollständig gebannt war, zeigte Erdoğan sein wahres Gesicht und es wurde deutlich, dass er bereit ist, alles zu tun, um an der Macht zu bleiben.

Die Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 markierten einen Wendepunkt in der Geschichte der Türkei. Die politische Bewegung der Kurd*innen hatte bei diesen Wahlen nämlich unter Beweis gestellt, dass sie unter gleichberechtigten Bedingungen problemlos die undemokratische 10%-Hürde des türkischen Wahlsystems nehmen kann. Die politische Bewegung der Kurd*innen, mit der Demokratischen Partei der Völker HDP als einem ihrer wichtigsten Standbeine, hat mit diesem Achtungserfolg die politischen Bewertungen der AKP und der übrigen türkischen Parteien vollends durcheinandergebracht. Die AKP erkannte, vor welche Schwierigkeiten sie ein solcher Erfolg der HDP stellen könnte. Deshalb versuchte sie mit allen Mitteln zu verhindern, dass die HDP als Partei (statt wie bisher mit unabhängigen Kandidat*innen) zu den Wahlen antrat. Die Wahlstrategie der HDP wurde auch bei Gesprächen zwischen Abdullah Öcalan, der HDP und Vertreter*innen des Staates wiederholt diskutiert. Die Staatsbediensteten versuchten auch in diesen Diskussionen, die HDP von ihrem Vorhaben abzubringen.

Doch die HDP setzte ihren Kurs erfolgreich durch und nahm die 10%-Hürde bei den Wahlen. Eine Begleiterscheinung dieses Wahlerfolges war, dass die türkischen staatstragenden Parteien in Nordkurdistan kaum mehr etwas zu sagen hatten. Ihre Stimmenanteile waren dahingeschmolzen. Das löste panisches Verhalten innerhalb der AKP und des Staates aus. Der Staat hatte sich zwar über die Jahre daran gewöhnt, gegen die Kurd*innen in den Bergen einen Krieg zu führen. Doch zum ersten Mal waren sie nun mit einer derart starken legalen kurdischen Bewegung in den Städten und in den Dörfern konfrontiert.

Außerdem hatte die AKP mit diesen Wahlen ihre absolute Mehrheit im türkischen Parlament verloren. Weil sie auch das nicht akzeptieren wollte, beendete die AKP zunächst die Verhandlungen mit den Kurd*innen und setzte anschließend Neuwahlen an. Was darauf folgte, war eine Gewaltspirale, welche die Türkei so bislang nicht gekannt hatte. Die Massaker in Ankara und Suruç sind zwei Beispiele hierfür. Vor den Augen des Staates durften die Banden des sogenannten Islamischen Staats (IS) hunderten Menschen durch ihre Anschläge das Leben nehmen.

Ein Grund dafür, dass sich die AKP so sehr an der Macht festkrallt, ist der Korruptionssumpf, in den sich die Regierungsmitglieder in den 17 Jahren ihrer Macht begeben haben. Sie wissen sehr genau, dass an dem Tag, an dem sie die Macht verlieren, diese Skandale aufgearbeitet und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden. Deshalb wollen sie die Macht nicht aus der Hand geben. Nach den Wahlen vom 7. Juni 2015 hatte Erdoğan persönlich signalisiert, dass er für seinen Machterhalt bereit ist, alles nur Erdenkliche in Bewegung zu setzen.

Zwischen dem 7. Juni und dem 1. November im Jahr 2015, an welchem die Neuwahlen stattfanden, hatte die HDP – wie auch die übrigen Parteien – keine Möglichkeit, Wahlkampfveranstaltungen abzuhalten. Die Bevölkerung war einem erbitterten Terror ausgesetzt. Unter diesen Bedingungen, unter Furcht und Terror, war es der AKP gelungen, ihre Macht aufrechtzuerhalten und einen Wahlsieg zu erringen.

Dann kam es zu dem ominösen Putschversuch vom 15. Juli 2016. Nach der Niederschlagung des Putschversuchs hatten die AKP und die MHP vollständig die Macht im Staate unter ihre Kontrolle gebracht. Erdoğan bezeichnete die Ereignisse um den Putschversuch später als ein »Geschenk Gottes«. Mittlerweile sind fast drei Jahre seit dem Putschversuch vergangenen, doch die vollständigen Hintergründe jenes Abends



Erdoğan selbst gab den Befehl an die Hohe Wahlkommission (YSK), die Wahlergebnisse vom 31. März in Istanbul zu annullieren und Neuwahlen anzusetzen. Die Bevölkerung war verärgert und ging auf die Straße. Foto: ANF

sind weiter nicht aufgeklärt. Was sich allerdings seitdem geändert hat, sind die Machtverhältnisse im Land. Denn in dem Ausnahmezustand, der nach dem Putschversuch für fast zwei Jahre aufrechterhalten wurde, haben die Machthaber durch ihre Dekrete mit Gesetzeskraft die Staatsstruktur geradezu neu aufgebaut. Unzählige Soldat*innen, Polizist*innen, Akademiker*innen usw. wurden aus den staatlichen Einrichtungen entlassen.

Doch all diese Maßnahmen ändern nichts daran, dass sich die Ära der AKP und Erdoğans dem Ende nähert. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 31. März 2019 sind ein deutliches Indiz dafür. Die Türkei kann ihren Weg nicht weiter mit Erdoğan fortsetzen. Auch die Außenpolitik des Landes befindet sich in einem katastrophalen Zustand. Noch nicht einmal die Zypernfrage ist gelöst, obwohl gerade hier die AKP große Töne gespuckt hatte. Auf die ungelöste kurdische Frage will ich an dieser Stelle gar nicht eingehen. Im Inland ist die Situation auch nicht besser. Die Bevölkerung ist tief gespalten und polarisiert.

Am 31. März wurde dem AKP-MHP-Block ein schwerer Schlag versetzt und die Rolle der kurdischen Wähler*innen ist hierbei von großer Bedeutung. In den wichtigsten Provinzen des Landes musste die AKP Niederlagen hinnehmen. Die Wahlniederlage in Istanbul scheint die AKP wohl selbst als den Anfang von ihrem Ende zu deuten.

Trotz dutzender Neuauszählungen und Beschwerdeverfahren hatte sich an den Wahlergebnissen der wichtigsten Metropole der Türkei nichts geändert. Deshalb erteilte Erdoğan selbst den Befehl an die Hohe Wahlkommission (YSK), die Wahlergebnisse zu annullieren und Neuwahlen anzusetzen. Die Begründung für die Annullierung ist traurig und lustig zugleich: Die Wahlurnenleiter*innen am 31. März waren keine Bedienstete des öffentlichen Dienstes. Dabei hatte doch die YSK selbst die Wahlurnenleiter*innen ernannt.

Die Erdoğan-Regierung setzt nun auf eine Wiederholung des Schauspiels, welches sie bereits bei den Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 veranstaltet hatte. Erdoğan, der, wenn es ihm in den Kram passt, stets von der Wichtigkeit der Demokratie spricht, verleugnet einmal mehr den Wähler*innenwillen der Bevölkerung und lässt den Urnengang in Istanbul wiederholen.

Auch wenn die AKP die Wahlen zur Farce verkommen lässt, muss die Opposition sich nun nochmals zusammenreißen und nicht den Gegnern der Demokratie das Feld überlassen. Auch die Weltöffentlichkeit sollte sich die Geschehnisse in der Türkei genau anschauen und nicht durch falsches Handeln die Lebensdauer dieses Regimes unnötig verlängern.

Die Regierung Erdoğans ist eine Meisterin der Heuchelei. Um die Bevölkerung zu täuschen und zu manipulieren, benutzt sie politische Propaganda. Die Bevölkerung der Türkei sollte genau deshalb diese Regierung zur Rechenschaft ziehen.

Und die internationalen Partner Erdoğans sollten endlich einen Schlussstrich unter ihre Unterstützung für dieses antidemokratische Regime ziehen. Denn die Türkei ist weit mehr als bloß Erdoğan und die AKP. Und eine andere Türkei jenseits dieses Regimes erscheint heute möglicher denn je. Um diese andere Türkei zu verwirklichen, müssen nicht nur die Menschen innerhalb des Landes gut arbeiten, auch die internationale Öffentlichkeit kann ihren Beitrag hierfür leisten. ♦

Über die Besatzung und ihren Verlauf

»Besatzer raus aus Efrîn«

Devriş Çimen, Journalist und Mitarbeiter von Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

Unter internationalem Schweigen und der Duldung der Besatzung finden kontinuierlich Zerstörungen, Plünderungen, Vertreibungen, Entführungen, Kriegsverbrechen und Übergriffe durch türkische und islamistische Besatzungstruppen gegen die Bevölkerung in Efrîn statt. Aber auch der Widerstand hält ununterbrochen an.

»Obwohl der kürzlich durch die türkische Armee und die Besatzungsmilizen begonnene Mauerbau jeglichem internationalen Recht widerspricht, schaut die Welt einfach zu. Wenn strategische Interessen vorherrschen, scheint das Völkerrecht keine große Rolle zu spielen. Die türkische Regierung will den Völkern der Region ihr osmanisches Projekt aufzwingen, die Besetzung von Efrîn verstetigen und die Ressourcen der Region ausbeuten. Efrîn ist ein Teil Syriens. Aber das syrische Regime schweigt, es zeigt keine Reaktion auf die Besatzung.« So erklärte der Anwalt Bedirxan Etî aus Kobanê im Mai gegenüber der Nachrichtenagentur Firat (ANF) die Umstände und Hintergründe der türkischen Besatzung in Efrîn.[1]

Die türkische Regierung versucht seit Monaten, den besetzten Kanton Efrîn in Rojava durch eine 3 Meter hohe und 70 Kilometer lange Mauer von Syrien zu trennen. Bis jetzt sind mindestens 25 Kilometer gebaut. Das dient dazu, Efrîn von Syrien abzutrennen und den Widerstand gegen die Besatzung zu schwächen. Darüber hinaus errichtet die Besatzungsarmee in der Umgebung Efrîns immer mehr Militärstützpunkte. Mittlerweile ist deren Zahl im Kanton auf rund 200 angestiegen. Hinzu kommen Basen verschiedener dschihadistischer Gruppierungen und des türkischen Geheimdienstes (MIT). Des Weiteren hat die türkische Besatzungsarmee im gesamten Kanton an vielen Orten Überwachungskameras installiert. Zudem finden täglich Aufklärungsflüge über der Region statt.

Der Demokratische Syrienrat (MSD) hat mit einer Erklärung Stellung bezogen zum Mauerbau und den dahintersteckenden Ambitionen Ankaras in der Region.[2] Der MSD ruft darin unter anderem die syrische Regierung dazu auf, eine klare Haltung gegen die Besatzungsbestrebungen der Türkei in Efrîn einzunehmen.

In der Erklärung des MSD heißt es: »Der türkische Staat setzt seine koloniale Praxis in Nordsyrien fort. In der vergangenen Woche wurden im Dorf Cilibê die Häuser dem Erdboden gleichgemacht und Gräben ausgehoben. Anschließend wurden um Efrîn herum Mauern hochgezogen, um dieses Gebiet von Syrien abzuspalten. Allen ist bewusst, dass die Türkei in dem Gebiet einen demografischen Wandel bezweckt und dadurch die Identität der Stadt und des Kantons verändern will.«

»Diese Operation war keine Antwort auf eine wirkliche Gefahr, sondern ein Produkt von Erdoğans Ambitionen, die Grenzen der Türkei zu verschieben, die seiner Ansicht nach 1923 im Vertrag von Lausanne unfair gezogen wurden«, schreibt der Diplomat und ehemalige US-Sonderbeauftragte für den Kampf gegen die Terrororganisation »Islamischer Staat« (IS), Brett McGurk, in einem Aufsatz im Fachblatt »Foreign Affairs«.[3] Darin schildert er, wie der »NATO-Partner« Türkei einen schmutzigen Krieg führt, eine antikurdische Syrienpolitik durchsetzt und die Kräfte in der Region und internationale Akteure gegeneinander auszuspielen versucht.

Aischa Issa Hesso ist in Efrîn geboren und gehört zu jenen, die am 18. März 2018 vor der türkischen Armee flohen und die Stadt verlassen mussten. Heute ist sie Co-Vorsitzende der Partei der Demokratischen Einheit (PYD). Im April sagte sie in Berlin in einem Gespräch mit uns: »Erdoğan will Efrîn dem Staatsgebiet der Türkei einverleiben. Genauso wie es die Türkei früher mit Iskenderun und Hatay gemacht hat. Aber das wer-

1 ANF, 21.05.2019: https://anfdeutsch.com/rojava-syrien/mauer-in-efrin-voelkerrechtswidrig-11525

2 ANF, 27.04.2019: https://anfdeutsch.com/rojava-syrien/die-tuerkei-moechte-sich-efrin-einverleiben-11028

3 Foreign Affairs, May/June 2019: https://www.foreignaffairs.com/articles/syria/2019-04-16/hard-truths-syria



Aus Efrîn Vertriebene demonstrieren in Şehba mit den Bildern ihrer im Kampf gegen die Besatzung der Türkei gefallenen Angehörigen. Foto: ANF

den wir nicht zulassen. Wir werden wieder nach Efrîn zurückkehren.« Iskenderun und Umgebung gehörten einst zu Syrien. Die Region, die heute Hatay genannt wird und westlich von Efrîn liegt, gehörte bis 1938 zum französischen Mandatsgebiet Syrien. Doch in der Folgezeit wurde sie von Frankreich der Türkei überlassen. In der heute türkisierten Provinz Hatay war die türkische Bevölkerungsgruppe ursprünglich eine Minderheit, neben der Mehrheit sunnitischer, alevitischer und christlicher Araber_innen und einer kleinen Minderheit von Kurd_innen.

Rückblick: Wie kam es zur Besetzung?

Unter dem Schweigen und der Duldung der »internationalen Gemeinschaft« wurde die militärische Besetzung Efrîns Anfang 2018 von der türkischen Armee in Zusammenarbeit mit islamistischen Milizen (darunter Gruppen, die dem IS entstammen) durchgesetzt. Es waren die Einheiten der YPJ/YPG (Frauen-/Volksverteidigungseinheiten), die dagegen militärischen Widerstand leisteten. Überall in Kurdistan und weltweit fanden sehr wertvolle Aktionen der Solidarität und Unterstützung für den Widerstand gegen die Besetzung und für die Einhaltung des Völkerrechts statt.

Ab diesem Moment stand die solidarische Öffentlichkeit internationaler staatlicher Willkür entgegen. Am 20. Januar 2018 begann die türkische Armee im Rahmen der »Operation Olivenzweig« in den Kanton Efrîn vorzudringen.

Der Bevölkerung in Efrîn war es zuvor unter großen Anstrengungen gelungen, sich aus dem seit 2011 herrschenden Krieg in der Region herauszuhalten und eine basisdemokratisch organisierte und demnach freiheitliche, demokratische, emanzipatorische und säkulare Gesellschaft aufzubauen. Während des Krieges in Syrien (2013–2017) wurden hunderttausende Binnenflüchtlinge aufgenommen und versorgt. Ihre damaligen Versorger_innen sind heute selbst Flüchtlinge. Hunderttausende Menschen mussten aufgrund der Besetzung fliehen. Etwa 100.000 Menschen blieben in der Stadt und Umgebung. Am 18. März 2018 wurde Efrîn von türkischen Truppen und islamistischen Milizen eingenommen und ist seitdem besetzt. Der Angriffskrieg der Türkei brachte der Zivilbevölkerung Leid, Gewalt, Vertreibung und bis heute anhaltende Versuche der Assimilierung. Mindestens 173.000 Flüchtlinge aus Efrîn leben noch immer in provisorischen Camps in Şehba, zwischen Aleppo und Efrîn. Diese Menschen sind seit März 2018 von der Außenwelt abgeschnitten. Doch die Hoffnung, wieder zurückkehren zu können, geben sie nicht auf.

Das Schweigen der Vereinten Nationen, von EU, USA und Russland unterstützte die Invasion

Während die türkische Regierung mit ihren Luft- und Bodentruppen Zivilist_innen in Efrîn tötete, sahen die Vereinten Nationen, die Europäische Union, die USA und Russland den Massakern und Kriegsverbrechen, die oftmals dokumentiert und veröffentlicht wurden, tatenlos zu. »Was in Efrîn auf uns niedergeregnet ist, waren die Bomben der NATO«, sagte der außenpolitische Sprecher der PYD, Salih Muslim, und erklärte: »Bei der Invasion in Efrîn haben alle geschwiegen. Sechzig Tage lang wurden NATO-Bomben auf uns abgeworfen, wir wurden mit NATO-Waffen angegriffen. Das war ein Verstoß gegen die Regeln der NATO und der Vereinten Nationen, aber niemand hat etwas dagegen unternommen.«

Mit ihrer Haltung ebnete die internationale Gemeinschaft der Besatzung den Weg und unterstützte sie. Mit der Öffnung des Luftraums über Efrîn ist Russland Komplize der ersten Stunde. Durch ein schmutziges Abkommen zwischen der russischen und der türkischen Regierung wurden in Efrîn aus Ghouta evakuierte »sogenannte Dschihadisten« und ihre Familien angesiedelt, die heute den Großteil der Bewohner_innen stellen.

Die türkische Besatzungsmacht vertreibt seit vergangenem Jahr systematisch diejenigen Kurd_innen, die trotz der Militärinvasion im nordsyrischen Kanton verblieben sind. Deren zwangsgeräumte Häuser werden Dschihadist_innenfamilien aus Ghouta, Hama, Latakia und Idlib überlassen. In den Bezirken nahe der türkischen Grenze wurden fast ausschließlich Islamist_innen untergebracht, die in direktem Auftrag Ankaras handeln. So ließe sich behaupten, dass diese Orte schon jetzt Teil der Türkei sind. Bis heute verändert die türkische Regierung vor den Augen der internationalen Öffentlichkeit die demografische Zusammensetzung der Region und verstößt so gegen Völkerrecht und begeht zudem weiterhin Kriegsverbrechen. Vor der Invasion bildeten die Kurd_innen mit 95 Prozent die Bevölkerungsmehrheit in Efrîn, heute sind es nur noch rund 25 Prozent. Derartige Vertreibungen sind international geächtet.

Zwangsarabisierung, Zwangstürkisierung und Islamisierung von Efrîn

Eine umfassende Berichterstattung aus Efrîn ist nicht möglich. Satellitenaufnahmen zeigen jedoch, dass die Besatzer viele historische Kultstätten, Friedhöfe und Glaubenseinrichtungen der Êzîd_innen und Alevit_innen geschändet und zerstört haben. Dies wurde auch von der Co-Vorsitzenden der PYD, Aischa Issa Hesso, betont: »In Efrîn findet eine Türkisierung, Islamisierung und Arabisierung statt. Die religiösen Minderheiten der Alevit_innen, Êzîd_innen und Christ_innen wurden vertrieben. Ihre Einrichtungen wurden zerstört. Sie haben dutzende Schulen in Efrîn abgerissen. Über 300 Schulen, Akademien, Institute und Universitäten wurden geschlossen. Der stark islamisch geprägte Unterricht findet jetzt auf Türkisch oder Arabisch statt. Die kurdische Sprache wurde verboten. Es herrschen türkische Regeln. In von der Zerstörung verschonten öffentlichen Gebäuden und Vereinen wurden türkische Fahnen aufgehängt. Die Einrichtungen, Straßen und Dörfer wurden arabisiert oder türkisiert.«

Aischa Issa Hesso erinnert uns an die Bilder während der Besetzung von Efrîn: die Planierraupen, die die Statue des Schmieds Kawa von ihrem Sockel rissen. In der kurdischen Mythologie spielt Kawa eine bedeutende Rolle. Durch die Zerstörung dieses Symbols wollten die Besatzer die kurdische Bevölkerung erniedrigen und verdeutlichen, dass sie eine Vernichtungspolitik betreiben werden. Hesso sagt: »Dieser Platz in Efrîn, der für uns die Freiheit bedeutete, wurde in ›Erdoğan-Platz‹ umbenannt.«

> »Bei der Invasion in Efrîn haben alle geschwiegen. Sechzig Tage lang wurden NATO-Bomben auf uns abgeworfen, wir wurden mit NATO-Waffen angegriffen. Das war ein Verstoss gegen die Regeln der NATO und der Vereinten Nationen, aber niemand hat etwas dagegen unternommen.«

Weiterhin erklärt die Politikerin, das türkische Militär und die Islamisten in Efrîn würden respektlos und intolerant agieren und mit Gewalt und Unterdrückung einen radikalen Islam durchzusetzen versuchen. Es herrschten die Regeln der Scharia: »Dafür sorgen radikalislamistische Imame, die in den Moscheen predigen, und die islamistische Polizei, die von der türkischen Armee eingesetzt wird. Die Bevölkerung in Efrîn hatte eine tolerante Haltung, egal welcher Religion oder Ethnie Menschen angehörten. Wir Frauen waren im öffentlichen Raum die Vorreiterinnen der Entwicklungen und genossen viele Rechte. Diese Kultur der Toleranz gibt es in Efrîn heute nicht mehr. Die Besatzer drängen darauf, ihre Auslegung der Scharia im öffentlichen Leben durchzusetzen. Die Frauen dürfen nur noch in Begleitung eines männlichen Angehörigen das Haus verlassen und müssen sich verschleiern.«

Systematische Vertreibungspolitik: Vertreibung von Êzîd_innen und Alevit_innen aus Efrîn und Ansiedlung arabischer Familien

In Efrîn lebten vor der Besetzung neben den sunnitischen Kurd_innen auch kurdische Êzîd_innen, kurdische Alevit_innen sowie Christ_innen. Die sunnitischen Kurd_innen bildeten die Mehrheit. Die rund 5000-köpfige alevitische Gemeinschaft lebte in der Ortschaft Mabeta, sagt Ibrahim Murad, Vertreter der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien in Berlin, der selbst aus Efrîn stammt: »Heute leben fast keine Alevit_innen mehr in Efrîn. Denn für die Radikalislamisten sind Alevit_innen Abtrünnige, die von ihnen verachtet und bekämpft werden. Der Hass der Islamisten auf Andersgläubige bedeutet für Êzîd_innen Lebensgefahr, sie haben keinen Raum mehr in Efrîn zu leben. Vor der türkischen Besatzung lebten in der Region über 20.000 Êzîd_innen. Wie viele es in Efrîn heute noch sind, wissen wir nicht genau, aber sie lebten seit hunderten von Jahren überwiegend in Dörfern wie Ain Dara, Iska, Basufan, Schadere, Baadi, Kimar, Burdsch Abdalo Barad, Ghazzawiya und in der südöstlichen Region von Efrîn. Ihre Tempel, Denkmäler und Grabstätten wurden von Islamisten und den türkischen Besatzern systematisch zerstört. Auch die 160-jährige alevitische Grabstätte Av Girê wurde von ihnen geplündert.«

Aischa Issa Hesso erklärt ebenfalls, wie systematisch und in welchem Ausmaß die Zerstörung von kulturellem Erbe im Kanton Efrîn vorangetrieben wird: »Historische Stätten wie der Ischtar-Tempel von Ayn Dara wurden am Anfang des Angriffskriegs aus der Luft bombardiert und zerstört. Ein weiterer bombardierter und zerstörter historischer Ort war die Burg von Kyrrhos und der angrenzende Pilgerort Nebî Hûri. Auch die Julianos-Kirche in Mor Maron wurde vollständig zerstört. Zahlreiche Friedhöfe wurden geschändet und viele andere historische Bauwerke und Häuser zerstört. Heiligtümer und Versammlungsorte wie das Zentrum der Êzîdischen Union in Efrîn wurden gesprengt. In den êzîdischen und alevitischen Dörfern bauen sie Moscheen. Sie versuchen damit das Gedächtnis und die Geschichte auszulöschen.«

Ibrahim Murad beschreibt, dass den kurdischen Flüchtlingen darüber hinaus die Rückkehr nach Efrîn verweigert werde, weil in deren Häusern mittlerweile türkeitreue Islamisten von den Gruppen Faylaq al-Rahman, Dschaisch al-Islam, Tahrir al-Scham und Ahrar al-Scham mit ihren Familien, die vor der Bombardierung des östlichen Ghouta durch das syrische Regime geflohen waren, angesiedelt worden seien. Die Nachrichtenagentur ANF veröffentlichte im August 2018 eine Liste der Orte, aus denen die einheimischen Bewohner_innen vertrieben und mittlerweile ungefähr 41.000 Islamist_innen aus Ost-Ghouta angesiedelt worden waren.[4] Murad sagt: »Die türkischen Besatzer blockieren zudem unabhängige Untersuchungen von Menschenrechtsorganisationen im Kanton Efrîn. Aber trotz einer solchen Blockade müssten internationale Menschenrechtsorganisationen darauf bestehen, dort recherchieren zu können. Denn in Efrîn sind wir nicht nur mit einer Besatzung konfrontiert, es findet zudem auf allen Ebenen eine gezielte demographische Veränderung statt. Es gibt Veränderungen im täglichen Leben: Soziales, Kultur, Religion, Politik, Demographie und Natur sind davon betroffen. Wir sind hier mit einer ethnischen Säuberung konfrontiert, die die Türkei in Efrîn zielgerichtet umsetzt.«

Aischa Issa Hesso zufolge sind willkürliche Handlungen, Verhaftungen, Entführungen, Morde und »Verschwindenlassen« durch die Besatzer an der Tagesordnung: »Wir bekommen immer wieder von unterschiedlichen Quellen berichtet, dass kurdische Zivilist_innen ständiger Unterdrückung und Gewalt durch die Besatzer ausgesetzt sind. Entführungen wurden regelrecht zu einem zynischen Geschäftsmodell entwickelt. Vor allem junge Frauen und Mädchen werden verschleppt, um Lösegeld zu erpressen. Angehörige zahlen hohe Geldsummen, um Entführte wieder freizubekommen. Menschen, die wieder frei sind, erzählen von Folter und Misshandlungen durch die Besatzer.«

Ibrahim Murad erklärt, dass in Efrîn die Landwirtschaft, u. a. der Anbau von Weizen, Oliven, Früchten und Gemüse, die Haupteinnahmequelle der Menschen war: »Doch jetzt wird die landwirtschaftliche Produktion geplündert und in die Türkei transportiert. Die Haupteinnahmequelle der Menschen wird auf diesem Weg gestohlen.« Die türkische Regierung erzielt so einen Gewinn von mehreren Millionen Dollar. Die Olivenproduktion ist dafür ein Beispiel. Es gab auch Berichte in internationalen Medien, wie die Türkei sowohl die Oliven als auch das Olivenöl beschlagnahmt und nach Europa exportiert. Zahlreiche, Jahrtausende alte Olivenhaine wurden zudem in Brand gesetzt oder abgeholzt. Auch Wälder werden von den Besatzern in Brand gesetzt. Dadurch versucht die Regierung Erdoğan gezielt die Lebensgrundlage der Bevölkerung zu zerstören.

Auf die Frage, wie es weitergehen könne, antwortet die Co-Vorsitzende der PYD Hesso: »Der Widerstand geht weiter. Aber ich möchte es kurz halten: Wer die Türkei zur Besatzung motiviert und unterstützt hat, der oder die soll sie auch zum Rückzug bringen. Wer die Besatzung nicht beendet und nicht freiwillig geht, den werden andere Wege, Aktionen und Widerstand dazu bewegen. Die Türkei muss sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen.« ♦

---

4 ANF, 07.08.2019: https://anfdeutsch.com/rojava-syrien/kulturelle-vernichtung-und-vertreibung-in-efrin-5986

Şengal

Vom Genozid zur Demokratischen Autonomie

Yilmaz Pêşkevin Kaba

Am 3. August 2019 jährt sich der Genozid an den Êzîd_innen zum fünften Mal, am 15. August zum ersten Mal die Ermordung von Mam Zekî Şengalî durch den türkischen Staat. Auch an diesem fünften Jahrestag des Völkermords, auch am ersten Jahrestag der Ermordung Mam Zekî Şengalîs erheben die Êzîd_innen weltweit sowie das kurdische Volk und dessen Freund_innen ihre Stimme mit dem Ruf »MIT DER AUTONOMIE ŞENGALS ZU EINER DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT« und bekräftigen damit ihre Forderung nach Anerkennung des Genozids und für die Selbstverwaltung, den Selbstschutz und die Freiheit der Êzîd_innen.

Nach fünf Jahren sind die Êzîd_innen entschlossener denn je. Trotz der gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten haben sich die Menschen in und um Şengal für die Erhaltung des Lebens entschieden. Sie haben sich dafür entschieden, ihre Heimat, ihr Siedlungsgebiet Êzîdxan, wiederaufzubauen, wieder lebensfähig und lebenswert zu machen.

Die Arbeiten und Tätigkeiten für die Organisierung des alltäglichen Lebens laufen auf Hochtouren. Unter anderem der Wiederaufbau der Region in Form der Infrastruktur – der Dörfer und Städte, aber auch und vor allem der Aufbau der gesellschaftlichen und politischen Strukturen.

Es ist alles andere als einfach, es gibt immer wieder viele Hindernisse, nicht nur wegen der Zerstörung durch den Krieg, sondern auch und vor allem wegen der politischen Akteure, denen die neu ausgerichtete gesellschaftliche und politische Orientierung und Einstellung – Selbstverwaltung, Selbstorganisierung, Selbstschutz, Selbstverteidigung – nicht passt.

Es ist die Angst vor dem Verlust der Macht, nicht nur in Şengal, sondern vor allem durch Şengal. Sollte sich das Vorhaben der Basisdemokratie – Selbstverwaltung, Selbstorganisierung, Selbstschutz, Selbstverteidigung – positiv entwickeln und von der Bevölkerung angenommen werden, wonach es aktuell ausschaut, ist es auch nur eine Frage der Zeit, dass sich auch andere Regionen in Südkurdistan dafür interessieren werden. Nach dem Camp Mexmûr ist es nun Şengal, das sich die Aufgabe gestellt hat, dieses Projekt, als das einzig mögliche, leben zu lassen.

Es sind viele Auseinandersetzungen, viele Kämpfe – nicht nur militärische, sondern vor allem die großen, diejenigen zum Erhalt sowie zum Schutz und zur Verteidigung der Êzîd_innen und des Êzîdentums, die für die Kultur und die Sprache, die für die Zukunft, die für das Schöne – für die Bevölkerung vor Ort in Şengal, aber auch für diejenigen, die wieder nach Hause wollen, aus der Fremde in das dann doch vertrautere Zuhause.

Ganz im Sinne des Wesens von Tawisî Melek fühlt sich die Glaubensgemeinschaft der Êzîd_innen, des Êzîdentums in der Verantwortung und Verpflichtung, im Sinne ihrer Kultur, ihrer Sprache, ihrer Werte zu denken und zu handeln:

- Mut und Einsatz des eigenen Verstandes;
- das tun, das selbst für richtig gehalten wird;
- die Konsequenzen aus dem eigenen Tun selbst tragen;
- für die eigenen Taten selbst Rechenschaft ablegen;
- eigene Meinungsbildung;
- manchmal gegen den Strom schwimmen;
- Befehlen nicht blind Folge leisten;
- selbstbewusst auftreten;
- stets kritisch bleiben;
- Dinge hinterfragen;
- Mitmenschen ein Vorbild sein;
- niemanden verurteilen.

Durch den Angriff des Islamischen Staates (IS) am 3. August 2014 wurde die êzîdische Gemeinschaft in ihren Grundfesten erschüttert. Mord, Vergewaltigung, Enthauptung, Verschlep-

pung von Frauen und Kindern, Zwangskonversion, Zwangsverheiratung, Sklaverei sowie eine Massenflucht Hunderttausender Êzîd_innen aus ihrer Heimat brachte die Barbarei des IS über die êzîdische Glaubensgemeinschaft. Ein Genozid im 21. Jahrhundert mit einer solchen Brutalität sollte der Weltgemeinschaft mehr als nur ein einfacher »Fingerzeig« sein!

Die Êzîd_innen und das Êzîdentum

Ethnische Zugehörigkeit, Sprache und besondere Hauptmerkmale:

- kurdischer (Haupt-)Dialekt Kurmancî;
- kurdische Volksgruppe, ca. 2,5–3,5 % Êzîd_innen;
- Ursprungsglaube der Kurd_innen;
- Pilgerstätte in Südkurdistan Laliş, Feuer- und Sonnentempel;
- Natur ist heilig: Heilige Elemente sind Sonne/Feuer, Wasser, Luft/Wind, Erde;
- Wiedergeburt als ein Teil der Natur;
- Stellenwert der Natur als Schöpferin/Gottheit, alle Lebewesen sind Geschöpfe derselben Mutter/Mutter Natur, Respekt gegenüber allen Geschöpfen.

Wer sind die Êzîd_innen?

Die Glaubensgemeinschaft der Êzîd_innen gehört zu den ältesten noch bestehenden Konfessionen der Welt. Der Großteil dieser Gemeinschaft lebte – bedauerlicherweise gegenwärtig in der Vergangenheitsform – im Şengal-Gebiet (Südkurdistan/Nordirak). Über Jahrhunderte hinweg erlebten die Êzîd_innen Verfolgung, Unterdrückung, Zwangskonversion, Verleumdung, unzählige Massaker und Genozide. Seit der Staatsgründung des Irak – im Zuge der territorialen Verschiebungen nach dem Ersten Weltkrieg – hat man es bis heute versäumt, der Stimme der Êzîd_innen Gehör zu verschaffen. So wurde ihr Status als Glaubensgemeinschaft bisher nicht anerkannt, weder vom Irak noch von den Vereinten Nationen. Ein Versäumnis, das bittere Konsequenzen nach sich zog und zieht.

Die Definition

»Ezda« ist kurdisch und einer der vielen Namen Gottes (Xweda/Xwedê: »der, der sich selbst erschaffen hat«). Es heißt übersetzt: »der, der mich erschaffen hat« (ez - da / min - da). Das Wort »êzîdî« heißt somit »die Anhänger_innen Gottes«. Das Wesentliche hier führt darauf zurück, dass Gott alles und jedes und auch sich selbst erschaffen hat.

Ethnische Zugehörigkeit, Sprache und besondere Hauptmerkmale des Glaubens

Die Êzîd_innen sind der Volkszugehörigkeit nach Kurd_innen und machen heutzutage ca. 2,5 % des gesamten kurdischen Volkes aus. Alle Êzîd_innen sprechen hauptsächlich den meistgesprochenen kurdischen Dialekt Kurmancî. Eines der Hauptmerkmale des Êzîdentums ist sein ethnokonfessioneller Charakter, sprich eine nur unter den Kurd_innen zu findende Glaubensgemeinschaft. Daher kommt auch die Bezeichnung »Ursprungsglaube der Kurd_innen«, da es in vielen Bereichen die Grundlage des Kurdentums ist.

Das Êzîdentum (kurd.: Êzîdiyatî) ist ein vor der aktuellen Zeitrechnung entstandener Glaube. Es ist vor allem sehr naturverbunden, aus diesem Grund sind die Naturelemente von besonderer Bedeutung und Wichtigkeit – auch und vor allem die Sonne hat einen hohen Stellenwert. Im êzîdischen Glauben hat die Natur (Xweza: »das, das sich selbst erschafft«) einen besonderen Stellenwert. Heilige Elemente sind u. a. Sonne/Feuer, Wasser, Luft/Wind und die Erde. Auch die Wiedergeburt gilt als ein Teil der Natur. Die Natur ist die Schöpferin, die Gottheit, die Mutter aller Geschöpfe und Lebewesen. Aus diesem Grund verlangt sie auch den gegenseitigen Respekt aller Geschöpfe und Lebewesen. Im Rahmen des Glaubens wird nur ein Gott, eine Gottheit wahrgenommen – Vertreter Xwedês auf Erden –, Mittler zwischen Xwedê und den Êzîd_innen ist der Obererzengel Tawisî Melek (Engel Pfau/Gottes Engel).

Entstehungs-/Ursprungsregion ist Mesopotamien, das Zweistrom-Gebiet um den Firat (Euphrat) und den Dîcle (Tigris). Zu den Ursprüngen der Êzîd_innen gibt es bis heute keine allgemein anerkannten Aussagen. Der Glaube entwickelte sich aus dem Mithras-Kult, der bis ins 14. Jahrhundert v. u. Z. zurückreicht und Ähnlichkeiten mit dem altindischen Gott Mitra aufweist. Historisch gesichert lässt er sich auf den Reformator Şêx Adî (ca. 1075–1160) zurückführen. Dessen Grabmal in Laliş in Südkurdistan gilt als zentrales Heiligtum. Das Êzîdentum ist eine Mischung aus Naturglaube, Sonnenverehrung und Glaube an eine Gottheit. Es wird mehr als Lebenseinstellung und -philosophie praktiziert.

Bedingt durch die labile gesellschaftliche und politische Lage aufgrund der Besetzung Kurdistans waren und sind die Êzîd_innen dazu gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Zu erwähnen ist auch, dass sie einer doppelten Verfolgung ausgesetzt waren und sind: als Glaubensgemeinschaft und auch als Angehörige des kurdischen Volkes. Ihre Zahl wird weltweit auf ca. 1 bis 1,5 Millionen geschätzt. Davon lebten vor den Angriffen auf Şengal (3. August 2014) in Südkurdistan ca. 3 %, Region Şengal/Laliş ca. 6 %, Europa ca. 21 %, Kaukasus ca.

10 %, Nordamerika ca. 2 %, Westkurdistan ca. 1 %, Nordkurdistan ca. 0,01 %.

Aufgrund der schon erwähnten feindlichen Lebensbedingungen einerseits in Nordkurdistan durch die Türkei und andererseits in Südkurdistan durch den Irak flohen seit den 1980er Jahren viele Êzîd_innen nach Deutschland. Überwiegend siedelten sie sich in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen an, wodurch eine êzîdische Gemeinschaft in Deutschland entstand.

Der völkerrechtswidrige Vernichtungskrieg der türkischen Regierung – Eine Weiterführung des systematischen Genozids/Femizids

Der türkische Staat mit seinen verbündeten Terrorbanden wie den Dschihadis, der Al-Nusra-Front, al-Qaida, IS etc. führt seit dem 20. Januar 2018 einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Bevölkerung in Efrîn, den kurdischen Kanton in Nordsyrien. Die Volks-/Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) sind diejenigen, die seit diesem Angriffskrieg Widerstand leisten und die Zivilbevölkerung vor den Terrorbanden schützen.

Efrîn ist eine der wenigen zuvor vom Bürgerkrieg in Syrien verschont gebliebenen Regionen. Tausende von Geflüchteten aus dem ganzen Land hatten dort vor dem Terror und den Bomben der Terrorbanden Zuflucht gefunden. Einer der wichtigsten Gründe, warum Efrîn so sicher gewesen war, ist die Tatsache, dass die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) diesen Kanton zu einer Sicherheitszone ausgeweitet hatten. Der Einmarsch der Türkei brachte nun eine neue Welle von Gewalt und Zerstörung mit sich. Die Besatzer, also die türkischen Truppen und die Terrorbanden der sog. Freien Syrischen Armee (FSA), machen aus dem friedlichen Kanton eine Kriegszone, mit verheerenden Folgen. Die Bevölkerung von Efrîn, insbesondere religiöse Minderheiten wie die êzîdische und die christliche, sind einem weiteren Genozid ausgesetzt. Deutsche Politiker_innen wie die Bundeskanzlerin Angela Merkel und Thomas Oppermann (SPD) dankten den Widerstandseinheiten der Kurd_innen für ihren tapferen Einsatz im Kampf gegen den Islamischen Staat. Denn sie waren es, die mit ihrem Leben die Êzîd_innen am 3. August 2014 vor dem Genozid durch den IS geschützt hatten. Sie haben sich den Terrormilizen mutig entgegengestellt und sind die wichtigsten Bündnispartner der Anti-IS-Koalition im Kampf gegen den IS und dessen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Nahen und Mittleren Osten.



Als der IS im August 2014 Şengal angriff, blieb den Êzîd_innen zunächst nur die Flucht durch die Geröllwüste in das Gebirge. Foto: ANF



Zekî Şengalî (Ismail Özden), Mitglied der êzîdischen Koordination Şengal, wurde am 15. August 2018 bei einem gezielten Anschlag des türkischen Staates tödlich verletzt. Der Anschlag der türkischen Luftwaffe auf das Fahrzeug des êzîdischen Politikers ereignete sich auf der Rückfahrt von einer Gedenkveranstaltung im Dorf Koço. Das Dorf war am 15. August 2014 fast vollständig von der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) ausgelöscht worden. Foto: ANF

Nun sind deutsche Panzer, Gewehre, Haubitzen gegen diese Bündnispartner, diese Held_innen der Êzîd_innen, der Menschlichkeit, im Einsatz

Beim Angriffskrieg der Türkei gegen die Kurd_innen in Rojava/Nordsyrien sind weit mehr deutsche Waffen und Technologien im Einsatz als bislang bekannt. Ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg eines NATO-Partners mit deutscher Unterstützung?! Die Bundesregierung hält an Rüstungsexporten an den türkischen Staat grundsätzlich fest. Und das, obwohl er bei seiner Offensive von Milizen unterstützt wird, unter denen sich auch islamistische und dschihadistische Söldner wie der IS und Ahrar al-Scham befinden. Letztere, eine Gruppierung, die der Generalbundesanwalt aus Deutschland als terroristische Vereinigung eingestuft hat, kämpft an der Seite eines NATO-Partners, des türkischen Staates, mit deutschen Waffen. Doch bei den letzten Besuchen des türkischen Außenministers Çavuşoğlu und des ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Yıldırım in Deutschland wurden weitere schmutzige und unmoralische Deals ausgehandelt. Neue Waffenlieferungsgeschäfte wurden getätigt.

Der Genozid vom 3. August 2014 wird seit dem 20. Januar 2018 in Efrîn fortgesetzt

Die Kriegslust des türkischen Präsidenten scheint nach der Einnahme der kurdischen Stadt Efrîn in Syrien kein Ende nehmen zu wollen. Bereits zu Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges erklärte Erdoğan vor Pressevertreter_innen in Ankara, man werde die in Efrîn begonnene Offensive in Syrien fortführen, und signalisierte auch einen militärischen Einmarsch in die nordirakische Region Şengal. Die Menschen in Efrîn/Rojava und Şengal wollen ein friedliches, multiethnisches, gleichberechtigtes Leben in ihrem jahrtausendealten Siedlungsgebiet führen. Und wieder einmal sind Êzîd_innen in ihrer Geschichte Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Ausrottung ausgesetzt. Berichten zufolge wurden in Efrîn 17 êzîdische Frauen von den Terrorbanden entführt. Der Genozid/Femizid vom 3. August 2014 an den Êzîd_innen wird in Efrîn fortgeführt. Im Zuge des völkerrechtswidrigen Vernichtungskrieges der türkischen Regierung sind Hunderttausende von Menschen aus ihrer Heimat vertrieben worden. Tausende wurden brutal hingerichtet und Hunderte verschleppt und wieder versklavt. Vor dem völkerrechtswidrigen Vernichtungskrieg der Türkei hatten ca. 30.000 Êzîd_innen in und um Efrîn gelebt. Es gab dort 22 êzîdische Dörfer und mehrere Heiligtümer. Die Êzîd_innen mussten vor dem türkischen Staat mit seinen verbündeten Terrorbanden fliehen. Kulturgüter und Heiligtümer der Êzîd_innen und Christ_innen wurden zerstört. Die Dörfer besetzte das AKP-Regime mit Islamisten.

Angriffe des türkischen Militärs auf Şengal

Seit dem 14. August 2018 lässt die türkische Regierung unter ihrem Führer und Despoten R. T. Erdoğan erneut die êzîdische Region Şengal im Nordirak bombardieren. Bei einem hinterhältigen und feigen Angriff auf einen zivilen Konvoi wurde Zekî Şengalî, Mitglied des Koordinationsrates der Êzîd_innen, vom türkischen Militär, dem NATO-Partner, gezielt ermordet. Wir als NAV-YEK, Zentralverband der êzîdischen Vereine, als gesellschaftlich und politisch höchster und größter Interessenvertreter der êzîdischen Gesellschaft außerhalb Kurdistans, verurteilen die Ermordung Mam Zekî Şengalîs und aller weiteren Opfer und verneigen uns vor ihnen mit größtem Respekt.

Mam Zeki Sengalî, bürgerliche Name Ismail Özden, wurde im Jahr 1952 im Dorf Şimzê im Distrikt Qubîn (Beşiri)

in der Provinz Êlih (Batman) in Nordkurdistan geboren. Er beendete seine Grundschule im Dorf und brach vor dem Abitur die Schule ab. Seine älteren Brüder, die aufgrund der Repressionen des türkischen Staates vor ihm nach Deutschland ausgewandert waren, luden ihn 1969 dorthin ein. Obwohl er sein Heimatland nicht verlassen wollte, akzeptierte er die Einladung nach ihrem Drängen. Über Istanbul wanderte er nach Deutschland aus, in die Stadt Celle, in der sich die êzîdische Gesellschaft etabliert hatte.

Der Koordinationsrat der Êzîdischen Gesellschaft gründete sich unmittelbar nach dem versuchten Völkermord vom 3. August 2014 an den Êzîd_innen in Şengal. Mit seinem Einsatz in der Gesellschaft hat er Tausende von Êzîd_innen vor weiteren Gräueltaten des sog. IS und der Besatzerstaaten beschützt. Mam Zekî Şengalî hat in seinem 35-jährigen Kampf für den Erhalt der demokratischen, frauenbefreienden und menschlichen Werte einen enormen Beitrag zur Demokratisierung im Nahen Osten und weltweit geleistet. Die universellen Rechte und die Würde der Einzelnen und Gesellschaften hat er mit seinem höchsten Gut verteidigt. Daher war Mam Zekî Şengalî eine der wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Persönlichkeiten der êzîdischen Gesellschaft.

Der Stellungnahme des Koordinationsrates der Êzîdischen Gesellschaft zufolge war Mam Zekî Şengalî am 15. August 2018 auf einer Gedenkveranstaltung zum Massaker vom 3. August 2014 im Dorf Koço, um dort der Opfer des Massakers an den Êzîd_innen zu gedenken. Kampfjets der türkischen Luftwaffe überfliegen seit dem 14. August 2018 die Şengal-Region und bombardieren Zivilist_innen. Besonders betroffen von den Angriffen sind das Şilo-Tal und angrenzende Gebiete. Dort beschoss die türkische Luftwaffe mehrere sich in Fahrt befindliche zivile Fahrzeuge.

Wir fordern die internationale Staatengemeinschaft dazu auf, sofort zu handeln und den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg des türkischen Staates zu stoppen. Zugleich fordern wir umgehend eine lückenlose Aufklärung des gezielten und geplanten Attentats, das unmittelbar nach dem offiziellen Treffen in Ankara zwischen den Staatspräsidenten des Irak, Haider al-Abadi, und der Türkei, dem Despoten R. T. Erdoğan, erfolgte. Wir fordern alle demokratischen Kräfte, zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere die êzîdische Gemeinschaft und damit verbunden alle Kurd_innen dazu auf, sich gegen die faschistischen Angriffe Erdoğans zu wehren und ihre Stimme für die in Şengal lebenden Êzîd_innen zu erheben.

Die Ermordung Mam Zekî Şengalîs ist ein gezielter Angriff auf die êzîdische Gesellschaft und eine Fortführung des Genozids. Mam Zekî Şengalî lebt in unserem Kampf für Frieden, Freiheit und Menschlichkeit weiter! Wir werden seinen langjährigen Kampf mit der Befreiung von Şengal, der Demokratischen Autonomie und der Freiheit aller Bevölkerungsgruppen und Glaubensgemeinschaften basierend auf der Frauenbefreiung zum Erfolg bringen. Seine Vorstellungen der Mit- und Zwischenmenschlichkeit waren und sind maßgeblich für den weiteren Widerstand der Êzîd_innen.

Erdoğan und sein Regime wüten seit Jahren in der Region

Erdoğans Regime hat den sog. IS und die Al-Nusra-Banden logistisch und ideell unterstützt, mit aufgebaut und unterstützt den sog. IS immer noch. Nachdem sein Plan mit diesen faschistischen Banden jedoch nicht realisierbar war und durch den Widerstand der Selbstverteidigungseinheiten in Rojava und Şengal durchkreuzt wurde, lässt er sein Militär dort unmaskiert einziehen. Er will offensichtlich im eigenen und im Sinne der AKP-Regierung neue Grenzen im Mittleren Osten ziehen, auf Kosten der dort lebenden Menschen.

Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate, wie die Ermordung des Êzîden (aus dem Camp Çem Mişko) in Zaxo und die Brandstiftungen und die dadurch verursachten Brände in Rojava, Şengal, Südkurdistan etc. durch türkische Soldaten, die erneuten Angriffe des IS auf die Region Şengal, vor allem auf die Stellungen der YBŞ, der Widerstandseinheiten Şengals, sind nicht nur aus der Sicht der Êzîd_innen eine systematische Fortsetzung des versuchten Völkermords, sondern auch aus Sicht der gesellschaftlichen und politischen Vertreter_innen der Freiheitsbewegung Kurdistans und anderer Organisationen, die seit Beginn des letzten Genozids von 2014 damit konfrontiert sind.

Offensichtlich ist, dass die Êzîd_innen/Şengal wieder »geopfert« werden sollen – um jeden Preis sollen alle humanen Vorhaben und Ziele verhindert werden. Die Zusammenarbeit in Form von Absprachen und Vereinbarungen kennt keine Grenzen, Regierungen und islamistische und dschihadistische Banden verschmelzen mehr denn je.

Aufmerksam und wachsam werden diese Ereignisse wahrgenommen. Es ist daher richtiger und wichtiger denn je, dass neben dem militärischen Schutz und der Verteidigung die gesellschaftlichen und politischen Vorhaben fortgeführt werden. Die Botschaft der Êzîd_innen ist klar und deutlich: »Die Bevölkerung von Şengal soll und wird den Aufbau einer freien Gesellschaft fortsetzen.« Wir rufen daher alle demokratischen Menschen, Institutionen und politischen Entscheidungsträger_innen dazu auf, uns Êzîd_innen darin zu unterstützen, unsere Selbstorganisierung in Şengal fortzuführen und gegen



Die »Widerstandseinheiten Şengals« (YBŞ) und die »Widerstandseinheit der Frauen Şengals« (YJŞ) wurden zum Schutz und zur Verteidigung der Êzîd_innen in Şengal organisiert. Foto: ANF

die Angriffe der AKP im gesamten Kurdistan, in Şengal, Nordirak, Rojava und überall anders zu verteidigen.

Das Modell einer demokratischen Nation

Die Freiheitsbewegung Kurdistans steht seit ihrer Gründung stets auf der Seite aller unterdrückten und verleugneten Bevölkerungsgruppen und Glaubensgemeinschaften. Sie hat die Freiheit des kurdischen Volkes stets mit der Freiheit dieser Gemeinschaften verknüpft betrachtet. Die Perspektive der demokratischen Nation kann und sollte als ein Modell verstanden werden, das zur Demokratisierung der Türkei, des Iran, des Irak und Syriens, zur Lösung der kurdischen/êzîdischen Frage und zum freien Leben der Bevölkerungsgruppen und Glaubensgemeinschaften der Region führen kann. Die demokratische Nation umfasst alle Bevölkerungsgruppen und Glaubensgemeinschaften und findet Ausdruck durch das freie und demokratische Leben in einem gemeinsamen Heimatland. Aus dieser Sicht bedeutet die Freiheit der Kurd_innen zugleich auch die Freiheit aller anderen ethnischen und religiösen Gemeinschaften. Die Freiheitsbewegung Kurdistans hat es sich zur Aufgabe gemacht, sich für die Anerkennung des Genozids an den Êzîd_innen einzusetzen. Auch das von Abdullah Öcalan vor allem für die Demokratisierung der Türkei und des Nahen und Mittleren Ostens sowie den Frieden in Kurdistan erarbeitete Modell des Demokratischen Konföderalismus stellt einen Lösungsansatz dar.

Geteilte Freiheit ist nicht halbe Freiheit, sondern doppelte Freiheit. »Nur dann sind wir wahrhaft frei, wenn alle Menschen, die uns umgeben, alle Bevölkerungsgruppen und Glaubensgemeinschaften ebenso frei sind wie wir. Die Freiheit der anderen, weit entfernt davon, eine Beschränkung oder die Verneinung unserer Freiheit zu sein, ist im Gegenteil ihre notwendige Voraussetzung und Bejahung.«

Die Lösung der Probleme aller betroffenen Bevölkerungs- und Glaubensgruppen mit dieser Perspektive erscheint deshalb als demokratische und richtigste aller Lösungsmöglichkeiten.

Die Bevölkerungsgruppen konnten sich bis in unsere Gegenwart nicht vom Völkermord erholen. Es ist absolut wichtig, dass sie sich noch besser organisieren. Aus den Erfahrungen unserer Freiheitsbewegung heraus können und wollen wir unsere Freund_innen und Geschwister dabei unterstützen. Es ist von größter Bedeutung, dass wir uns für eine Gesellschaft und Menschheit in Demokratie, Frieden, Freiheit und Menschlichkeit zusammenfinden, um dann dieses Vorhaben effektiv und nachhaltig leben und erleben zu können.

Deshalb ist die Forderung: Die Kultur der Verleugnung muss gestoppt werden. Kein Volk soll unter der Machtlogik von Staaten und deren stumpfem Nationalismus leiden. Kein Mensch verdient den Tod auf Grund seiner ethnischen Zugehörigkeit bzw. seines Glaubens. Verbrechen ist Verbrechen und Verbrechen zu relativieren ist wieder ein Verbrechen. Nur die Anerkennung der Schuld kann dem Nationalismus ein Ende bereiten. Nur so schaffen wir eine Voraussetzung für ein menschliches und basisdemokratisches Miteinander. Denn die Auseinandersetzung mit der blutigen Vergangenheit bedeutet gleichzeitig, die nationalistische Identität, die sich gegen jegliche Minderheit richtet, zu verwerfen.

Unsere Aufgabe soll es sein, die Genozide, die versuchten Völkermorde nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Das Modell Şengal/Êzîdxan

In Şengal/Êzîdxan wird seit Ende 2014 das Experiment einer direkten kommunalen Demokratie gelebt. Es soll versucht werden, die alte, von Überwachen und Strafen geprägte Kultur der Gewalt durch basisdemokratische Strukturen unter Einbeziehung aller Bevölkerungs- und Glaubensgruppen zu ersetzen. Dazu wurde abseits der Kriege in der gesamten Region nach und nach eine Selbstverwaltung aufgebaut. Auf unterster Ebene beginnend wurden Räte gebildet. Die wichtigste Grundlage wurde dabei die gerechte Beteiligung der Geschlechter.

Dieses Gesellschaftsmodell orientiert sich an Abdullah Öcalans Ausarbeitungen einer freien Gesellschaft des »Demokratischen Konföderalismus«.

Das Şengal-Êzîdxan (Êzîd_innenland) besteht aus mehr als 16 Siedlungsgebieten im Şengal-Gebirge und seiner Umgebung. Vor dem Massaker vom 3. August 2014 lebten hier mehr als 550.000 Menschen. Aktuell sind es nur noch 80.000 bis 100.000. Mehr als 200.000 Êzîd_innen leben in der Stadt Dihok, die unter der Kontrolle der Regionalregierung Kurdistan (KRG) steht, und etwa 15.000 im selbstverwalteten Rojava im Norden Syriens. Die übrige Bevölkerung ist nach Nordkurdistan/Türkei und nach Europa geflohen, vor allem nach Deutschland.

Demokratische Autonomie

Als eigenen Beitrag zu einer friedlichen Lösung hat die Freiheitsbewegung der Êzîd_innen in Şengal/Êzîdxan ein alternatives Gesellschaftsmodell entwickelt: die Demokratische Autonomie. Unter schwierigsten Bedingungen gelingt es der Bewegung dort seit Ende 2014 – direkt nach dem versuchten Völkermord –, Strukturen für den Aufbau einer demokratischen, ökologischen und gerechten Gesellschaft zu schaffen. Ihren Kern bildet ein Rätesystem, in dem sich die Bevölkerung in den Dörfern, Straßenzügen, Stadtvierteln und Stadträten basisdemokratisch organisiert.

Diese Strukturen ermöglichen zwar noch keine autonome Lebensform jenseits der bestehenden staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, aber sie stellen bereits heute eine relevante zivilgesellschaftliche Gegenkraft dar. Der radikaldemokratische Aufbruch der Êzîd_innen bietet so auch eine Inspiration für die Neugestaltung von Gesellschaften im Mittleren Osten und darüber hinaus.

»Die Schaffung einer Plattform, auf der alle Arten von sozialen und politischen Gruppen, religiöse Gemeinschaften oder intellektuelle Tendenzen sich selbst direkt in allen lokalen Entscheidungsprozessen ausdrücken können, kann auch als partizipative Demokratie bezeichnet werden.«

Rätestrukturen beinhalten eine Organisierung sowohl in horizontaler als auch in vertikaler Dimension. Sie bedeuten eine Abkehr vom staatlichen Zentralismus, da Entscheidungen von der Basis aus getroffen werden. Diese Partizipation führt zu einer Politisierung der Gesellschaft, da jede und jeder autonom politisch aktiv werden kann. Ziel der Selbstverwaltung ist der kontinuierliche Aufbau von Strukturen jenseits des Kapitalismus, von Strukturen, die sich aktiv gegen Patriarchat, Feudalismus und jede Form von Unterdrückung richten.

»Ökologie und Feminismus sind die zentralen Säulen. Im Rahmen des Aufbaus einer solchen Selbstverwaltung wird auch der Aufbau einer alternativen Ökonomie nötig sein, einer Ökonomie, welche die Ressourcen der Gesellschaft vergrößert, statt sie auszubeuten, und die den vielfältigen Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht.«

Selbstverteidigung im Demokratischen Konföderalismus

Ein weiteres grundlegendes Element des Demokratischen Konföderalismus ist die legitime Selbstverteidigung. Sie geht weit über das herkömmliche Verständnis von militärischer Verteidigung hinaus. Aufklärung und Bildung stellen beispielsweise ein Mittel dar in der Verteidigung gegen mediale und psychologische Kriegsführung oder gegen Angriffe auf die Errungenschaften des Freiheitskampfes und die eigenständige Organisierung der Bevölkerung.

»Gesellschaften ohne Selbstverteidigungsmechanismen verlieren ihre Identität, ihre Fähigkeit, demokratische Entscheidungen zu treffen, und ihre politische Natur. Daher ist die Selbstverteidigung einer Gesellschaft nicht auf die militärische Dimension allein zu begrenzen. Sie bedingt auch die Bewahrung ihrer Identität, ihres politischen Bewusstseins und eines Prozesses der Demokratisierung. Nur dann können wir von Selbstverteidigung sprechen.«

Umsetzung des konföderalen Modells

Der Ansatz des Demokratischen Konföderalismus ist eine permanente soziale Revolution, die sich in allen gesellschaftlichen Bereichen widerspiegelt. Die Überwindung des Nationalstaates ist als langfristige Perspektive vorgesehen. Der Staat

wird dadurch überwunden, dass auf allen Ebenen Strukturen zur Selbstorganisation und Selbstverwaltung geschaffen werden. Weder staatliche noch territoriale Grenzen sollen dabei eine einschränkende Rolle spielen. Das ist insbesondere für die Lage in Kurdistan entscheidend, da die kurdischen Gebiete zwischen den Staaten Iran, Irak, Türkei und Syrien aufgeteilt sind. Der Demokratische Konföderalismus versteht sich jedoch nicht nur als ein Modell für Kurdistan.

»Obwohl der Fokus des Demokratischen Konföderalismus auf der lokalen Ebene liegt, ist eine globale konföderale Organisierung nicht ausgeschlossen. Im Gegenteil, wir müssen eine Plattform der jeweiligen Zivilgesellschaft der Nationen aufbauen, das heißt eine konföderale Versammlung in Opposition zu den Vereinten Nationen, die nichts weiter darstellen als einen Zusammenschluss von Nationalstaaten unter der Führung der Supermächte. Auf diese Weise ist es möglich, bessere Entscheidungen bezüglich Frieden, Ökologie, Gerechtigkeit und Produktivität auf der Welt zu treffen.«

Aktuelle Gesellschaftsstrukturen in Şengal

Mehr als hunderttausend Êzîd_innen leben »wieder« in Şengal, Serdeşt und Umgebung.

- Insgesamt gibt es sieben Komitees für Gerechtigkeit – besonders zur Behebung gesellschaftlicher Probleme u. a. zwischen Ehepartner_innen, in Familien etc.
- Asayîş (Sicherheitskräfte) gibt es in der Stadt Şengal, in Xanesor, Sinunê und Serdeşt.
- Es gibt zwei Volksbäckereien.
- Dort, wo die PADÊ (Demokratie- und Freiheitspartei Êzîdxans) als Rat vertreten ist, gibt es auch eine Stadtverwaltung, die sich besonders um die Problematik der Wasser- und Stromversorgung sowie um die Infrastruktur kümmert. Die Gegebenheiten machen die Arbeiten und Tätigkeiten entsprechend schwierig und mühselig. Die PADÊ hat auch eine Vertretung in Silemanî.
- Das Kulturzentrum von Êzîdxan ist in Xanesor angesiedelt, organisiert sich aber auch in anderen Regionen wie Borik, Xanê, Sinune, Serdeşt, Şengal-Stadt etc.
- Çira TV (der erste êzîdischer Sender) und die Radiostation Dengê Çira Şengal senden in Şengal und sind überall da in Komitees organisiert, wo es Räte gibt. Das heißt, dass Vertreter_innen für die Arbeiten und Tätigkeiten der Medien, sprich regionale Berichterstatter_innen, den zentralen Fernseh- und Radiostationen zuarbeiten und sie mit Berichten etc. versorgen.
- International gibt es keinerlei Unterstützung, meist leere Versprechungen. Momentan laufen zwei Projekte, das Frauengesundheitszentrum mit Medica Mondiale und Medico International und einen Frauenpark; sie werden gemeinsam mit dem SMJÊ (Dachverband der Êzîdischen Frauenräte e. V.) aufgebaut und unterstützt.
- Weitere Projekte laufen schleppend.

Einige Forderungen und Perspektiven der gesellschaftlichen und politischen Vertreter_innen für ein friedliches Zusammenleben:

- ein Status in Form einer Autonomie für Şengal auf der Grundlage der Basisdemokratie;
- internationale Anerkennung der Êzîd_innen als eigenständige und unabhängige Glaubensgemeinschaft sowie Anerkennung der kurdischen Sprache als eigenständige und unabhängige Muttersprache;
- Anerkennung der Selbstverwaltung der Êzîd_innen durch EU, USA und UN und Unterstützung ihrer demokratischen Bestrebungen;
- Unterstützung Şengals und aller Regionen der Êzîd_innen auf allen Ebenen zur Prävention weiterer Massaker;
- Klassifizierung der Massaker und Gräueltaten vom 3. August 2014 (und später) durch die verantwortlichen UN-Institutionen als Genozid/Femizid und Anerkennung des 3. August als internationaler Tag des versuchten Völkermords an den Êzîd_innen;
- Anerkennung der êzîdischen »Widerstandseinheiten Şengals« (YBŞ) und der »Widerstandseinheit der Frauen Şengals« (YJŞ), die den Schutz und die Verteidigung der Êzîd_innen in Şengal gewährleisten, als solche und Förderung ihrer Ausrüstung und Ausbildung zur weiteren Bekämpfung des Islamischen Staates IS;
- konsequentes und gemeinsames Handeln gegen die Terrormiliz Islamischer Staat;
- internationale Fonds und politische Unterstützung für den Wiederaufbau des Şengal-Gebiets und Einrichtung eines Hilfskorridors, um den dort erforderlichen Wiederaufbau zu ermöglichen;
- Beenden der Waffendeals zwischen BRD und türkischer Regierung und sofortiger Stopp der Waffenlieferungen;
- sofortiges Ende des verhängten Embargos und damit Öffnen der Grenzen zwischen Rojava und Şengal;
- strafrechtliche Verfolgung der Täter_innen, Anstifter_innen, Helfer_innen und Unterstützer_innen des Genozids/Femizids vom 03. August 2014 national und international – insbesondere der Staaten, die darin verwickelt sind und den sog. IS finanziell, politisch und militärisch unterstützt haben und weiterhin unterstützen. ♦

»Neue Macht – Neue Verantwortung« – Analyse zur deutschen Außenpolitik

Das Werteproblem der deutschen Außenpolitik

Ali Çiçek, Mitarbeiter von Civaka Azad e.V. – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit

In der (Staats-)Politik, so eine weit verbreitete Wahrnehmung, spielt Ehrlichkeit eine nachgeordnete Rolle. So sind wir auch nur mit wenigen Momenten der Ehrlichkeit deutscher Politiker betraut, wenn es um die wirklichen Hintergründe und Interessen in den deutsch-türkischen Beziehungen geht. Ein Politiker, der hinsichtlich der deutschen Türkeipolitik Ehrlichkeit bewiesen hat, ist der ehemalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Während seiner Amtszeit und vor allem der Flüchtlingskrise im Jahr 2016 antwortete er auf die Frage eines Journalisten, warum Kritik an der Türkei im Hinblick auf Pressefreiheit, Unabhängigkeit der Justiz und Achtung der Menschenrechte ausbleibe, »ehrlich« mit den Worten: *»Alle, die uns jetzt sagen, man muss die Türkei von morgens bis abends kritisieren, denen rate ich mal, jetzt das nicht fortzusetzen. Wir haben einen Interessensausgleich mit der Türkei vor uns. Wir haben Interessen, die Türkei hat Interessen. Das ist ein wichtiger Punkt. Natürlich sind in der Türkei Dinge entstanden, die wir zu kritisieren haben. Aber die Türkei, wenn wir von ihr etwas wollen, wie, dass sie die illegale Migration unterbindet, dann muss man auch Verständnis dafür haben, dass es dann im Wege des Interessenausgleichs auch Gegenleistungen gibt.«*[1]

Hier stellt sich die Frage, was sind denn die deutschen und die türkischen Interessen? Im selben Jahr sprach sich de Maizière für eine Geheimdienstzusammenarbeit mit der Türkei aus. »Wir können uns ja unsere Partner nicht aussuchen«, rechtfertigte de Maizière die angestrebte Geheimdienstzusammenarbeit mit der »geografischen Schlüssellage« der Türkei, den Millionen in Deutschland lebenden türkischstämmigen Menschen und der NATO-Partnerschaft. Er könne doch nicht »auf Information über einen für Deutschland gefährlichen Menschen verzichten, nur weil sie aus einem Staat kommt, wo Pressefreiheit nicht in vollem Umfang gewährleistet ist«,[2] verharmloste der Bundesinnenminister die menschenrechtliche Situation in der Türkei.

Das Desinteresse der deutschen Außenpolitik in Hinsicht auf Demokratie, Frieden und Menschenrechte begrenzt sich jedoch nicht nur auf die Türkei, sondern stimmt mit der allgemeinen außenpolitischen Leitlinie der Bundesregierung überein. Thomas de Maizière brachte dies mit den treffenden Worten »Nicht der Schiedsrichter beim Thema Menschenrechte für die ganze Welt sein«[3] auf den Punkt und erklärte die Bundesregierung kurzerhand als nicht mehr zuständig in Fragen der Menschenrechte.

»Neue deutsche Verantwortung«

Noch vor wenigen Jahren galt Außenpolitik in Deutschland als Randthema. Ob im Parlament, den Medien oder politischen Think-Tanks – nur selten befasste man sich umfassend mit der globalen Rolle Deutschlands. Heute jedoch betonen weite Kreise der politischen Landschaft in der Bundesrepublik das außenpolitische Gewicht des Landes und fordern ein entschlosseneres Auftreten weltweit. In Europa, Nord- und Westafrika, aber auch im Mittleren Osten treten deutsche Staatsvertreter immer vehementer für die eigenen Interessen ein. Vorrangiges Ziel scheint die Sicherung lukrativer Wirtschaftsdeals und politischen Einflusses in den unmittelbaren Nachbarregionen Europas. Aber auch darüber hinaus sind Politik, Wirtschaft und Sicherheitsbehörden in weiter entfernten Regionen wie Asien und Südamerika aktiv.

Ein Schlüsselgedanke dazu findet sich in einem Papier, das die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), ein vom Kanzleramt finanzierter Think-Tank, im Herbst 2013 gemeinsam mit dem German Marshall Fund of the United States unter dem vielsagenden Titel »Neue Macht – Neue Verantwortung«[4] publizierte. In dem Papier heißt es, die »deutsche Sicherheitspolitik« müsse sich »in erster Linie auf das zunehmend instabil

1 https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/schmusekurs-mit-erdogan-106.html

2 https://www.deutschlandfunk.de/de-maiziere-ueber-die-beziehung-zur-tuerkei-wir-koennen-uns.868.de.html?dram:article_id=358976

3 https://www.faz.net/aktuell/de-maiziere-ueber-tuerkei-wir-sollten-nicht-schiedsrichter-bei-den-menschenrechten-sein-14106945.html

4 https://www.swp-berlin.org/publikation/neue-macht-neue-verantwortung-neue-aussenpolitik/

werdende europäische Umfeld von Nordafrika über den Mittleren Osten bis Zentralasien konzentrieren« – also auf ein Gebiet, das manchmal auch als »Krisengürtel« rings um die EU bezeichnet worden ist.

Dabei fällt auf, dass die deutsche Außenpolitik sich nicht an der offen autoritären Politik zahlreicher Partnerländer stört. Teilweise entsteht der Eindruck, Regime wie Mursi in Ägypten oder Erdoğan in der Türkei könnten sich nur mithilfe umfassender Unterstützung aus Deutschland auf den Beinen halten. Sudan, Algerien, Ägypten, Ukraine, Brasilien, Kolumbien oder die Türkei – in diesen Ländern sind offen autoritäre Regime entweder an der Macht oder entsprechende Gruppen derart stark, dass sie direkten Einfluss auf Regierungsentscheidungen geltend machen können. In weiten Kreisen der deutschen Wirtschaft und Politik begegnet man den Regierungen der Länder mit offener Sympathie. Dass die deutsche Bundesregierung beim Thema Menschenrechte nicht den Schiedsrichter spielt, wird bei einem Blick auf die deutsche Unterstützung der oben genannten Länder deutlich.

Deutsche Außenpolitik im »Krisengürtel«

Demonstranten im Sudan und in Algerien haben die Langzeitherrscher Baschir und Bouteflika verjagt. Während die Medien gar von einem zweiten arabischen Frühling schreiben, reagiert die Bundesregierung verhalten. Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärt immer wieder, wie wichtig die Stabilisierung des Nahen Ostens sei.[5] Was Stabilisierung hierbei bedeutet, lässt sich bei einem Blick auf die Zeit vor dem Aufflammen der Proteste im Sudan und Algerien erkennen.

So hat die Bundesregierung jahrelang mit Diktator Baschir und dem Militär im Sudan kooperiert. Im Sudan nimmt nach dem Sturz des Machthabers Omar al-Baschir ein langjähriger Helfer der EU-Flüchtlingsabwehr eine führende Stellung im herrschenden Militärrat ein. Mohamed Hamdan Dagalo, Vizevorsitzender des Militärrats, kommandiert die Miliz »Rapid Support Forces«, die tausende Migranten aufgegriffen hat, seit Berlin und die EU Khartum Millionen für die Flüchtlingsabwehr zahlen.[6] Dagalos Miliz hat ihre Ursprünge im Bürgerkrieg in Darfur; ihren Vorläufern haben Berlin und die EU einst vorgeworfen, einen Genozid zu verüben. Dagalo gilt vielen als der eigentliche Machthaber in Khartum, seit mit seiner tatkräftigen Unterstützung am 11. April al-Baschir gestürzt wurde. Dessen Regierung konnte sich noch Ende vergangenen Jahres ganz auf Berlin verlassen: Oppositionelle stuften Deutschland als Sudans »größten Unterstützer in der EU« ein; Außenminister Heiko Maas, der sich gerne als Förderer der Menschenrechte preist, sagte seinem Amtskollegen aus der Baschir-Regierung noch im November 2018 deutsche Unterstützung zu. Vier Wochen später brachen Massenproteste gegen die Regierung aus.[7]

Auch in Algerien dauern die Massenproteste gegen die herrschenden, von Deutschland geförderten Generäle an. Algeriens Streitkräfte, die ungebrochen die Macht in den Händen halten, werden seit Jahren aus der Bundesrepublik unterstützt. Hintergrund ist das deutsche Bestreben, Flüchtlinge an der Reise nach Europa zu hindern. Berlin hat dazu dem Bau mehrerer Werke in Algerien zugestimmt, in denen Rüstungsgüter hergestellt werden, darunter Radpanzer für die algerischen Streitkräfte. In die Joint Ventures ist Algeriens Verteidigungsministerium eingebunden. Ab nächstem Jahr soll Rheinmetall Algérie[8] auch den Radpanzer Boxer montieren dürfen. Beaufsichtigt hat die Kooperation etwa auch der aktuelle Machthaber, Generalstabschef Ahmed Gaïd Salah. Berliner Regierungsberater warnen schon lange, mit der Zusammenarbeit trage man zur Verfestigung der Militärherrschaft bei. Noch im vergangenen September besuchte die Bundeskanzlerin Merkel den abgetretenen Präsidenten Bouteflika.[9] Es ging um bilaterale Beziehungen, denn es sind beispielsweise etwa 200 deutsche Unternehmen in Algerien aktiv. Die deutsche Ausfuhr nach Algerien, das drittgrößter Kunde deutscher Exportunternehmen in Afrika ist, besteht zu größeren Teilen aus Bausätzen für Militärfahrzeuge – darunter Transportpanzer –, für Radaranlagen und weiteres Gerät, die in Algerien montiert und bei der Abschottung der Grenze eingesetzt werden. Es ging der Kanzlerin jedoch auch darum, die beschleunigte Abschiebung ausreisepflichtiger Algerier durchzusetzen und Algerien zum »sicheren Herkunftsland« zu erklären.

Nicht anders erscheint der Umgang der Bundesregierung mit dem Mursi-Regime in Ägypten. Zehntausende inhaftierte Oppositionelle, eine massive Machtkonzentration in den Händen einiger weniger Militärs und die Machtergreifung Mursis in Folge eines Putsches mit fragwürdigen Wahlen im Anschluss, lassen die Vertreter der deutschen Außenpolitik offensichtlich kalt. Ähnlich wie Erdoğan ist auch Mursi in der Vergangenheit ein gerne gesehener Gast in Berlin gewesen, der auf dem roten Teppich empfangen wurde. Lukrative Großaufträge in Ägypten für Unternehmen wie Siemens ergänzen das Bild. Die Bundesregierung genehmigt weiterhin voluminöse Rüstungsexporte für das Militärregime in Kairo; deutsche Konzerne sind mit milliardenschweren Projekten in Ägypten präsent.

5 https://www.spiegel.de/politik/ausland/aufstaende-im-sudan-und-in-algerien-nordafrika-rebelliert-europa-sieht-weg-a-1263961.html

6 https://www.sueddeutsche.de/politik/sudan-general-ohne-gnade-1.4479762

7 https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7923/

8 https://www.zeit.de/politik/2018-12/ruestungsindustrie-transportpanzer-algerien-produktion-rheinmetall und https://www.welt.de/wirtschaft/article193367965/Radpanzer-Boxer-Rheinmetall-baut-angeblich-Produktion-in-Algerien-auf.html

9 https://www.tagesschau.de/ausland/merkel-algerien-101.html



Der Bundesaußenminister Maas war von der Universitätsgesellschaft in Osnabrück eingeladen worden, um einen Vortrag zum Thema »Deutschlands Verantwortung in Europa und der Welt« zu halten und mit Studierenden zu diskutieren. Empfangen wurde er von Kurdinnen und Kurden des kurdischen Studierendenverbandes JXK/YXK. Foto: ANF

In der Ukraine unterstützte die Bundesregierung auch den ehemaligen Präsidenten Poroschenko, dessen Regierung sich offen auf die Zusammenarbeit mit faschistischen Parteien und Paramilitärs stützt.[10] Die ukrainischen Faschisten führen nicht nur regelmäßig pompöse Aufmärsche im Land durch, sondern gehen gewalttätig gegen Oppositionelle vor und konnten in den letzten Jahren umfangreiche militärische Erfahrung in der Ostukraine sammeln.

Maas‘ »Verbündete für Menschenrechte« in Lateinamerika

Auch über die Machtübernahme des brasilianischen Faschisten Bolsonaro freuten sich deutsche Wirtschaftsvertreter offen. Prompt wurde eine Geschäftsreise organisiert, um die wirtschaftlichen Anreize auszuloten, die Bolsonaro internationalen Investoren unterbreitete. Die Drohungen des neuen brasilianischen Staatsoberhauptes gegen die demokratische Opposition im Land, die Verbindungen seines Umfeldes zu paramilitärischen Kreisen oder seine Verachtung für die Rechte indigener Völker werden getrost ignoriert.[11]

Während »Das Erste«[12] die Entscheidung getroffen hat, den brasilianischen Präsidenten als rechtsextrem zu bezeichnen, traf sich Außenminister Heiko Maas (SPD) im Mai dieses Jahres unter dem Vorwand, »Verbündete für Menschenrechte«[13] um sich scharen zu wollen, mit den beiden am weitesten rechts stehenden Präsidenten Südamerikas, Bolsonaro sowie dem Präsidenten Kolumbiens Iván Duque. Iván Duque ist ein Gegner des Friedensvertrags mit den FARC-Rebellen; in dem Land sind in den vergangenen zweieinhalb Jahren mehr als 300 Regierungsgegner ermordet worden, wobei die Täter zumeist straflos bleiben. Während das Auswärtige Amt von einem gemeinsamen »Wertefundament«[14] mit Bolsonaro und Duque spricht, zielt Berlin tatsächlich darauf ab, Verbündete im Kampf gegen China und Russland zu sammeln sowie seine Stellung in Lateinamerika gegenüber Washington zu stärken. Zudem ist es um nicht von Sanktionen bedrohte Absatzmärkte für die deutsche Exportindustrie bemüht.

10 https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7171/

11 https://amerika21.de/analyse/220338/deutschland-brasilien-wirtschaftspartner

12 https://anfdeutsch.com/hintergrund/warum-wir-erdogan-als-rechtsextrem-bezeichnen-sollten-10518

13 https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/regionaleschwerpunkte/lateinamerika/maas-lateinamerikareise/2213786

14 https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-lateinamerikareise/2213858

Neben diesen Initiativen der deutschen Politik in Lateinamerika stoßen die Aktivitäten der deutschen Wirtschaft auf Protest. So geht zum Beispiel die Justiz in Brasilien aktuell gegen den TÜV Süd[15] vor, dem sie Mitverantwortung für das Bersten eines Staudamms im Januar dieses Jahres zuschreibt; dabei kamen mehr als 250 Menschen zu Tode. Brasilianische Aktivisten prangern zudem an, dass die Konzerne Bayer und BASF in Brasilien Agrargifte vertreiben, die in der EU verboten sind. In Brasilien verstarben in den vergangenen zehn Jahren mehr als 2000 Menschen an Vergiftungen durch Agrochemikalien. Dabei profitieren die Konzerne vom Amtsantritt des ultrarechten Präsidenten Jair Messias Bolsonaro, der seinen Wahlsieg nicht zuletzt der Unterstützung durch die Agrarindustrie verdankt: Bolsonaro hat, wie die Leverkusener NGO »Coordination gegen Bayer-Gefahren« feststellt, allein in den ersten 100 Tagen seiner Regierung 152 neue Agrargifte für den Kauf freigegeben.[16]

Demokratischer Widerstand in der Türkei gegen ein autoritäres Regime

Aufgrund seiner strategischen Bedeutung für die deutsche Außenpolitik verdient der Umgang der Bundesregierung mit dem autoritären Regime in der Türkei besondere Aufmerksamkeit. Das Erdoğan-Regime, das sich auf ein Bündnis aus der MHP und AKP stützt, als faschistoid zu bezeichnen, erscheint wenig abwegig angesichts der massiven Machtzentrierung in den Händen des Präsidenten. Seit dem Abbruch der Friedensverhandlungen zwischen der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) und dem türkischen Staat im Frühjahr 2015[17], spätestens aber mit dem gescheiterten Putschversuch im Sommer 2016, ist eine rapide Zentrierung aller Macht in der Türkei zu beobachten. Heute sehen wir uns in der Türkei mit gleichgeschalteten Medien, einer politisch gesteuerten Justiz, massiver Kapitalkonzentration im unmittelbaren Umfeld des Präsidenten und einem Parlament konfrontiert, das praktisch all seines Einflusses entledigt wurde. Mit der Einführung des Präsidialsystems kann Erdoğan nun auch auf den jahrelang andauernden Ausnahmezustand verzichten. Ein eigener Geheimdienst, das Regieren per Dekret am Parlament vorbei und viele weitere Rechte ermöglichen es ihm und seinen Unterstützern, die Türkei ganz nach ihren Vorstellungen zu lenken. Hinzu kommt eine stark von Militarismus, Nationalismus und frauenverachtender Polemik geprägte Stimmung im Land, die vom Regime in den letzten Jahren gezielt angeheizt wurde, um die Gesellschaft für die Kriegspolitik gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei, Nordsyrien und im Nordirak zu mobilisieren. Trotz dieser bedauerlichen Entwicklungen der letzten Jahre findet in der Türkei und insbesondere in den vorwiegend kurdischen Siedlungsgebieten im Südosten des Landes ein bemerkenswerter Protest statt. Regelmäßige Demonstrationen trotz Polizeigewalt, Streiks angesichts monatelang ausbleibender Lohnzahlungen, der Wahlkampf oppositioneller Parteien wie der Demokratischen Partei der Völker (HDP) und der gerade beendete Hungerstreik tausender politischer Gefangener in der Türkei für die Aufhebung der Isolation Abdullah Öcalans unterstreichen den Willen großer Teile der Bevölkerung, sich gegen die Autoritäten in der Türkei zur Wehr zu setzen. Auch die Aktivitäten der kurdischen Selbstverteidigungskräfte in der Südosttürkei und im Nordirak sind letztendlich verbunden mit den zuvor genannten Protestformen. Sie alle werden von dem Willen getragen, das autoritäre Erdoğan-Regime zu stürzen und einen Demokratisierungsprozess im gesamten Land einzuleiten, wie er bereits während der zweijährigen Friedensphase 2013–2015 von vielen Beobachtern erhofft worden war. Von den Hungerstreiks in den Gefängnissen über Demonstrationen in Istanbul bis zum Wahlkampf der HDP und anderer oppositioneller Parteien – sie alle als Teil eines gemeinsamen antifaschistischen Widerstandes in der Türkei zu verstehen –, dieser Blick ermöglicht ein realistisches Bild der derzeitigen politischen und gesellschaftlichen Dynamiken in der Türkei. Dieser Widerstand stellt das Erdoğan-Regime vor ernstzunehmende Probleme und gefährdet zunehmend sein Weiterbestehen. Angesichts der umfassenden Unterstützung der deutschen Bundesregierung für das autoritäre Regime in Form von ununterbrochenen Waffenlieferungen, Milliarden Euro im Rahmen des EU-Flüchtlingsdeals und pompösen Staatsempfängen in Berlin wird sich auch die deutsche Bundesregierung Sorgen um ihre politischen und wirtschaftlichen Investitionen in der Türkei machen müssen.

Der Preis »neuer deutscher Verantwortung«

In den oben genannten Partnerländern Deutschlands können wir heute bereits beobachten, was die politische Leitlinie »neuer deutscher Verantwortung« konkret bedeutet. Während die außenpolitischen Kreise der Bundesrepublik sich heute noch am Beginn einer neuen Phase des globalen Einflusses Deutschlands wähnen, sind die Folgen dieser Politik in diesen Ländern bereits deutlich zu spüren. Indem die Bundesregierung ihre Beziehungen zu Regimen, die ein klar undemokratisches Programm verfolgen, aufrechterhält bzw. gezielt ausbaut, lässt sie erkennen, was sie bereit ist für den Ausbau der eigenen weltweiten Macht zu zahlen. Den Preis dafür zahlt bereits heute die Bevölkerung der Türkei, Ägyptens, Sudans, Algeriens, Brasiliens oder der Ukraine ... Und auch die Gesellschaft in der Bundesrepublik wird die Folgen dieser Politik der deutschen

15 https://www.spiegel.de/wirtschaft/brasilien-richter-werfen-tuev-sued-versagen-vor-a-1269145.html

16 https://www.amerika21.de/analyse/226851/neue-deutsche-lateinamerika-initiative#footnote6_fxncoy7

17 http://civaka-azad.org/tuerkei-setzt-erneut-auf-totalisolation-oecalans-ende-des-loesungsprozesses/

Regierung in Form von anhaltenden Fluchtbewegungen, zunehmenden Investitionen ins Militär und der Diskreditierung kritischer Stimmen in Deutschland zu spüren bekommen. Die demokratischen Kreise in Deutschland sehen sich daher zunehmend vor der Herausforderung, wirksame Schritte zu unternehmen, um eine zunehmend militarisierte, aggressive und kompromisslose Außenpolitik des eigenen Landes zu verhindern. Denn es wird immer deutlicher, dass die außenpolitische Leitlinie »neuer deutscher Verantwortung« ein Werteproblem hat.

Praktischer Internationalismus gegen imperialistische Politik Deutschlands

*»Länder wie die Türkei, Syrien oder der Irak, die Situation des kurdischen Volkes oder verfolgter religiöser Gruppen sind in deutschen Medien oder politischen Diskussionsveranstaltungen immer wieder Thema. Warum aber schaffen wir es nicht, eigene Ideen zu entwickeln und praktisch werden zu lassen, die Frieden, Demokratie und Freiheit im Mittleren Osten ermöglichen? Die Beantwortung dieser Frage führt zwangsläufig zu einigen selbstkritischen Eingeständnissen, zu denen wir als antikapitalistischen Kräfte in Deutschland bereit sein müssen. Denn noch immer überlassen wir das Feld der Mittelostpolitik den Vertreter*innen des deutschen Staates, anstatt eine Alternative zu entwickeln, die auf unserer eigenen Kraft fußt und sich klar von der Weltmachtpolitik Deutschlands abgrenzt.«*[18]

Die Linke in Deutschland wird in Zukunft immer mehr mit der Frage konfrontiert werden, wie sie damit umgehen wird, dass die politischen Eliten ihres Landes unter dem Motto »Neue Macht – Neue Verantwortung« eine weltpolitische »Machtentfaltung« Deutschlands und der EU forcieren. Berlin bekennt sich ausdrücklich zu einem globalen Führungsanspruch und zu dessen Durchsetzung auch mit militärischen Mitteln. Gleichzeitig treibt Berlin sowohl die Aufrüstung der Bundeswehr wie auch die Militarisierung der EU entschlossen voran. Die deutschen Militäreinsätze in einem immer wieder als »Krisengürtel« rings um Europa bezeichneten Staatenring von Mali über Libyen und Syrien bis zum Irak nehmen zu. Hierbei passt die Debatte um »Deutsche Tornados zum Schutz von Rojava?«[19] ins Bild.

Die demokratischen Kräfte in Deutschland werden eine selbstbewusste und unabhängige Politik – jenseits von Staat und Regierung – entwickeln müssen. In diesem Sinne bedeutet praktischer Internationalismus auch, sich mit den zentralen Problemen der Gesellschaften in den krisenbehafteten Regionen zu befassen, die sich vor allem um die Frage von Krieg und Frieden drehen.

Die demokratischen Kräfte in Deutschland werden eine selbstbewusste und unabhängige Politik – jenseits von Staat und Regierung – entwickeln müssen. In diesem Sinne bedeutet praktischer Internationalismus auch, sich mit den zentralen Problemen der Gesellschaften in den krisenbehafteten Regionen zu befassen, die sich vor allem um die Frage von Krieg und Frieden drehen.

In diesem Sinne sind die noch am Anfang stehenden Diskussionen um eine Aktualisierung der Friedensbewegung, die auf die Fragen im 21. Jahrhundert Antworten entwickelt, begrüßenswert. Es macht in diesem Kontext Sinn den Austausch und die Zusammenarbeit mit der organisiertesten und erfahrensten demokratischen Kraft im Mittleren Osten zu suchen, der kurdischen Freiheitsbewegung.

Denn spätestens seit der völkerrechtswidrigen Besatzung der türkischen Armee im nordsyrischen Kanton Efrîn, wo der Einsatz deutscher Leopard-2-Panzer und Heckler&Koch-Gewehre dokumentiert wurde, haben weite Teile der Gesellschaft in Deutschland die Rolle der deutschen Außenpolitik als Kriegspartei gegen ein emanzipatorisches Projekt klar wahrgenommen. In diesem Sinne ist die Formel, dass eine neue Friedensbewegung internationalistisch ist, sich mit sardischen Anarchist*innen austauscht und die Fahnen der kurdischen Selbstverteidigung trägt[20], während sich Erdoğan, auch mit deutschen Waffen, für einen Krieg gegen Rojava rüstet, sehr bedeutungsvoll. Eine breite Bewegung zur Verteidigung von Rojava – als einem Tatort deutscher Beihilfe für Krieg, aber auch als positivem Bezugspunkt für einen demokratischen Aufbruch mitten im Chaos[21] – kann hierbei der Anfang einer eigenen Agenda linker Kräfte und der Beginn einer Antikriegsbewegung sein, die es schafft, die Wut vieler, ob kurdischer, türkischer oder deutscher Linker, auf die AKP-Diktatur, die Rojava vernichten will, mit der breit von der deutschen Öffentlichkeit geteilten Ablehnung von Waffenexporten und Erdoğan zu verbinden. ♦

---

18 http://www.kurdistan-report.de/index.php/archiv/2019/67-kr-202-maerz-april-2019/820-selber-machen

19 https://anfdeutsch.com/aktuelles/deutsche-tornados-zum-schutz-von-rojava-11725

20 http://blog.interventionistische-linke.org/antikriegsbewegung/neue-kriege-alte-antworten

21 http://tatortkurdistan.blogsport.de/2017/01/22/vom-tatort-kurdistan-zum-positiven-bezugspunkt-demokratischer-konfoederalismus/

Sich ein gemeinsames Verständnis von Solidarität aneignen

Die Isolation kann nur gemeinsam wirklich durchbrochen werden

Ali Çiçek und Wolfgang Struwe

»Isolation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ich bin ein Mitglied dieser Gesellschaft. Ich beginne einen unbefristeten Hungerstreik, um gegen die Isolation von Herrn Öcalan zu protestieren. Ich werde mich ab sofort nicht mehr vor Gericht verteidigen. Heute wird die Politik der Isolation gegen Abdullah Öcalan nicht nur ihm auferlegt, sondern in seiner Person einer ganzen Gesellschaft.« (Leyla Güven, 7.11.2018)

Mit diesen Worten begann der Hungerstreik von Leyla Güven, den sie am 7. November 2018 für die Aufhebung der Isolation von Abdullah Öcalan begann und nach 200 Tagen, nach einer Erklärung aus Imralı, beendete. Ihrer Forderung, dass die sich immer weiter verschärfende Isolation Öcalans beendet werden müsse, schlossen sich mehr und mehr Aktivist*innen innerhalb wie auch außerhalb der Gefängnisse an. Tausende Menschen in verschiedensten Ländern wollten nicht eher wieder Nahrung zu sich nehmen, bis nicht die Isolation des kurdischen Vordenkers Abdullah Öcalan durchbrochen wäre. Und so wurde die Tagesordnung der kurdischen Bewegung sechs Monate lang vom Hungerstreik und dem Kampf gegen die Isolation auf Imralı bestimmt – auch in Deutschland. Diese politische Offensive wurde als strategisch erklärt und als eine Phase des Widerstands, aber vor allem auch der Selbstkritik. »Wir erklärten immer, dass die Herangehensweise an Öcalan sinnbildlich für die Herangehensweise an die kurdische Gesellschaft stehe. Doch unsere Worte haben sich nicht ganz mit unserer Praxis gedeckt«, erklärt Cemil Bayık, Ko-Vorsitzender des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), in der monatlich erscheinenden Serxwebûn.

Abdullah Öcalan war zu Beginn des Hungerstreiks seit Jahren ohne jeglichen Kontakt zur Außenwelt. Der letzte Besuch seiner Anwält*innen hatte am 27. Juli 2011 stattgefunden. Sein Bruder Mehmet hatte ihn zuletzt am 11. September 2016 kurz gesehen. Mit der Isolation des Friedenspolitikers Öcalan eskalierte die Türkei den Krieg gegen die Kurd*innen, zerstörte ganze Stadtviertel in Nordkurdistan, besetzte den Kanton Efrîn in Rojava und verstärkte ebenso ihren Bombenterror und Besatzungswillen in Südkurdistan.

Dieser Hungerstreik, der die kurdische Gesellschaft mobilisierte, hat in gewisser Hinsicht allen, die sich solidarisch mit dem Freiheitskampf in Kurdistan erklären, einen Spiegel vor Augen gehalten. Während der erfolgreichen Verteidigung von Kobanê und dem Angriffskrieg der Türkei gegen Efrîn haben neben kurdischen Organisationen in Deutschland auch zahlreiche linke Kräfte den Ernst der Lage begriffen und wurden aktiv. Der Kampf um Kobanê und Efrîn wurde zunehmend als ein eigener Kampf verstanden, ein Kampf gegen Krieg und Faschismus, aber auch als ein Angriff auf uns hier. In der Aktionsphase zum Hungerstreik jedoch blieben die kurdischen Organisationen größtenteils für sich, und nicht nur das, die Linke konnte nicht verstehen, warum mensch unbedingt den Hungerstreik als Aktionsform nehmen müsse und dann auch noch für Öcalan.

Im Kontext der sechs Monate währenden Hungerstreik- und Widerstandsphase gegen die Isolation sind uns zwei zentrale Probleme noch mal besonders ins Auge gefallen, die die Frage der Solidarität grundsätzlich betreffen: die unreflektierte Abhängigkeit der Linken vom Mainstream sowie die kapitalistische Vereinnahmung des Subjekts in der Metropole am Beispiel der (Kurdistan-)Solidarität.

Widerstand rechtfertigen müssen

Während die kurdische Freiheitsbewegung es gewohnt ist, den Widerstand in Kurdistan der allgemeinen Öffentlichkeit gegenüber zu erklären, zu rechtfertigen und die Gegenpropaganda in den bürgerlichen Medien zu bekämpfen, stand die Mauer in den Köpfen diesmal auch bei großen Teilen der Linken in Deutschland. Die protestierenden Kurd*innen stießen auf Unverständnis und sogar auf Ablehnung. Mit ihren Forde-



ANF

rungen nach Frieden und Demokratie und der darin enthaltenen Aufhebung der Isolation Öcalans haben sie so gut wie keinen Wiederklang gefunden, und schon gar nicht in den deutschen Medien. Besteht hier vielleicht ein Zusammenhang zwischen der Ablehnung und der fehlenden Aufmerksamkeit der Medien? Erinnern wir uns an den Kampf um Kobanê. Die in den Medien gefeierten Kämpfer*innen, aber im Besonderen die Kämpferinnen der Frauenbefreiungseinheiten YPJ, entfachten im Kampf gegen den barbarischen Feind »Islamischer Staat« sogar in breiten Teilen der Gesellschaft in Deutschland eine ungewöhnliche Sympathie für die Kurd*innen, wurden sie doch sonst in den bekannten Medien und üblichen Parteien totgeschwiegen oder als Terrorist*innen diffamiert. In diesem Hype, den auch die bürgerlichen Medien bedienten, zogen Tausende Menschen im Protest gegen den Krieg auf die Straßen. Öcalan und die PKK wurden gern außen vor gelassen, zu negativ belegt sind durch jahrelange Diffamierungskampagnen sowohl er als auch »seine« Partei. Aber hätte Rojava überhaupt diese Kraft und Anziehung entwickeln können ohne die bedeutenden Erfahrungen, die die kurdische Freiheitsbewegung in allen Teilen Kurdistans in ihrem langen Kampf um Befreiung errungen hatte? Und spielen nicht Öcalans bedeutende Werke, seine Verteidigungsschriften, die er auf der Gefängnisinsel Imralı schrieb, eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung einer geschlechterbefreiten demokratischen Gesellschaft im Mittleren Osten? So kann Rojava nicht isoliert von den anderen Teilen Kurdistans und der Freiheitsbewegung gesehen werden, und auch hier ist es ein Kampf um die Einheit, ohne die es keine Erfolge im Kampf um Freiheit und Unterdrückung geben kann. So wie die Bevölkerung im Norden Kurdistans im Kampf um Kobanê gezeigt hat, dass die Menschen in Rojava nicht allein sind, zeigte nur kurze Zeit später, als das Militär mit seinen Spezialeinheiten die Menschen in den Städten Nordkurdistans angriff und ihre Viertel dem Erdboden gleichmachte und Hunderte ermordete, die Bevölkerung von Rojava und Nordsyrien ihre Solidarität, ihre Verbundenheit, indem sie ihren Kampf gegen die faschistischen dschihadistischen Banden fortsetzte.

Der Kampf gegen die Isolation als gemeinsamer Kampf um Befreiung

Der Kampf der kurdischen Gesellschaft gegen das Imralı-System wird intern gleichbedeutend mit dem Kampf gegen die Isolation und Separierung und somit gegen die Vernichtung der kurdischen Gesellschaft diskutiert. Gegen den Versuch der Vereinzelung und Entwurzelung des Individuums und seines Widerstands erlebt die Gesellschaft – egal an welchem Ort – in ihrem gemeinsamen Kampf Momente der Kollektivität. Eben dieser Kampf gegen die Isolation schafft die notwendigen Bedingungen, um wieder gesellschaftlich fühlen zu können, und ist kein Kampf, der auf Gefängnisse beschränkt ist. Selbstverständlich ist Isolation dort am schärfsten spürbar, weil sie eben mit direkter Gewalt umgesetzt wird und mensch aus seinem gesellschaftlichen Umfeld gerissen wird, weshalb der Kampf auch meistens dort beginnt. Öcalans Anwalt aus dem Rechtsbüro Asrın beschrieb die Isolation auf Imralı treffend mit den Worten: »Eine Insel ist weder draußen noch drinnen; ihre Besonderheit ist die Abgeschiedenheit. Die seit zwanzig Jahren

andauernde physische Isolation stellt einen Teil des Größeren dar. Sie bedeutet den Abbruch jeglicher Beziehungen zur Außenwelt, Isolationspolitik, Tod und ein Leben, das aufs Engste begrenzt ist. In dieser Situation wird die Verbindung zur Gesellschaft unterbunden, doch zum Machtsystem bleibt sie bestehen. Sie ist aufgrund der Intensivität der angewandten Ausnahmegesetzgebung sogar besonders intensiv. Das Leben unter diesen Bedingungen ist zum einen geprägt von einer absoluten Macht, die bis in die letzte Zelle des Menschen zu spüren ist. Zum anderen von einem Schwebezustand an der Schwelle zur völligen Rechtlosigkeit.«[1]

»Eine Insel ist weder draussen noch drinnen; ihre Besonderheit ist die Abgeschiedenheit. Die seit zwanzig Jahren andauernde physische Isolation stellt einen Teil des Grösseren dar. Sie bedeutet den Abbruch jeglicher Beziehungen zur Aussenwelt, Isolationspolitik, Tod und ein Leben, das aufs Engste begrenzt ist. In dieser Situation wird die Verbindung zur Gesellschaft unterbunden, doch zum Machtsystem bleibt sie bestehen. Sie ist aufgrund der Intensivität der angewandten Ausnahmegesetzgebung sogar besonders intensiv. Das Leben unter diesen Bedingungen ist zum einen geprägt von einer absoluten Macht, die bis in die letzte Zelle des Menschen zu spüren ist. Zum anderen von einem Schwebezustand an der Schwelle zur völligen Rechtlosigkeit.«

Der Kampf gegen die Isolationspolitik ist ein solidarischer, verbindender Kampf. Ziel ist es, die Mauern, egal woraus sie geformt sind, einzureißen, von allen Seiten, sonst geht es nicht. Und hier kommt die Solidarität am Beispiel Gefängnis zur Geltung. Der im Gefängnis ist isoliert, eingesperrt, kann nicht zu mir, aber ich auch nicht zu ihm. Es geht also nur gemeinsam, wenn der Begriff von Befreiung erkämpft wird.

Befreiung ist in den gemeinsamen Kämpfen und in der Hoffnung des Sieges erreichbar. Darin kennt Solidarität keine Grenzen und entwickelt erst ihre Kraft, wenn es um Befreiung von der Unterdrückung geht, die eigene, des eigenen gesellschaftlichen Umfelds, gemeinsam, weltweit. Solidarität ist nicht Caritas, nicht etwas, das ich gebe, um anderen zu helfen, sondern Begriff und Grundlage des (gemeinsamen) Kampfes für die Entwicklung eines freien Lebens. Ohne diese Grundbedingung ist Befreiung zum Beispiel in den Metropolenländern, dort, wo die Entfremdung und Vereinzelung sich so tief ins Subjekt gefressen hat, überhaupt nicht mehr denkbar.

Der Kampf um Befreiung befreit, aber er hinterlässt auch seine Spuren, er lässt weinen und lachen, gibt Schmerz und Freude. Das gehört zusammen. Die Hungerstreikenden waren bereit, ihr Leben für die Freiheit zu geben. Neun Genoss*innen haben ihr Leben in dieser Widerstandsphase verloren, um den Druck für die Aufhebung der Isolation zu erhöhen. Das eigene Leben geben für die Freiheit wird hier in der Metropole nur schwer gedacht. Der Befreiungskampf in Kurdistan hat den Mikrokosmos Guerilla (dort, wo als Erstes Kollektivität und Befreiung – »Hevalti« – weiterentwickelt wurden) überwunden und die gesamte Gesellschaft dazu einladen können. Der von der Gesellschaft getragene Befreiungskampf in Kurdistan ist bereit, sich für ihren Traum eines anderen Lebens dieser langanhaltenden und immer brutaler werdenden Auseinandersetzung zu stellen. Es konnte gegenseitiges Vertrauen aufgebaut und Hoffnung gesät werden. Vor allem konnte das Vertrauen in die eigene Kraft, seine Ziele auch zu erreichen, gestärkt werden – Schritt für Schritt. Der Hungerstreik, die Proteste und vielseitigen Widerstandsformen in allen Teilen Kurdistans sind Beispiele dafür. Doch leider konnten die linken Bewegungen die strategischen Möglichkeiten, die der Hungerstreik weit über die Grenzen Kurdistans hinaus geboten hat, nicht erfassen. In diesem Sinne betrachten wir die Bedeutung des Kampfes gegen die Isolierung von der eigenen Geschichte, von den Werten des gesellschaftlichen Lebens und darum, wie sie im gemeinsamen Kampf neu erkämpft werden können.

»So wie heute all eure Aufmerksamkeit nach drinnen in die Gefängnisse gerichtet ist, so ist unsere Aufmerksamkeit nach draußen auf ein Anzeichen eines Aufbruchs des Widerstands gerichtet. Während mir am Ende nur zu betonen bleibt, dass ›Widerstand einen wachsen lässt, tatenlos zusehen jedoch tödlich ist‹, bin ich an einem Punkt angelangt, an dem ich mit Freuden für das Leben, das es wert ist, dass mensch dafür auch sein Leben opfert, und dessen Teil ich bin, nun meinerseits das meine zu geben bereit bin …«, schrieb Leyla Güven im Januar aus dem Gefängnis in Amed (Diyarbakır). ♦

1 http://www.kurdistan-report.de/index.php/archiv/2019/67-kr-202-maerz-april-2019/824-keine-bestrafung-sondern-kontroll-und-lenkungsmethode



Internationale Verbindungen schaffen, die Revolution in Rojava verteidigen

#riseup4rojava – smash turkish fascism!

Interview mit Info Aut und der Internationalistischen Kommune von Rojava

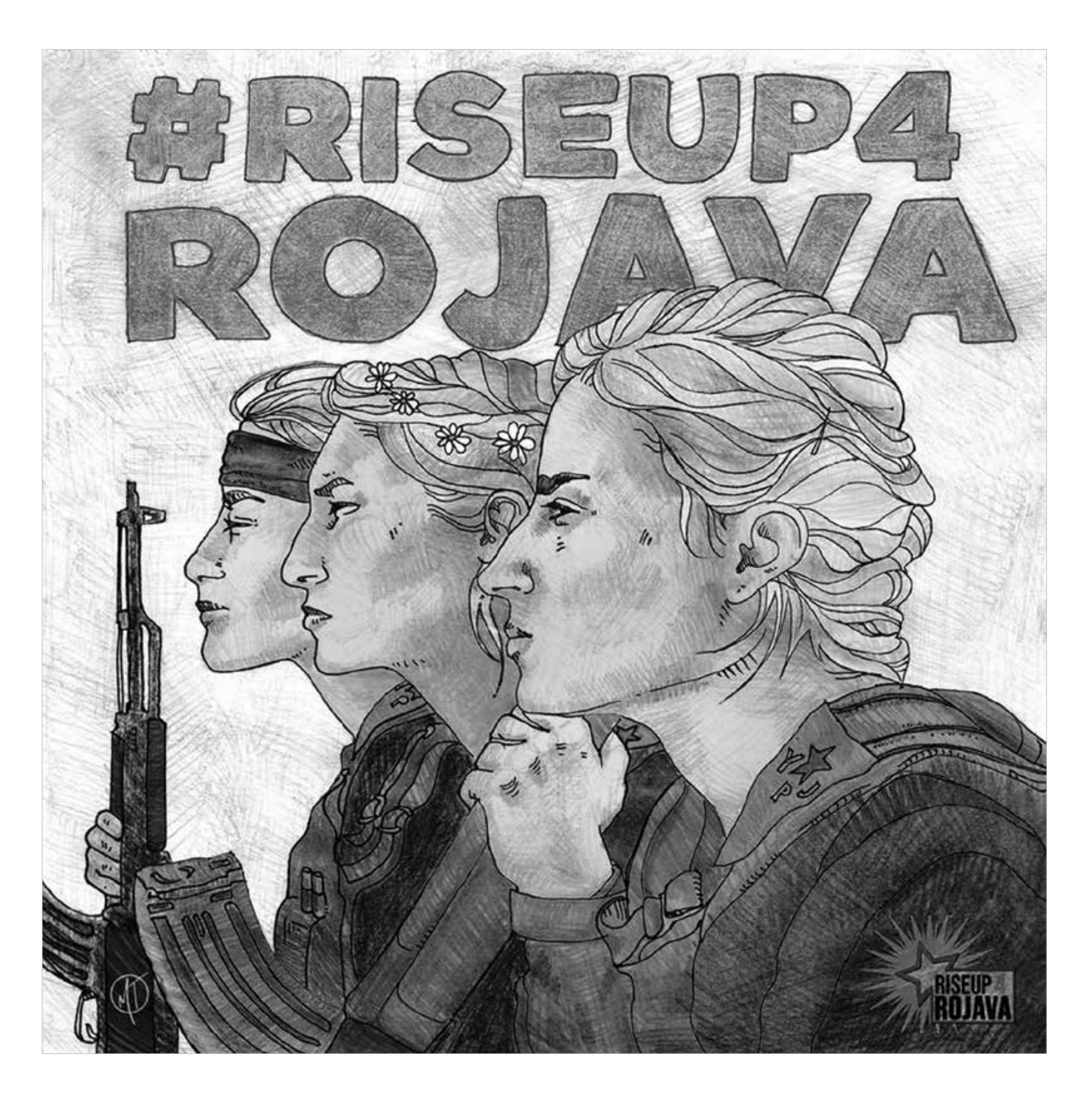
»Info Aut – Informazione di parte« wurde 2007 als antagonistische Informationsseite gegründet, Ausdruck eines Netzwerks autonomer, antikapitalistischer und feministischer politischer Strukturen, die in verschiedenen italienischen Städten aktiv sind. Die »Internationalistische Kommune von Rojava« wurde am 1. Mai 2017 ausgerufen und versammelt die InternationalistInnen, die in der Zivilgesellschaft von Rojava arbeiten, unter dem Motto »learn, support, organize«.

Am 25. April 2019, 74 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus in Italien, habt ihr die Kampagne »#riseup4rojava – smash turkish fascism!« gegen den türkischen Faschismus initiiert. Wie kam es dazu?

Info Aut: Wir haben beschlossen, die internationale Kampagne und Plattform »#riseup4rojava – smash turkish fascism!« am 25. April zu starten, weil dieser Tag die Niederlage des faschistischen italienischen Regimes und den Sieg all jener verschiedenen PartisanInnengruppen symbolisiert, welche vereint den italienischen Widerstand bildeten. In diesem Jahr wurden die Feierlichkeiten zum 25. April auf vielen italienischen Plätzen Şehîd Tekoşer gewidmet, einem italienischen Revolutionär, der bei der Verteidigung der Revolution im letzten entscheidenden Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat in Deir ez-Zor fiel. Sein Opfer bekräftigt die tiefe Verbindung zwischen den PartisanInnen, die vor über siebzig Jahren ihr Leben geopfert hatten, um den Faschismus in Europa zu besiegen, und den InternationalistInnen, die heute in Rojava den gleichen Feind der Menschheit bekämpfen.

Internationalistische Kommune: Darüber hinaus wurde am 1. Mai der Kampftag der ArbeiterInnenklasse weltweit gefeiert, ein Tag von großer Bedeutung für die revolutionäre Bewegung auf der ganzen Welt, der unsere Kämpfe über die Grenzen der Nationalstaaten hinaus vereint. Auch an diesem Tag haben wir die Kampagne in insgesamt sieben Ländern, auf zwölf Demonstrationen bekannt gemacht.

Unser Ziel war es, mit dem Start der Kampagne deren Schlüsselelemente, den Kampf gegen den Faschismus, den Internationalismus revolutionärer Kämpfe, in einen historischen Kontext zu setzen und sichtbar zu machen.



IK: An der Kampagne beteiligen sich ganz unterschiedliche Organisationen, von anarchistischen Gruppen aus Griechenland über ML-Organisationen wie den Revolutionären Aufbau Schweiz, aktivistische Gruppen aus den USA, Postautonome aus Deutschland, Schweden und UK bis zu syndikalistischen Gewerkschaften wie die CNT aus Katalonien. Eine Organisation aus Südafrika hat sich auch der Kampagne angeschlossen; bis jetzt sind es vor allem Organisationen aus Europa, aber wir arbeiten daran, die Kampagne auch in Südamerika bekannt zu machen. Und natürlich sind auch klassische Gruppen der Kurdistansolidarität wie Tatort Kurdistan dabei. Es war uns aber vor allem wichtig, dass Organisationen dabei sind, welche nicht nur Kurdistanpolitik machen, sondern in konkreten gesellschaftlichen Kämpfen in ihren Ländern verankert sind, damit können wir eine breitere Basis für unsere Kampagne schaffen und an konkrete Kämpfe gegen Krieg, Repression und Faschismus in Europa anknüpfen. Die Vielfalt wollen wir zu einer Stärke entwickeln. Der Ausdruck der Kampagne wird von Ort zu Ort unterschiedlich aussehen, in manchen Orten werden Flyer verteilt, an anderen wird vielleicht eine Botschaft oder eine Fabrik besetzt werden. Unsere politischen Traditionen und Praktiken mögen verschieden sein, aber uns eint das Ziel, die Revolution in Kurdistan und ihre Erfolge zu verteidigen. Wir finden es selbst sehr spannend, was sich da entwickeln wird. Wir haben jetzt die ersten Schritte gemacht, vieles wird sich in der konkreten Praxis weiterentwickeln, die Kampagne lebt vor allem auch von lokaler Initiative. Da sind alle gefragt mitzumachen!

Mit welchen Organisationen und Gruppen habt ihr diese Kampagne gestartet?

IA: In den letzten Jahren sind InternationalistInnen aus verschiedenen Organisationen aus der ganzen Welt in die Internationalistische Kommune von Rojava gekommen und haben sich an den Arbeiten der Kommune und allgemein am revolutionären Prozess in Rojava beteiligt, dadurch sind starke Verbindungen zwischen ihren eigenen Gruppen, untereinander und mit Rojava entstanden. Diese Organisationen waren die ersten Gruppen, die sich an der Diskussion zum Aufbau der Kampagne beteiligten, aber von Anfang an war die Kampagne offen für alle Organisationen und Gruppen, die die Ziele und die Stoßrichtung des Aufrufs unterstützen und sich aktiv einbringen, indem sie Aktionen in Solidarität mit der Rojava-Revolution, gegen den türkischen Faschismus und gegen die imperialistischen Staaten und die Kriegsindustrie organisieren, die von diesem Konflikt profitieren.

Was und wen wollt ihr mit der Kampagne erreichen?

IA: Das Ziel dieser Kampagne ist es, eine geeinte Front auf globaler Ebene zu schaffen, die einen Unterschied zu den verschiedenen faschistischen und imperialistischen Kräften machen kann, die das revolutionäre Projekt zur Schaffung einer befreien Gesellschaft in Rojava und im Nahen Osten zu schwächen und zerstören versuchen. Wir werden konkrete koordinierte Maßnahmen im Rahmen einer gemeinsamen Strategie ergreifen, die unsere unterschiedlichen Realitäten und Bedingungen einbezieht. Wir glauben, dass dies ein ausgezeichneter Ausgangspunkt ist, um Verbindungen zwischen den verschiedenen Ländern herzustellen, die gegen die kapitalistische Moderne kämpfen, unabhängig von den Grenzen der Nationalstaaten.

IK: Konkret können wir die Planung eines internationalen Aktionstages Anfang September nennen. Dann findet das »Rheinmetall entwaffnen!«-Camp in Unterlüß statt, mit geplanter Blockadeaktion der Werkstore und einer Demonstration am 6. und 7. September. In demselben Zeitraum findet die größte Waffenmesse der Welt in London statt, wo die großen Waffenfirmen ihre neusten Produkte präsentieren und für Profite mit dem Tod werben. In London wird es Proteste unter dem Motto »Stop The Arms Fair!« geben. Für uns lag es nahe, diese beiden Proteste zu verbinden und noch in weiteren Ländern Aktionen zu organisieren. In Schweden, Griechenland, Italien, Katalonien finden gerade Diskussionen darüber statt, was am 6. und 7. September organisiert werden soll. In Italien gibt es ein riesiges Versuchsgelände von Rheinmetall, außerdem den Kampfhubschrauber-Hersteller Leonardo, in Schweden sind Scania und Saab in Waffengeschäfte mit der Türkei verwickelt. Die Koordination dieser Proteste zeigt für uns auch die Stärke der Kampagne: Kämpfe verbinden, konkrete Proteste aufgreifen und in einen internationalen Kontext setzen. Da geht es auch darum, ein internationalistisches Verständnis innerhalb von Europa zu stärken, sich aufeinander zu beziehen. Ohne diese Kampagne hätte es wohl nicht diese Verbindung zwischen dem Rheinmetall-Camp und der Waffenmesse in London gegeben.

Der Kampagnen-Slogan hebt zwei Themen hervor. Zum einen die Revolution in Rojava, die positiver Bezugspunkt für die internationale Linke geworden ist. Und zum anderen den türkischen Faschismus, also die türkische Staatspolitik als zentrale Bedrohung der revolutionären Errungenschaften. Warum?

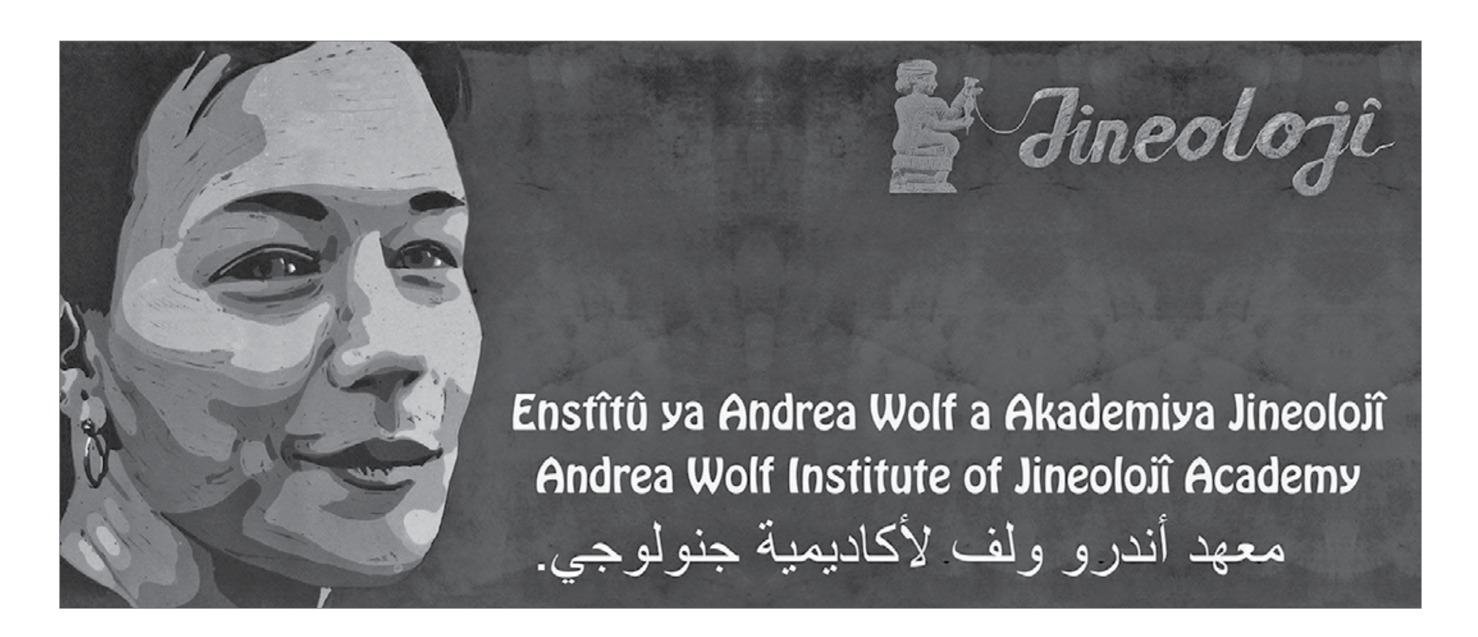
IA: Die Revolution in Rojava baut eine neue Perspektive der demokratischen Moderne im Gegensatz zur kapitalistischen Moderne auf, was ein Modell nicht nur für den Nahen Osten darstellt, sondern im Zentrum der Analyse vieler revolutionärer Realitäten auf der ganzen Welt steht.

Die größte Bedrohung für diese demokratische Entwicklung stellt heute der türkische Staat unter der Kontrolle der faschistischen Partei AKP des Diktators Erdoğan dar, der militärisch von den imperialistischen Mächten der NATO unterstützt wird.

Eine wichtige Säule dieser Revolution ist die Selbstverteidigung, sie war siegreich und machte diese Revolution dank des Opfers von Tausenden von Gefallenen erst möglich. Es wurden diejenigen besiegt, die versuchten, Hass und Zerstörung zu bringen. Auch wir als RevolutionärInnen haben die Pflicht, in unseren eigenen Ländern Seite an Seite mit diesen GenossInnen für die Verteidigung der Revolution zu kämpfen, indem wir Unternehmen und Finanzinstitutionen blockieren, die den türkischen Faschismus militärisch oder finanziell unterstützen, und alle Vereinigungen, alle Regierungen und Allianzen, die die Türkei unterstützen, mit massenhaften koordinierten Aktionen auf globaler Ebene verurteilen.

IK: Weltweit identifizieren sich unglaublich viele Menschen mit der Revolution in Kurdistan als einem Hauptkampf gegen den Faschismus unserer Zeit und für die Befreiung der Frau und der Gesellschaft. Mit dem Erfolg der Revolution steigen auch die Drohungen von Erdoğan mit weiteren großen militärischen Angriffen auf Kurdistan oder Nordsyrien, die das Ziel der vollständigen Vernichtung der Revolution verfolgen. Die Türkei hätte dafür aber gar nicht die Schlagkraft ohne militärische, finanzielle und diplomatische Unterstützung. Daher müssen wir diese Zusammenarbeit aufdecken und angreifen. »Die Feinde der Revolution in Kurdistan und Syrien sind auch unsere Feinde«, wurde im Aufruf der Kampagne geschrieben. Genau darum geht es: Druck aufzubauen auf Kriegsprofiteure und heuchlerische Regierungen. Wir wollen nicht zulassen, dass die größte Revolution des 21. Jahrhunderts zerstört wird, welche ein weltweites Symbol der Hoffnung ist. Für den Fall, dass es zum Angriffskrieg gegen Rojava kommt, ist unsere Kampagne vorbereitet, und sie wird Widerstand dagegen auf internationaler Ebene koordinieren. ♦

Website: https://riseup4rojava.org/
Facebook: https://www.facebook.com/riseup4rojava/
Twitter: https://twitter.com/RISEUP4R0JAVA



Wenn wir gemeinsame Schmerzen haben, werden wir auch eine gemeinsame Lösung hervorbringen!

Jineolojî-Akademie in Rojava eröffnete Andrea-Wolf-Institut

Andrea Benario

Die historischen und geografischen Wurzeln der Jineolojî lassen sich in den Analysen über Frauengeschichte in Mesopotamien sowie in den Dynamiken des langjährigen Freiheitskampfs der Frauenbewegung in Kurdistan verorten. Diese Wurzeln wurden durch die Errungenschaften feministischer Bewegungen, durch das Wissen und Wirken von Frauen und RevolutionärInnen weltweit genährt. In dieser Hinsicht hat auch der gemeinsame, internationalistische Kampf von Frauen in Kurdistan dazu beigetragen, Jineolojî als eine Wissenschaft von und für die Frauenrevolution aufzubauen, die sich zunehmend verbreitert und neue Früchte hervorbringt.

Mit dem Ziel, Erfahrungen zusammenzutragen und notwendiges Wissen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme und für den Erfolg der Frauenrevolution zu erarbeiten, begannen die Arbeiten der Jineolojî-Akademie unter den Bedingungen der Revolution in Rojava. Seit 2017 wurden hierfür regionale Forschungszentren und Bildungseinrichtungen wie die Jineolojî-Fakultät an der Rojava-Universität aufgebaut. Am 18. Mai 2019 eröffnete nun die Jineolojî-Akademie in Rojava das Andrea-Wolf-Institut. Vor über 20 Jahren hatte sich Hevala Ronahî, Andrea Wolf, auf den Weg in die Berge Kurdistans begeben, um dort in der Frauenguerilla zu leben, zu lernen und zu kämpfen. Sie war auf der Suche nach neuen Gedanken, Verbindungen und Aufbrüchen für gesellschaftliche Befreiung, die sie auch in ihren Tagebuchaufzeichnungen festhielt. Fragen, die sie sich damals stellte, sind nach wie vor aktuell. 1997 hatte sie in den Bergen Kurdistans in ihr Tagebuch geschrieben:

»Ein frischer Wind liebkost mich, vor uns die Berge. Freie Sicht. Es ist Mittag, knallheiß. Die Grillen zirpen. Wir trinken Tee und essen trockenes hartes Brot. Aber es ist verdammt schön, alles lebt und doch hast du in diesem Kurdistan immer das Gefühl, hier wurde Menschheitsgeschichte gemacht, wurde ja auch. (...) Eine Ahnung von dem, was Leben wirklich sein kann – auch verbunden mit der Natur –, tut sich auf. Vor dem Hintergrund wird das Leben in Europa so deutlich fremd, wie es auch wirklich entfremdet ist.«

»Ein frischer Wind liebkost mich, vor uns die Berge. Freie Sicht. Es ist Mittag, knallheiss. Die Grillen zirpen. Wir trinken Tee und essen trockenes hartes Brot. Aber es ist verdammt schön, alles lebt und doch hast du in diesem Kurdistan immer das Gefühl, hier wurde Menschheitsgeschichte gemacht, wurde ja auch. (...) Eine Ahnung von dem, was Leben wirklich sein kann – auch verbunden mit der Natur –, tut sich auf. Vor dem Hintergrund wird das Leben in Europa so deutlich fremd, wie es auch wirklich entfremdet ist.«

In ihren Diskussionen mit FreundInnen wollte Hevala Ronahî revolutionäre Entwicklungsprozesse verstehen lernen. Während sie einerseits die durch das kapitalistische System verursachte Entfremdung und Zerstückelung des Lebens hinterfragte, bemühte sie sich zugleich darum, Erfahrungen von linker und feministischer Organisierung mit ihren GenossInnen zu teilen. Die Begegnungen mit den Menschen, der Natur und der Befreiungsbewegung in Kurdistan ermöglichten ihr, die unterschiedlichen Farben, Töne und Facetten des Lebens wahrzunehmen, die für sie zuvor nicht wahrnehmbar gewesen waren. In ihren Begegnungen mit der Frauenbewegung in Kurdistan hinterfragte sie die Gründe für die Entstehung von Machtverhältnissen und dogmatischem Schwarz-Weiß-Denken. Sie fragte sich: »Warum muss eine Kultur die andere ablösen und begraben? Warum muss der Kampf zwischen der mütterlichen (weiblichen) und der väterlichen (männlichen) Linie in einseitiger Niederlage enden und nicht in einer Bindung?«

In diesen Überlegungen brachte Heval Ronahî damals einen Kerngedanken zum Ausdruck, der heute in der Jineolojî Anwendung findet: Unterschiede aus hierarchischen Verhältnissen herauszulösen, sie nicht als trennende oder sich ausschließende Gegensätze, sondern als einander ergänzende Elemente wahrzunehmen. In diesem Sinne haben die Arbeiten am Andrea-Wolf-Institut mit dem Ziel begonnen, das Wissen und die Erfahrungen von Frauen aus verschiedenen Ländern mit diversen Lebenserfahrungen zusammenzutragen, um gemeinsam neue Perspektiven für die Befreiung von Frauen und Gesellschaften zu entwickeln. Die Mitgründerin des Andrea-Wolf-Instituts, Zehra Deniz, erzählt von ihren Zielen, ersten praktischen Erfahrungen und Zukunftsplänen.

Mit welchem Ziel wurde das Andrea-Wolf-Institut als Bestandteil der Jineolojî-Akademie eröffnet?

Wir können ganz deutlich erkennen, dass die kapitalistische Moderne einen Höhepunkt der patriarchalen Herrschaft darstellt. Es ist ein System, das auf Vergewaltigung und systematischer Gewalt gegen Frauen und alle unterdrückten Geschlechter beruht. Unser Planet sowie die Natur, die Gesellschaften und die Menschen, die mit all ihren Unterschieden auf ihm zuhause sind, werden zutiefst ausgebeutet und ringen um ihr Leben. Insbesondere Frauen kämpfen in allen Teilen der Welt gegen dieses Ausbeutungs- und Gewaltsystem für ihr Recht auf Leben und Freiheit. Gegen ein globales Ausbeutungssystem benötigten wir einen globalen Freiheitskampf.

Es ist sehr wichtig und bedeutungsvoll, dass sich solche Kämpfe an den verschiedensten Orten der Welt formieren und ausbreiten. Jedoch sehen wir auch, dass die Kämpfe feministischer, sozialistischer, anarchistischer, ökologischer sowie verschiedener kultureller und sozialer Bewegungen in sich gekehrt verharren. Da sie ihre Energien nicht zusammenfließen lassen, können sie nur eine begrenzte gesellschaftliche Wirkung entfalten. Weil sie ihre Energien nicht bündeln, entsteht keine Synergie, aus der eine Kraft zur Überwindung der globalen Herrschaft des kapitalistischen Systems hervorgehen kann. Das ist eines der größten Hindernisse, mit denen wir konfrontiert sind. Insbesondere der Kampf um die Befreiung der Frau erfordert eine tiefe Verbundenheit miteinander und eine starke Kraft. Wir bezeichnen die Situation der Frauen als die erste und letzte Kolonie.

Deshalb ist es umso wichtiger, diese Kraft des Kampfes freizusetzen. Denn solange wir die patriarchale Herrschaft nicht überwinden, die die Quelle des gesamten Ausbeutungssystems darstellt, sind unsere Natur, alle Lebewesen, die Gesellschaft und die Individuen existentiell bedroht. Daher stellt der Freiheitskampf der Frauen einen Existenzkampf für unsere gesamte Welt dar. Die wichtigste Frage lautet für uns deshalb: Wie können wir als Frauen unsere Kämpfe verbinden, ausweiten und den globalen Kampf für Demokratie und Selbstbestimmung gegen das globale kapitalistische System vorantreiben?

Für diesen Kampf ist ein tief greifendes und kollektives Bewusstsein von Frauen einhergehend mit einer Vertiefung unseres geschichtlichen, politischen und gesellschaftlichen Bewusstseins unerlässlich. Ein Kampf, der keine geistige, gedankliche und emotionelle Vertiefung beinhaltet, wird nicht gegen ein derart organisiertes Herrschaftssystem bestehen können. Denkweisen und Lebensformen, die nicht mit den männlichen Herrschaftsideologien und -lebensformen brechen, werden diese unweigerlich reproduzieren und letztendlich geschwächt in das System integriert werden. Um dieser Gefahr vorzubeugen, brauchen wir Orte, an denen wir gemeinsam diskutieren, uns weiterbilden, unsere Gedanken und unser Leben miteinander vereinen können. Hierin besteht die Hauptrolle des Andrea-Wolf-Instituts. In verschiedenen geschichtlichen Epochen haben Frauen in allen Teilen der Welt wichtige Studien durchgeführt, Werke und Erkenntnisse hervorgebracht. Diese begreifen wir als Grundlagen, auf denen wir aufbauen können. Weitere Hauptquellen, die uns Kraft und Inspiration geben, sind die Errungenschaften feministischer Forschung und Kämpfe der Gegenwart und die Werte, die durch die Frauenrevolution in Kurdistan geschaffen wurden. Im Rahmen der Jineolojî wollen wir diese Erkenntnisse und Errungenschaften miteinander verbinden. Durch eine Synthese der vorhandenen Wissensquellen wollen wir allen Frauen die Möglichkeit geben, ihr Bewusstsein zu schärfen und ihr Wissen zu erweitern. Mit dieser Zielrichtung wollen wir am Andrea-Wolf-Institut Arbeiten im Bereich der Frauen- und Sozialwissenschaften durchführen, um einen gemeinsamen Geist, ein gemeinsames Bewusstsein und eine gemeinsame Linie des Kampfs mit Frauen aus dem globalen Osten und Westen zu bestimmen. Wir sind davon überzeugt, dass hieraus eine Lösungskraft gegen die durch das Herrschaftssystem erzeugten Katastrophen unserer Zeit entstehen kann.

Jineolojî erhebt den Anspruch, eine Wissenschaft von und für die Frauenrevolution zu sein. Was für eine Rolle kann das Institut für die Freiheitssuche von Frauen und die Frauenrevolution auf globaler Ebene spielen?

Der mutige und entschlossene Kampf, den die Frauenverteidigungskräfte YPJ und kurdische Frauen insgesamt gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) geführt haben, hat in Rojava eine wichtige Rolle für den Fortschritt der allgemeinen gesellschaftlichen Revolution gespielt, wie auch für die Frauenrevolution. Dieser große Widerstand an sich hat eine enorme Rolle für die Entwicklung des Frauenbewusstseins gespielt. Hierdurch ist Rojava zu einer Art Sammelbecken für die demokratischen und revolutionären Kämpfe verschiedener Völker in unserem Zeitalter geworden. RevolutionärInnen mit unterschiedlichen Identitäten, von verschiedenen sozialistischen, feministischen, anarchistischen Strömungen haben sich auf den Weg gemacht und sich an diesem Kampf beteiligt. Das hat einen neuen Horizont für weltweite revolutionäre Aufbrüche eröffnet. Das trifft auch für Frauen und die Perspektive des Frauenbefreiungskampfes zu. Die Revolution in Rojava hat unter Frauen verschiedener Herkunft große Aufmerksamkeit und Sympathien erzeugt. Frauen fühlen sich sowohl durch die Praxis der Selbstverteidigung als auch durch die gedanklichen Dimensionen der Frauenrevolution angezogen. Hier werden der revolutionäre Freiheitskampf und die Frauenrevolution aufgebaut. Das Fundament der Revolution beruht auf dem Zusammenhalt der Völker und Gemeinsamkeit der facettenreichen Identitäten von Frauen. Deshalb ist es natürlich eine historische Möglichkeit und eine große Chance, auf diesem Nährboden mit der Methodik der Jineolojî zu arbeiten und zu versuchen, ein gemeinsames Netzwerk der verschiedenen Identitäten, Gedanken und Meinungen von Frauen aufzubauen.

Hier hat die erste Frauenrevolution im Neolithikum ihre Form angenommen und zehntausend Jahre später nimmt erneut ein gesellschaftlicher Aufbruch von Frauen in dieser geografischen Gegend seine Form an. Die hier entstandenen revolutionären Werte in eine Frauenwissenschaft zu übertragen und zu entwickeln, kann eine Inspirationsquelle für Frauen sein, die in allen Teilen der Welt auf der Suche nach Freiheit sind bzw. die für ihre Befreiung kämpfen. Eigentlich handelt es sich nicht nur um eine Inspirationsquelle. Vielmehr bietet sich die Möglichkeit, Anstöße für ein gemeinsames Bewusstsein und einen gemeinsamen Kampf hervorzubringen. Das ist nicht abstrakt, sondern eine konkrete Realität. Diese Realität bedeutet, Schwierigkeiten und sogar den Tod in Kauf zu nehmen, wie uns unsere im revolutionären Kampf gefallenen FreundInnen verdeutlichen. Die ersten Steine zum Aufbau dieser Brücke zwischen den verschiedenen Kämpfen legte Hevala Ronahî, Andrea Wolf, aus Deutschland in den Bergen Kurdistans. Unsere Freundinnen Ivana mit afrikanischer Herkunft, die in Deutschland aufgewachsen ist, Lêgerîn aus Argentinien und Hêlîn aus England haben diese Brücke in Rojava weiter gefestigt und ausgebaut. Sie haben uns genauso wie unsere Freundin Sara aus Deutschland die Entschlossenheit gezeigt, frei zu denken und ein freies Leben aufzubauen.

Der erste Bildungsprozess des Andrea-Wolf-Instituts wurde Malda Koser gewidmet, die am 5. Mai 2019 durch einen Bombenanschlag auf dem Weg zwischen Hole und Hesekê ermordet wurde. Hevala Malda war eine junge kurdische Frau aus Hesekê, die mit viel Energie und Enthusiasmus die Aufbauarbeiten von Jineolojî zusammen mit Frauen aus den verschiedenen Communities in Nord- und Ostsyrien vorangetrieben hat. Mit ihrer Lebensfreude, ihren Prinizipien und ihrer Menschenliebe verkörperte sie den Geist der Jineolojî. In ihren Begegnungen und

mit ihren Bildungsarbeiten öffnete Hevala Malda vielen Menschen aus der kurdischen, arabischen und suriyanischen Community neue Türen und Horizonte für ein freies und gemeinschaftliches Leben. Die Horizonte für die Frauenbefreiung und den Aufbau freier, solidarischer Gesellschaftsstrukturen zu erweitern war auch ein Grundanliegen des ersten Bildungsprozesses am Andrea-Wolf-Institut, an dem Frauen aus neun verschiedenen Ländern Europas und des Mittleren Ostens teilnahmen. Welche gemeinsamen Punkte und Fragestellungen waren für dich am spannendsten? Welche Unterschiede und Besonderheiten gab es?



Eingangsbereich des Andrea-Wolf-Instituts Foto: KR

Als eine Frau aus dem Mittleren Osten habe ich mich bislang noch nie an einem Ort befunden, an dem so viele unterschiedliche Identitäten gemeinsam zusammengelebt haben. Das war aus meiner Perspektive eine neue Erfahrung. Ich kann sagen, dass es für mich als eine Frau, die sich seit langen Jahren am revolutionären Kampf beteiligt, eine Bereicherung war. Einerseits habe ich die Mauern entdeckt, die das patriarchale Herrschaftssystem, die Mentalität der kapitalistischen Nationalstaaten und der Nationalismus in unseren Gehirnen errichtet haben. Andererseits habe ich auch Wege gefunden, diese Mauern zu überwinden. Genauso wie die Herrschenden in den westlichen Gesellschaften Vorurteile gegenüber der Kultur und Frauen des Mittleren Ostens geschürt haben, so wurden auch Vorurteile in den Gesellschaften und bei den Frauen des Mittleren Ostens gegenüber dem Westen geschürt. Ich habe eine ganz andere westliche Identität kennengelernt als die, die uns präsentiert wurde. Die westlichen Gesellschaften sind gar nicht so homogen, wie mir glaubhaft gemacht wurde. Auch dort gibt es verschiedene Frauenidentitäten, die im Kontext verschiedener Kulturen regionaler Völker entstanden sind. Ich habe ganz deutlich gesehen, dass die Schmerzen, die wir als Frauen erlebt haben, gemeinsam sind und wie viele Schläge und Schmerzen uns durch das patriarchale System zugefügt wurden. Das habe ich insbesondere während der Persönlichkeitsanalysen, die am Ende des Bildungsprozesses durchgeführt wurden, auf sehr schmerzhaft Weise gesehen und erlebt. Häufig trafen sich unser aller Gefühlsfrequenzen mit ihren Tränen und ihrer Freude auf der gleichen Ebene. Ich habe nochmals verstanden, dass, wenn unsere Schmerzen die gemeinsam erfahrenen sind, wir auch eine gemeinsame Lösung brauchen und hervorbringen müssen. Die Lebenserfahrungen, die eine jede Freundin mit uns geteilt hat, waren für jede von uns eine Bereicherung. Mit den Erfahrungen, die andere Freundinnen mit uns geteilt haben, sind wir zugleich reicher geworden. Wir haben unsere Fehler erkannt und darüber diskutiert. Indem wir uns von unseren Überzeugungen erzählten, sind wir eigentlich gewachsen. In dieser Hinsicht war es eine sehr wichtige und bedeutungsvolle Bildungserfahrung.

Welche Arbeiten wird das Andrea-Wolf-Institut zukünftig durchführen?

Die allgemeinen Ziele unserer Arbeiten habe ich eingangs erwähnt. Wir wollen unsere Arbeiten so organisieren und gestalten, dass sie eine Vertiefung bewirken und breitere Kreise von Frauen aus allen Teilen der Welt erreichen können. Da dies unsere erste Bildungsperiode war, haben wir ausführlich darüber diskutiert, an welchen Punkten wir die Arbeiten zukünftig verbessern können. Wir haben neue Methoden ausprobiert, die wir in kommenden Bildungen zu verschiedenen Themenschwerpunkten noch vertiefen können. Als Erstes haben wir uns nun zum Ziel gesetzt, die Ergebnisse der Bildung zu verschriftlichen und Quellenmaterial zu erstellen. Es gibt Arbeitsgruppen, die an verschiedenen Buchprojekten und Broschüren arbeiten. Themen wie die Geschichte von Frauenkämpfen und -kulturen, Hevjiyana Azad (freies kommunales Leben), alternative und ökologische Wirtschaftsformen, Gesundheit, Selbstverteidigung, die Auswirkungen von Religionen und Liberalismus auf unser Leben können Themen für kommende Bildungs- und Forschungsarbeiten sein. Des Weiteren wollen wir noch breitere Kreise erreichen und Verbindungen und Austausch zwischen lokalem Wissen von Frauen mit verschiedenen Methoden herstellen. Gemeinsames Leben, Diskutieren und Arbeiten bieten beispielsweise die Möglichkeit, ein sehr viel tieferes, organisches Verständnis und Beziehungen zu entwickeln. ♦

Im Mittelpunkt steht die Kraft der êzîdischen Frauen

»Jin Jiyan – Der Aufbruch«

Interview mit der Schweizer Schauspielerin und Leiterin der Volksbühne Basel, Anina Jendreyko

Im Theater Mönchengladbach fand am 6. April die Uraufführung eines Theaterstücks von Anina Jendreyko basierend auf Recherchen in Şengal und Südkurdistan statt. Das Theaterstück »Jin Jiyan – Der Aufbruch« gibt nach Angaben der Volksbühne Basel, die das Stück in Zusammenarbeit mit dem êzîdischen Frauendachverband e.V. und in Kooperation mit dem Goethe-Institut Irak produziert hat, unterschiedlichen Perspektiven der Êzîd*innen im Şengal eine Stimme zwischen Tradition und Neuaufbau. Im Mittelpunkt steht die Kraft der êzîdischen Frauen. Ein gemischtes Ensemble aus Schauspieler*innen des Gemeinschaftstheaters sowie êzîdischen und kurdischen Künstler*innen geht unter der Leitung von Anina Jendreyko den Entwicklungen im Şengal seit 2014 nach mit dem Ziel, an einer künstlerischen Brücke der Verständigung zu bauen.

Wie kam es zu dem Theaterstück »Jin Jiyan – Der Aufbruch«?

Ich war bei einem Theaterkongress vom ITI (Internationales Theaterinstitut), das weltweit organisiert ist und alle 4 Jahre einen Weltkongress hält. Ich war dort eingeladen, um einen Workshop zu geben, und habe dort den Schauspieldirektor Matthias Gehrt des Theaters Krefeld-Mönchengladbach kennengelernt. Wir kamen ins Gespräch, bei dem ich ihm von meinen verschiedenen Theaterarbeiten erzählt habe, die seit vielen Jahren immer auch eine Bezugnahme auf die kurdische Gesellschaft haben. Kurz danach hat er mir geschrieben und mich gefragt, ob ich mir vorstellen könne, ein Stück zu den Êzîdinnen und Êzîden zu machen. Zu den Êzîd*innen allgemein habe ich erst einmal gesagt, dass ich das nicht kann bzw. nicht möchte. Es geht nicht, als »Nicht-Êzîdin« ein Stück zu den Êzîd*innen zu machen, völlig unmöglich. Aber zu einem Ausschnitt und zu einem wesentlichen Ereignis in der êzîdischen Geschichte, dazu könnte ich mir sehr wohl vorstellen ein Stück zu entwickeln, und zwar zu der Wende bzw. dem Aufbruch 2014, nachdem die kurdische Befreiungsbewegung einen humanitären Korridor in den Şengal errichtet hatte nach den barbarischen Angriffen des Islamischen Staates (IS); zu diesem Ereignis und den durch dieses Ereignis hervorgegangenen Veränderungen und Entwicklungen, das würde mich interessieren, und das könnte ich mir vorstellen. Und er hat gesagt, okay, machen wir. Für mich war von Anfang an klar, dass ich mit Schauspieler*innen aus dem Ensemble des Theaters Krefeld arbeiten musste und ich nicht meine eigenen Leute der Volksbühne Basel mitbringen konnte, dass die Schauspieler*innen von Krefeld – die bis dahin noch nie in Berührung mit der Situation in den kurdischen Gebieten, mit dem Şengal, mit der Geschichte der Êzîd*innen gekommen waren –, dass wir als Voraussetzung, um das Stück zu erarbeiten, gemeinsam in den Şengal fahren müssen. Das Theater hat dazu Ja gesagt.

Das Stück spielt in der Reihe außereuropäisches Theater. Eigentlich ist es in dem Format bis dahin so, dass Regisseurinnen und Regisseure aus anderen außereuropäischen Ländern eingeladen werden und ein bestehendes Stück aus ihrem Land am Theater mit dem Ensemble inszenieren. Dass die am Stück Beteiligten nun ins Land fahren, ist zum ersten Mal die Bewegung in die andere Richtung. Weitere Voraussetzungen für mich waren, dass die Protagonistin eine kurdische oder êzîdische Schauspielerin sein muss und natürlich kurdisch-êzîdische Musiker*innen – diese und die Protagonistin konnte ich dann als Gäste mit ans Theater bringen. Die Stückentwicklung ist daher eine Koproduktion der Volksbühne Basel und des Theaters Krefeld-Mönchengladbach in Zusammenarbeit mit dem Dachverband des êzîdischen Frauenrates e.V.

Der verheerende Angriff des Islamischen Staates (IS) auf die êzîdische Bevölkerung im August 2014 jährt sich dieses Jahr zum 5. Mal. Mit deinem Ensemble bist du ins Şengal-Gebiet gereist. Was hattest du

für einen Eindruck von der Reise und wie hat dieser Eindruck sich auf das Stück ausgewirkt?

Wir, also die Theatertruppe, waren die erste deutsche Delegation, die im Şengal war. Wir hatten nur wenig Zeit, da die Schauspieler*innen aus Krefeld ja ständig eingebunden sind, und hatten im Şengal selbst nur 3 Tage. Aber diese 3 Tage waren so voll wie sonst vielleicht 3 Wochen. Vor den Tagen im Şengal waren wir noch in Laliş gewesen.

Für die Theatergruppe war die Reise sehr wichtig. Niemand von ihnen war vorher in den kurdischen Gebieten gewesen, geschweige denn mit der kurdischen Bewegung in Berührung gekommen. Sie kannten eigentlich nur die in Deutschland regelmäßig stattfindenden Demonstrationszüge und Kundgebungen der Kurd*innen und die nur aus der Ferne. So war diese direkte Begegnung, in Berührung mit den Menschen vor Ort zu kommen, sehr wichtig, sowohl mit der Zivilbevölkerung als auch mit den Frauen und Männern der Selbstverteidigungseinheiten. Es war auch sehr lehrreich. Eine Schauspielerin sagt am Ende des Theaterstückes: »Vor der Reise war ich mir sicher, dass wir den Menschen dort etwas zu geben haben, etwas geben müssen. Später ist mir klar geworden, dass es genau andersherum war: Ich habe etwas bekommen, und zwar Mut. Den Mut der Frauen dort zur Veränderung, ihr Aufbruch hat eine ganz große Kraft.«

»Vor der Reise war ich mir sicher, dass wir den Menschen dort etwas zu geben haben, etwas geben müssen. Später ist mir klar geworden, dass es genau andersherum war: Ich habe etwas bekommen, und zwar Mut. Den Mut der Frauen dort zur Veränderung, ihr Aufbruch hat eine ganz grosse Kraft.«

Und das ging den anderen auch so – es begann eine intensive Auseinandersetzung mit einer anhaltenden Wirkung zu der ganzen Geschichte der kurdischen Bewegung. Und insbesondere zur Freiheitsentwicklung der Frau. Ich möchte ein Beispiel erzählen: Wir waren in Koço, ein großes êzdîsches Dorf, und wie man weiß, wurden 90 Prozent der Bevölkerung entweder ermordet – die Männer und die älteren männlichen Jugendlichen und älteren Frauen – oder verschleppt, vergewaltigt, missbraucht, versklavt – die Frauen und jungen Mädchen. Die männlichen Jugendlichen wurden als Kindersoldaten missbraucht. Wir haben das Dorf besucht, es ist komplett zerstört, damals waren die Massengräber noch nicht geöffnet worden. Zum Dorf kann man nur mit Begleitschutz fahren, und um nach Koço hineinzukommen, muss man einen Checkpoint passieren. Zwei Milizionäre, die das Dorf mit bewachen, haben uns in die Schule begleitet. Die Schule ist der Ort, wo die Dorfbevölkerung zusammengetrieben, gefangen gehalten und dann voneinander separiert wurde – auf dem Schulhof wurde der Bürgermeister, etwas weiter entfernt Hunderte von Männern erschossen. Die beiden Milizionäre gehören keiner politischen Gruppierung an, aber sie stammen beide aus Koço. Zum Zeitpunkt des Überfalls durch den IS waren sie nicht dort, daher haben sie überlebt. Beide haben ihre Familie verloren. Beide haben Schwestern, der eine konnte eine seiner Schwestern vom IS zurückkaufen, von allen anderen Schwestern haben sie keine Nachricht. Sie begleiteten uns in die Schule – vom Dach der Schule sieht man über ganz Koço, und wir kamen miteinander ins Gespräch. Für sie ist es ganz wesentlich, dass die erschossenen Dorfbewohner*innen exhumiert und nach den êzîdischen Riten bestattet werden und dass Koço wieder aufgebaut wird und die Schule zu einem Mahnmal wird – denn nie darf vergessen werden, was dort geschehen ist. Das legten sie uns sehr ans Herz. Sie bewachen den Ort – die Massengräber –, aber sie wollen nie wieder an diesem Ort leben. »Ich habe alles verloren, was ich hatte«, sagte einer von ihnen. Nach dem Besuch, als wir zurück auf der Hochebene im Şengal-Gebirge waren, gab es eine Gesprächsrunde und einer der Männer unserer Delegation, einer, der sonst viel redet und vieles erklärt haben will, um es einzuordnen, war auffallend ruhig. Erst nach einigen Stunden suchte er das Wort und meinte: Das Ausmaß der Gewalt, dieser Zerstörungsrausch habe ihn tief erschüttert, immer wieder kam ihm sein Großvater in den Sinn. Der war Soldat während des 2. Weltkriegs, und von ihm hörte er, wie Hitlers Truppen in Russland einmarschierten, die Dörfer in Brand setzen, die Frauen schändeten und eine Wüste des Grauens hinterließen. Das, was er nun hier in Koço und auch in Şengal-Stadt sieht, das Ausmaß der Zerstörung und Gewalt, macht ihn zutiefst betroffen – vor allem auch, weil er sich seit Koço immer wieder gefragt hatte, wie er gehandelt hätte, wenn er mit einem solchen Gewaltrausch konfrontiert gewesen wäre – der Blutrausch der Soldaten, der IS-Männer –, wäre er selber davor gefeit gewesen oder hätte er sich vom Sog mitreißen lassen? Und eine solche Frage hatte er sich noch nie selber gestellt, sondern war damit nur immer intellektuell, es von sich weisend, umgegangen. Und in Koço sei ihm das plötzlich in den Nacken gesprungen. Und jetzt hier muss er sagen, dass diese Gewalt und dieser Rausch etwas zutiefst Männliches ist, dass er sich das so noch gar nicht überlegt hatte, weil er noch nie in diesem Ausmaß, so real, damit konfrontiert war. Ein Heval (ein Freund in der kurdischen Befreiungsbewegung), ein Êzîde, der sich der Selbstverwaltung und Selbstverteidigung angeschlos-

sen hat und seit 4 Jahren im Şengal ist, stand auf und sagte, dass er genau versteht, von was er redet, und dass diese Auseinandersetzung eine ganz wesentliche Frage berührt, mit der er sich intensiv beschäftigt. Es gab ein sehr offenes und tiefes Gespräch, am Ende haben sich beide Männer umarmt – und das hallt natürlich nach und wirkt ins Jetzt hinein. Der Inhalt des Gesprächs wirkt weiter über den Şengal hinaus.

Solche und andere Begegnungen vor Ort haben die ganze Probenarbeit mit beeinflusst. Ebenso wichtig war mir, dass die Gruppe einen Eindruck vom Prozess der Selbstermächtigung, der Selbstverwaltung mitbekommt, denn das ist einer der wichtigen Inhalte im Theaterstück. Dass begriffen werden kann, was im Şengal passierte, dass es die kurdische Befreiungsbewegung war, die den Genozid verhinderte, durch die Öffnung des humanitären Korridors, und was seither für eine Wende eingesetzt hat. Wenn man v. a. über die allgemeine Berichterstattung beeinflusst ist, dann bleibt die Vorstellung dessen, was sich im Şengal entwickelt, bei der Vernichtung hängen. Das Bild eines zivilgesellschaftlichen Prozesses aber bleibt ganz abstrakt. Daher war es so wichtig, dass die Theatertruppe mit den zivilgesellschaftlichen Strukturen in Berührung kommt, dass die Vorstellung in die Hand kommt, sinnlich, fassbar, begreifbar wird – nur so stehen dann hinter den gesprochenen Texten auf der Bühne auch ganz konkrete Bilder.

Wir, das Team der Volksbühne Basel (eine unabhängige Theaterproduktionsgemeinschaft), waren zu dritt gemeinsam mit einer Übersetzerin im Januar/Februar und im November/Dezember 2018 im Şengal. Wir waren dort, um uns selber einen Eindruck zu machen, und im Wesentlichen, um mit ganz vielen verschiedenen Menschen zu sprechen. Der Kern des Stückes dreht sich um die Ereignisse im August 2014 und die seither einsetzende Entwicklung und Veränderung innerhalb der êzîdischen Gesellschaft. Den Menschen, die das erlebt haben, die am Wiederaufbau beteiligt sind, geben wir eine Stimme, daher haben wir sehr viele Interviews geführt. Aus diesem Material, den Interviews, ist der Text für das Theaterstück entstanden.

Erst bei der dritten Reise war das Ensemble des Theaters Krefeld und der Schauspieldirektor dabei. Natürlich war das eine


Volksbühne Basel

sehr kurze Reise für die Theatertruppe. Man muss dazu sagen, um überhaupt in den Şengal zu kommen, braucht man ein irakisches Visum. Das zu bekommen ist schon eine wirklich herausfordernde Aufgabe, die unendlich viel Beharrlichkeit und Geduld benötigt. Im Februar 2018 gab es 38 Checkpoints, die man passieren musste, Ende 2018 waren es ein paar weniger und bei der dritten Reise Anfang Januar 2019 ging die Reise bis Mosul relativ reibungsfrei, aber nach Mosul wurde es jedes Mal unheimlich schwierig. Immer wieder wurde versucht, uns den Weg in den Şengal zu versperren. Fadenscheinige Argumente wurden von den verschiedenen Verantwortlichen des jeweiligen Checkpoints angeführt, es würde um unsere Sicherheit gehen, die könnten sie nicht garantieren, und gleichzeitig natürlich genaue Befragungen, was wir machen, und dann wird immer der Geheimdienst eingeschaltet – ewiges Warten, er brauchte immer Stunden, bis er da ist, und spricht meist interessanterweise türkisch. Und dann, wenn wir endlich weiterfahren konnten, war nie mehr von Schutz oder Sicherheit die Rede. Fast jeder Checkpoint untersteht einer andern Milizeinheit, das sieht man an den verschiedenen Fahnen, und diese Fahrt durch ein komplett vom Krieg zerstörtes Land – ich meine den Irak –, das ist sehr erschütternd. Als wir im Januar 2018 durch Mosul fuhren (knapp drei Monate nach der Befreiung vom IS), sahen wir keine einzige Frau auf den Straßen, Bilder absoluter Verwüstung, brachiale rohe Gewalt. Diese ganze Fahrt von Hewlêr bis nach Şengal war eine Fahrt durch eine Wüste des Krieges. Und wenn man die Geschichte des Iraks kennt und dieses Ausmaß der Zerstörung, der Trostlosigkeit, der Agonie sieht und weiß, wie entwickelt dieses Land gewesen war, was die Bildung für eine Rolle spielte, wie reich es eigentlich noch immer mit seinem ganzen Öl ist. Und nichts mehr davon ist da, wenn man das physisch sieht, dass der Krieg (der Gebietsanspruch der internationalen Mächte) auf dem Rücken der Menschen ausgetragen wurde und wird, dann durchläuft man ein Wechselbad zwischen Entsetzen, unglaublicher Wut und Sprachlosigkeit. Auch wenn im Januar 2019 schon viel mehr Leben auf den Straßen war, durchlebten dieses Wechselbad alle Teilnehmer*innen der Theatergruppe. Niemand von ihnen war vorher den Folgen von Krieg so begegnet.

Das Ausmaß der Zerstörung ist im Şengal nicht anders, aber – und das ist sehr wesentlich – die Energie im Şengal ist komplett anders. Keine Trostlosigkeit und Agonie. Die Menschen strahlen etwas ganz anderes aus. Das Leben, die Hoffnung steht im Vordergrund, der Aufbruch ist spürbar und dadurch tritt die Zerstörung in den Hintergrund. In Şengal kommt nicht ein Kind, das bettelt, auf dich zu – in Mosul bist du ständig damit umgeben. Das zu erleben war unheimlich wichtig.

Die Zuversicht der Menschen vor Ort, ihre Entschlossenheit, für sich selbst einzutreten, ist überwältigend. Und das wurde auch immer wieder sehr direkt gesagt, es gibt eine unendliche Enttäuschung gegenüber der internationalen Gemeinschaft und den europäischen Staaten. »Warum lässt man uns so im Stich – was ist mit den viel beschworenen Menschenrechten? Sind wir keine Menschen?«, wird immer wieder gefragt! Es gibt keinerlei Hilfe, kein Cent der gespendeten Gelder kam im Şengal an, alles blieb in der autonomen kurdischen Region (unter Mesûd Barzanî). Der ganze Wiederaufbau, die Eröffnung der Schulen, die Infrastruktur, alles wird aus eigenen Kräften gemacht. Und es fehlt wirklich an allem. Aber die Menschen lassen nicht los, sie wissen, dass die Zermürbung, die Nichtunterstützung, auch eine Strategie der Vertreibung ist. Der IS hat alle Dörfer komplett vermint, aus eigenen Kräften (mit den Widerstandseinheiten YBŞ und YŞJ) werden die Dörfer entmint, denn die Bevölkerung will zurück in die Dörfer – sehr viele leben noch auf der Hochebene in den Zeltstädten.

Während in der Öffentlichkeit in Bezug auf den êzîdischen Genozid vor allem die Opferrolle der Frauen betrachtet wird, steht in deinem Stück die Kraft der êzîdischen Frauen im Vordergrund. Was möchtest du damit vermitteln?

Warum stelle ich die Macht der Frau ins Zentrum? Kaum jemand hatte von den Êzîdinnen und Êzîden gehört, bevor im August 2014 der Şengal vom IS überfallen wurde mit dem Ziel, die gesamte Glaubensgemeinschaft dort auszulöschen. In den Medien hörten wir vor allem von den Gräueltaten des IS und nach 2014 überwiegend über die êzîdischen Frauen, die vom IS geraubt, vergewaltigt und auf dem Sklavenmarkt verkauft wurden. Das Bild der Frau als Kriegsbeute, des geschändeten Opfers, wurde und wird so ein weiteres Mal verfestigt. Dieses von den Medien geschaffene Bild zementiert die Haltung, dass die vom Krieg betroffenen und geflüchteten Menschen, und vor allem die Frauen, hilflose Geschöpfe sind, sprich Opfer, sprich auf Hilfe angewiesen sind. Ich sage das nicht, weil ich das Leid, den Schmerz und das Grauen der Frauen und auch der Männer, die das erfahren haben, schmälern möchte, im Gegenteil, ich habe viel Mitgefühl, Trauer und Wut, empfinde eine große Solidarität mit ihnen. Aber die Perspektive zu wechseln finde ich wesentlich, denn nur die Selbstermächtigung und das Recht auf Selbstbestimmung, das Leben in die eigene Hand zu nehmen, kann Unabhängigkeit schaffen. Die êzîdische Frau hat in der Geschichte des Êzîdentums eine ganz wesentliche Rolle gespielt, und im Verlauf der letzten paar 100 Jahre wurde die Stellung der Frau vor allem im öffentlichen Leben, aber auch innerhalb der Familie, immer mehr zurückgedrängt. Die islamischen Glaubensgemeinschaften und Nationalstaaten, die die êzîdische Gemeinschaft umgaben, hatten einen großen Einfluss auf die êzîdische Kultur. Die Êzîd*innen waren immer wieder Genozidversuchen, Pogromen und Verfolgungen ausgesetzt. Aber dieser Ursprung und dieses tief verwurzelte

Wissen über die Kraft der Frauen, ich spreche nicht von einem intellektuellen Wissen, also nicht ein Wissen vom Kopf her, sondern eines, das im Körper, im Habitus verhaftet ist, das in Tradition, Erzählungen und Ritualen noch durchschimmert, das ist in Şengal sehr stark spürbar. Die Befruchtung, die es gab durch den Einfluss der kurdischen Befreiungsbewegung, über die Öffnung des humanitären Korridors von Rojava in den Şengal, also die Rettung von Hundertausenden Menschen, die auf dem Gebirgszug Şengal vom IS eingekesselt waren – die hat das wieder erweckt. Bei der Öffnung des Korridors waren ja auch viele Frauen dabei und die Êzîd*innen, die zuvor von der PDK, der irakischen Regierung und den internationalen Gemeinschaften im Stich gelassen worden waren, die sich von der Welt verraten fühlten, erlebten, wie die Frauen und Männer der kurdischen Befreiungsbewegung, die sie kaum kannten, kamen und sie retteten. Durch diese Verteidigung und Rettung ist eine Entwicklung in Gang gesetzt worden, die wir im Theaterstück als Aufbruch bezeichnen, deswegen heißt das Stück ja auch »Jin, Jiyan – der Aufbruch« – »Frauen, Leben – Aufbruch«. In der kurdischen Befreiungsbewegung ist die Befreiung der Frau und auch die Befreiung des Mannes eine ganz wesentliche bzw. der wesentliche Motor, die wesentliche Grundlage. Ein demokratischer Prozess ist ohne die Befreiung der Frau ja gar nicht denkbar, und das passiert im Şengal. Die Entwicklung im Şengal geschieht in einem hohen Tempo, weil die Situation, die Zerstörung von allem Raum freigesetzt hat und Energie. Dass es darin auch viele Schwierigkeiten gibt und dass vieles nach den ersten Schritten viel zäher läuft, als zuerst gedacht, gehört natürlich auch dazu – aber wir waren sehr beeindruckt davon, was in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit in einem komplett zerstörten Gebiet an Struktur aufgebaut wurde. Die zivilen Strukturen der Selbstverwaltung, Schulen, Gesundheitswesen, Ökonomie ... und das alles, wie bereits erwähnt, ohne Hilfe und abgeschnitten von Südkurdistan – und immer wieder auch von Rojava, da die irakische Regierung immer wieder auch die Grenzen schließt. Es gibt die Selbstverteidigungseinheiten der Frauen, die u. a. vom IS gefangene Frauen befreien. In den zivilen Strukturen sind die Frauen eigentlich die führende Kraft, und das in die Welt zu tragen und darüber zu sprechen, das ist mir ganz wesentlich, denn es macht Hoffnung, es macht Mut. Die Entwicklung, die im Şengal passiert, diese Selbstermächtigung der Frauen, der Gesellschaft, hat eine Bedeutung, die weit über den Şengal hinausgeht, und davon zu erzählen, das ist mir, ist uns wesentlich. Da steht nun mal die Frau im Zentrum. Ohne Frau keine Veränderung, keine Befreiung, ohne Frau gar kein Leben.

Am Ende des Stücks wird sich an die (deutschen) Zuschauer*innen gewendet und hierbei die Politik der Bundesregierung in Hinsicht auf die Kurd*innen hinterfragt und an die Verantwortung der Zivilgesellschaft appelliert. Was hat der Aufbruch in Şengal mit uns zu tun?

Bis August 2014 ist es immer unterlassen worden, der Stimme der êzîdischen Gemeinschaft Gehör zu verleihen. Weder bei der Staatsgründung des Iraks, die ja im Zuge der territorialen Verschiebung der Siegermächte nach dem 1. Weltkrieg geschah, noch bei den anderen Grenzziehungen noch bei der Gründung der Türkei, dem Vertrag von Lausanne, wurde die êzîdische Gemeinschaft berücksichtigt. Die Êzîd*innen sind eine der ältesten Glaubensgemeinschaften überhaupt auf unserem Planeten und diese Unterlassung, ihnen keine Stimme zu geben, damit haben die westlichen Regierungen wesentlich zu tun, und somit gibt es auch eine Verantwortung! Der andere Punkt ist, dass die Selbstverwaltungsstrukturen, die heute im Şengal aufgebaut werden, dass das Recht auf Existenz, das Recht auf Selbstbestimmung, das Recht einer eigenen Gesellschaftsstruktur nicht anerkannt wird. Die türkische Regierung hat ein großes Interesse, dass es diese Anerkennung nicht gibt. Die Türkei verfolgt Großmachtinteressen, Gebietsinteressen im gesamten mesopotamischen Raum. Und die Türkei könnte ohne die Unterstützung der westlichen Mächte, allen voran Deutschlands, diesen Krieg und diese Großmachtinteressen, ja überhaupt die Machterhaltung in der Türkei nicht aufrechterhalten. In Deutschland steht die kurdische Befreiungsbewegung auf der Terrorliste. Es war die kurdische Befreiungsbewegung, die die Êzîd*innen im Şengal vor der Vernichtung gerettet hat, es war die kurdische Befreiungsbewegung, die den humanitären Korridor eröffnet, die Hilfe vor Ort geleistet hat, die den IS zurückgedrängt und ihn militärisch besiegt hat. Ideologisch ist der IS noch überhaupt nicht besiegt, dafür müssten demokratische Strukturen vor Ort wie die im Şengal und z. B. Rojava anerkannt und unterstützt werden. Solange es hier in den westeuropäischen Ländern keinen Druck gibt, die Waffenlieferungen einzustellen, die Wirtschaftsbeziehungen einzufrieren, so lange wird sich die Türkei alles erlauben. Und sie ist die größte Gefahr vor Ort, denn sie hat ein großes Interesse an der Destabilisierung der Region, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Somit unterstützt sie auf unterschiedliche Weise die entsprechenden Kräfte. Und somit tragen wir hier als Zivilgesellschaft die Verantwortung. Wenn wir Fragen nach Humanität wirklich ernst meinen, dann liegt es an uns zu handeln und einen Druck auf die Industrie aufzubauen, es braucht ein absolutes Waffenembargo.

Der Mut der Menschen im Şengal zur Veränderung, der Mut, die Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen und sie nicht mehr an fremde Mächte zu delegieren, das hat auch etwas mit uns zu tun. Davon können wir viel lernen. Fragen nach dem »Was ist Wesentliches im Leben, was bedeutet es, basisdemokratische Strukturen aufzubauen, füreinander Verantwortung zu übernehmen, was meint Humanität wirklich ...?« sind



Volksbühne Basel

genauso Fragen an uns. Die Menschen im Şengal sind sehr tief mit den Fragen nach Humanität verbunden, Mensch und Natur stehen im Zentrum. Der Begriff »Humanität« ist bei uns komplett inhaltslos geworden, sich darauf wieder zu besinnen, die Dinge nicht mehr zu delegieren an die Politiker*innen, sondern die Verantwortung für Leben und Natur, für die Vielfalt, die unsere Gemeinschaften hier ausmacht, dies in die Hand zu nehmen und eine grundsätzliche Veränderung der bestehenden Verhältnisse in Gang zu setzen und daran auch wirklich zu glauben und zu dem vorzudringen, was wesentlich im Leben ist und sein kann. Zu verstehen, dass der Konsum und die Zeitgeschwindigkeit, der Wahnsinn, in dem wir uns befinden, und denen die Gesellschaften hier komplett unterworfen sind, verändert werden können – und müssen – das sind Punkte, die uns hier mit den Menschen in Şengal (und natürlich an vielen andern Orten auch) verbinden können.

Wo können Interessierte in Zukunft das Stück besuchen? Was gibt es für Vorstellungspläne?

Bei den bisher gespielten Vorstellungen hier in Mönchengladbach gab es ein sehr großes Echo des Publikums. Das Publikum war sehr durchmischt, Theatergewohnte und -ungewohnte Zuschauerinnen und Zuschauer, gemischt in Generation, Gender, Herkunft. Nach jeder Vorstellung gab es Diskussionsrunden, wirklich tolle Gespräche, das hat mich unheimlich gefreut. Und immer wieder wurde uns gesagt: »Ihr müsst mit dem Stück in die Welt hinaus«, und ja, das finde ich auch, und das wollen wir auch. Dafür braucht es Einladungen, Geld, Mittel usw. Das Stück wird ganz bestimmt in Krefeld ab Ostern 2020 wieder gespielt, und wir versuchen, in verschiedenen Städten Gastspiele zu bekommen. Erfahren kann man das über die Website der Volksbühne Basel (www.volksbuehne-basel.ch), da werden wir die Vorstellungstermine aufschreiben. Wir freuen uns natürlich auch wirklich über Vernetzung und Einladungen. ♦

***

Anina Jendreyko ist Schauspielerin und Regisseurin aus Basel und Mitbegründerin der Volksbühne Basel, einer interkulturellen freien Produktionsgemeinschaft für Theaterprojekte. Studiert hat sie an der Schauspielschule Max Reinhardt (UDK – Universität der Künste) in Berlin, danach folgten Engagements an verschiedenen Bühnen, z. B. in Frankfurt a. M., Stuttgart, Düsseldorf, Basel und Zürich. Sie lebte mehrere Jahre in der Türkei, den kurdischen Gebieten und in Griechenland und hat dort neben der Arbeit als Schauspielerin mehrere eigene Theaterprojekte aufgebaut.

Ursachen und Schäden der jüngsten Überschwemmung im Iran

Ein neues Umweltbewusstsein muss her

Ebad Rouhi (Assistenzprofessor für Internationales Recht, Rechtswissenschaftliche Fakultät an der Islamischen Universität Azad, Zweigstelle Sanandadsch, Kurdistan, Iran)

Einleitung

Hochwasser ist eine der Naturkatastrophen, die in den meisten Ländern der Welt jährlich Schäden verursachen. Die Ursachen variieren von Land zu Land. Der Iran verfügt über eine enorme Landfläche und unterschiedliche Klimazonen: von warm, trocken, Wüste über kalt und gebirgig bis hin zu gemäßigt und bewaldet. Es ist ein Gebiet mit vielfältigen jährlichen Naturgefahren. Überschwemmungen als Naturkatastrophe haben unterschiedliche Ursachen und führen gewöhnlich zu großen Schäden in den verschiedenen Gegenden des Iran. Die Gründe dafür können menschlicher Natur sein und weitreichende umweltzerstörerische Eingriffe im Namen der gesamtwirtschaftlichen Programme und nationalen Entwicklungspolitik des Landes oder auch durch den zusätzlichen Gebrauch von Ressourcen und Entwicklungsprogrammen ohne Rücksicht auf ökologische Erwägungen. Überschwemmungen können aber auch durch andere Faktoren verursacht werden, wie den Klimawandel und heftige und unvorhersehbare Regenfälle, was im Iran bislang beobachtet werden konnte.

Jedes Jahr gibt es Hochwasserschäden an Bauernhöfen, landwirtschaftlichen Flächen, Straßen, Dämmen und Brücken, was in einigen Fällen zum Tod vieler Menschen und Tiere führt und die Gesellschaftsstruktur beeinträchtigt und humane und finanzielle Verluste nach sich zieht.

Seit März 2019 sind die Menschen in einigen Städten und Regionen des Iran mit einer gewaltigen Flut konfrontiert, die große Schäden an der Infrastruktur und Umwelt verursacht und den Tod vieler Menschen und die Zerstörung ihres Lebensunterhalts zur Folge hat. Diese Hochwasser setzten sich weiter fort und die Schäden sind so immens, dass eine Wiederherstellung und Reparatur nicht so bald möglich und eine Entschädigung der Opfer daher äußerst schwierig ist. Es gibt viele Gründe für die Überschwemmungen im Iran und sie variieren von einer Region des Landes zur anderen. Folglich unterscheiden sich die Auswirkungen und Schäden. Deshalb werden hier zunächst die Überschwemmungen im Iran historisch untersucht und anschließend die jüngste Überschwemmung sowie deren Ursachen und Schäden. Schließlich folgen einige Lösungsvorschläge zur Verhinderung von Überschwemmungen im Iran.

Historischer Überblick

Der Iran liegt in Westasien und grenzt an das Kaspische Meer, den Persischen Golf und den Golf von Oman. Mit über 81 Millionen Einwohnern ist er das achtzehnte der am dichtesten besiedelten Länder der Welt. Seine Fläche umfasst 1.648.195 km² und er ist somit das zweitgrößte Land im Mittleren Osten, weltweit liegt er an siebzehnter Stelle. Im Nordwesten grenzt er an Armenien und die Republik Aserbaidschan, im Norden an das Kaspische Meer, im Nordosten an Turkmenistan, im Osten an Afghanistan und Pakistan, im Süden an den Persischen Golf und den Golf von Oman und im Westen an die Türkei und den Irak. Seine zentrale Lage in Eurasien und Westasien sowie die Nähe zur Straße von Hormus verleihen ihm geostrategische Bedeutung. Teheran ist die Hauptstadt und die größte Stadt und das führende ökonomische und kulturelle Zentrum. Mit elf von dreizehn Klimazonen ist das iranische Klima vielfältig und entlang der kaspischen Küste und der nördlichen Wälder von trocken und halbtrocken bis subtropisch. Am nördlichen Rand des Landes (der kaspischen Küstenebene) fallen die Temperaturen selten unter den Gefrierpunkt und die Gegend bleibt für den Rest des Jahres feucht. Sommertemperaturen überschreiten selten 29° C. Die jährliche Niederschlagsmenge beträgt im östlichen Teil der Ebene 680 mm und im westlichen Teil mehr als 1700 mm.

Im Westen haben die Siedlungen im Zagros-Becken niedrigere Temperaturen, strenge Winter mit unterdurchschnittlichen Tagestemperaturen und starken Schneefällen. Das östliche und das zentrale Becken sind mit weniger als 200 mm Regen trocken und weisen gelegentlich Wüsten auf. Die durchschnittlichen Sommertemperaturen übersteigen selten 38° C. Die Küstenebenen am Persischen Golf und am Golf

von Oman im südlichen Iran haben milde Winter und sehr feuchte und heiße Sommer. Der jährliche Niederschlag reicht hier von 135 bis 355 mm.

Im Allgemeinen gibt es im Iran viele Naturgefahren, die sich aus den spezifischen Bedingungen aufgrund geologischer, ökologischer und menschlicher Einflüsse ergeben. Zu den Umweltbelangen zählen Naturgefahren wie Dürren und Überschwemmungen, Staub- und Sandstürme, Erdbeben entlang der Westgrenze und im Nordosten – zu den aktuellen Themen zählen die Luftverschmutzung insbesondere in städtischen Gebieten durch Fahrzeugemissionen, Raffineriebetriebe und industrielle Abwässer; Entwaldung, Wüstenbildung, Ölverschmutzung im Persischen Golf; Verluste von Feuchtgebieten durch Dürre; Qualitätsminderung der Böden (Versalzung), unzureichende Trinkwasserversorgung in einigen Gebieten; Wasserverschmutzung durch ungeklärte Abwässer und Industrieabfälle; Urbanisierung. Neben den oben genannten Bedrohungen ziehen sich Überschwemmungen als Naturgefahren durch die iranische Geschichte. Die Schutzräume in alten Städten neben den Flüssen sind Beispiele dafür.

Entlang des Tals von Haraz sind an manchen Stellen in die Berghänge getriebene Höhlen zu sehen. Diese Höhlen, die in der Vergangenheit menschlicher Lebensraum waren (und sogar noch immer zur Viehhaltung genutzt werden), sind in allen Höhenlagen mehrere hundert Meter vom Flussbett entfernt erkennbar. Es ist klar, dass sich der Grund des Flussbetts im Laufe der Zeit gesenkt hat, aber sicherlich wurden diese Behausungen von Anfang an, obwohl das Wasser für die Menschen leicht erreichbar ist, in größerer Entfernung zum Wasser gebaut. Mit anderen Worten, die Erfahrung oder das Wissen der Menschen lehrte sie vor Hunderten von Jahren, dass ruhiges Wasser manchmal sehr wütend und gefährlich sein kann und dass seine Nähe respektiert werden sollte.

Es gab im Iran in den letzten Jahrzehnten viele zerstörerische Überschwemmungen, die verschiedenste Schäden im Leben der Bevölkerung verursachten.

Die iranische Bevölkerung betrachtete die Hochwasser im Norden des Landes als die katastrophalsten, aber die Überschwemmung auf dem Tadschrisch-Platz in Teheran am 26. Juli 1987 ist aufgrund ihrer Todesopfer die nächstverheerendste im Land. Sie ereignete sich im Norden Teherans aufgrund starker Regenfälle und Überflutungen in den Tälern von Darband und Goladdareh. Was jedoch die Flutschäden noch verschlimmerte, war der Bruch eines weiteren am Goladdareh gebauten Staudamms. Plötzlich floss eine riesige Wassermenge zum Tadschrisch-Platz und zur Schariati-Straße und in die umliegenden Gebiete.

Kurz danach ergoss sich eine riesige Flut des Goladdareh und zerstörte auf ihrem Weg den Damm und beförderte Hunderte Tonnen Schlamm und Geröll von den Flüssen Goladdareh und Dschafarabad zum Tadschrisch-Platz. Auch die Überschwemmungen von Neka und Masuleh in den 90er Jahren, die Kuhdascht-Überschwemmung von Lorestan, die von Qom und Behschahr sowie die Überschwemmungen von Teheran und Ilam vom letzten Jahr führten in den letzten drei Jahrzehnten zum Tod von mehr als 300 Menschen.

Zerstörerische Hochwasser im Iran:

Flut	Jahr	Verstorbene
Golestan I	2001	über 500 Tote und Vermisste
Tadschrisch	1987	über 300 Tote und Vermisste
Neka	1999	über 60 Tote und Vermisste
Masuleh	1998	57 Tote
Golestan II	2002	50 Tote
Teheran & Mazandaran	2015	28 Tote
Bazaft & Schahrekord	2008	14 Tote
Ilam	2015	8 Tote
Qom	2009	7 Tote

Die verheerende Flut von Golestan am 11. August 2001, die stärkste Flutkatastrophe des Landes, führte zum Tod und zum Verschwinden von mehr als 500 Menschen. Das Ausmaß der Zerstörung durch die Überschwemmungen ist ausschließlich auf die Vernichtung von Wäldern und Weiden im flussaufwärts gelegenen Einzugsgebiet des Flusses Gorgan, etwa 5000 Quardratkilometer, zurückzuführen. Die Vereinten Nationen erklärten im August 2001, die Überschwemmung in Golestan habe die weltweit höchste Zahl an Flutopfern in jenem Jahr aufgewiesen. In ihrer Folge wurden Tausende Tonnen Ackerboden bewegt und füllten das Reservoir des Golestan-Damms. Zehntausende toter Tiere im Stausee sowie die Ausbreitung der Cholera unter den Hochwasseropfern vervielfachten die Katastrophe. 2002, 2003 und 2005 wiederholte sich die Überschwemmung von Golestan pünktlich zum Jahrestag der ersten Flut und führte zum Tod von mehr als 100 Menschen.



Im März 2019 wurde der Iran mit einer der zerstörerischsten Überschwemmungen der Gegenwart konfrontiert. Foto: ANF

Nach dem starken Regen, der am 19. Januar 2017 im südlichen Teil von Sistan und in der iranischen Provinz Belutschistan eingesetzt hatte, traten saisonale Flüsse über die Ufer und anschließend wurden 15 Haupt- und Nebenstraßen in dieser Provinz gesperrt. Etwa 3000 Häuser wurden in den Gebieten Iranschahr, Sarbaz, Nikschahr, Konarak und anderen Regionen beschädigt. Wegen des benachbarten Flusses wurden drei Dörfer komplett evakuiert und wegen des übergelaufenen Kaju-Flusses waren 8000 Einwohner der Dörfer in der Region Saburak nicht zu erreichen.

Am Freitag, dem 14. April 2017, kam es im Nordwesten des Iran zu einer großen Überschwemmung. Nach Angaben der Meteorologischen Organisation betrug der durchschnittliche Niederschlag etwa 40 mm, was als beispiellos für die vorangegangenen 15 Jahre galt. Die Zahl der Opfer betrug 48, die höchsten Verluste wurden aus Adschabaschir und Azarschahr gemeldet.

Ab Donnerstag, dem 10. August 2017, kam es in fünf iranischen Provinzen zu Überschwemmungen. Starke Regenfälle in den Provinzen Golestan, Gilan, Razavi-Chorasan, Nord-Chorasan und Semnan führten zu Überflutungen und zum Tod von 14 Menschen, einer in der Provinz Nord-Chorasan, vier in Golestan und neun in Razavi-Chorasan. In Letzterer und auch in Nord-Chorasan werden vier Menschen vermisst, eine Person starb.

Am Freitag, dem 5. Oktober 2018, setzte erneut heftiger Regen ein. In den Städten der Provinzen Nord-Chorasan, Mazandaran, Golestan und Gilan gab es eine große Flutwelle und durch heftige Regenfälle starben mindestens neun Menschen.

Im Frühjahr 2019 wurden die an den Flüssen Ghareh Sou und Gorganrud gelegenen Städte Gonbad Kawas, Gomischan, Bandar Turkmen und Agh Qala schwer getroffen. Darüber hinaus erlitten die östlichen Städte Mazandaran und Schiraz in Fars schwere finanzielle Verluste und es waren insgesamt 39 Tote zu beklagen.

Die Flut 2019

Im März 2019 wurde der Iran mit einer der zerstörerischsten Überschwemmungen der Gegenwart konfrontiert. Sie ereignete sich aufgrund natürlicher und klimatischer Faktoren wie jahrzehntelanger Dürre und Entwaldung, des Dammbaus und des Gebrauchs von Flussbetten zur Urbanisierung, der landwirtschaftlichen Nutzung und Ölprojekten. Die Flut erfasste 28 Provinzen und etwa 70 Prozent des iranischen Territoriums, am heftigsten Chuzestan, Golestan und Lorestan. Es gab auch viele Verletzungen in den Provinzen Kermanschah, Nord-Chorasan, Mazandaran, Sistan und Belutschistan, Fars, Ilam und Kurdistan.

Die Überschwemmung in Schiraz verursachte überflutete Straßen und Autos in verschiedenen Teilen der Stadt wurden davon eingeholt. Innerhalb von zehn Minuten wurden entlang des Koran-Tores am Anfang der Straße Teheran–Schiraz wegen Starkregens etwa 200 Autos mitgerissen. Das forderte 22 Menschenleben und mehr als 190 Verletzte.

Das Ansteigen des Alvand-Flusses in Sarpol-e Zahab hat zu Problemen im Alltag der örtlichen Einwohner geführt, die seit dem Erdbeben in Kermanschah in Zelten und anderen Behausungen leben. Hier wurde eine Person in einem der Dörfer getötet und am Flussufer bei Harsin am 4. April die Leiche einer anderen Person gefunden.

Als Folge des Dammbruchs und der Überschwemmung in den Dörfern von Arvandkenar starben zwei Kinder im Alter von drei und sechs Jahren im Zentrum Arvandkenars am Qasr-Bach. Das Hochwasser in diesem Gebiet wurde durch die Meeresgezeiten und durch überflutete Flüsse in den Dörfern verursacht. Auch nach der Freisetzung von Stauwasser am Oberlauf des Karun nahm das Volumen dieses Flusses im stromabwärts gelegenen Abschnitt von Chorramschahr in unvorstellbarem Maße zu.

Bei der ersten Flutwelle in Lorestan kamen fünf Menschen ums Leben. Mit Beginn der zweiten Welle am 1. April erlitt die Provinz schwere Verluste wie Erdrutsche und das Versinken von Teilen Horramabads, Maamoulans und Poldochtars. Wenige Tage später bedeckte das Hochwasser die Siedlungen und Dörfer um Poldochtar und die Zahl der Todesopfer in der Provinz stieg auf 15 (fünf Menschen in der ersten Welle und zehn in der zweiten). Lorestan hatte unter den Provinzen des Iran mit etwa 256 Verletzten die höchste Opferzahl.

Die Provinz Ilam erlitt in der letzten Märzwoche mehr Schaden, und am 1. April waren die Telefonverbindungen für Stunden unterbrochen.

Extremregen verursachte in einigen Vierteln von Bandar Abbas Überschwemmungen; als Folge dieses Regens wurde in der Peripherie der Stadt auch das Wasser verunreinigt.

Regenfälle vom Nachmittag des 30. März bis um Mitternacht am 1. April führten zu einer Überflutung des Choskehroud-Flusses in Arak und in der Folge waren mehrere Dörfer am Rande der Feuchtgebiete von Mighan betroffen. Die Überschwemmungen in Arak haben zu schweren finanziellen Schäden für die Bewohner der Städte Arak und Komischan geführt und mehrere Dörfer mussten evakuiert werden.

Ursachen der Überflutung

Obwohl Überschwemmungen als Naturkatastrophen eingestuft werden, treten im Iran mehr dieser Ereignisse auf als natürlicherweise üblich, was auf die unangemessene menschliche Beeinflussung zurückzuführen ist. Die Überschwemmung von 2009 in Qom war nur ein Beispiel dafür. Die Zerstörung von Wäldern und Weiden, das übermäßige Weiden von Vieh oberhalb von Talsperren und das Einbetonieren der dominierenden Flüsse des Landes sind weitere Gründe für die Zunahme der Überschwemmungen im Land. Entwalden, Stauen, bauliche Anlagen in den Flussbetten und Straßenbau in diesen Gebieten gelten als menschliche Eingriffe. Entwaldung und Sedimentablagerungen in Flüssen waren die Ursachen für die jüngsten Überschwemmungen im Nordiran.

Das von trockenen und halbtrockenen Klimabedingungen bestimmte iranische Territorium ist immer in Hochrisikogebiete unterteilt. Die Niederschlagsmenge beträgt weniger als ein Drittel des Weltdurchschnitts. Die zeitliche und räumliche Verteilung der Niederschläge im Lande ist nicht vergleichbar mit anderen Regionen, z. B. gemäßigten. Verschiedene Ursachen führen zu regional unterschiedlichen Überschwemmungen, von denen im Iran die meisten aus den folgenden Gründen auftreten:

1. Natürliche und klimatische Faktoren

Die meisten Niederschläge fallen im Iran im Winter und in den westlichen Regionen auch im Frühjahr. Das Eindringen feuchter Luftmassen im Frühjahr kann zu einer gewaltigen Niederschlagsmenge führen, die der eines ganzen Jahres in einer Region entspricht, z. B. 50 mm während einer Regenzeit in Lorestan. Diese Niederschläge haben nach zwei Jahrzehnten Dürre viele Probleme bereitet.

Das Auftreten von Überschwemmungen, d. h. hoher Niederschlagsmengen über einen kurzen Zeitraum, ist das Ergebnis der Ankunft feuchter Luftmassen aus dem Westen und Südwesten. Überschwemmungen sind die Folge einer plötzlichen Zunahme des Flusswasservolumens aufgrund von Niederschlägen oder anderen unmittelbaren Phänomenen wie plötzlicher Schneeschmelze oder Dammbruch. Die geografischen Bedingungen des Iran, wie hohe Hanglagen, Mangel an Vegetation und Weiden sowie Niederschläge, können die Wahrscheinlichkeit von Überschwemmungen vergrößern. Klimaphänomene wie Niederschläge in Trockengebieten folgen keinem festen Zeitplan und können sich wiederholen. Die Tatsache, dass sie von einer langen Dürreperiode begleitet wird, kann dazu führen, dass Hochwassermanagement und Überraschungsmoment vergessen werden.

2. Menschliche Faktoren

Die meisten Städte im Iran, besonders im Westen und Nordwesten, liegen an Hängen und in Tälern. In flussabwärts gelegenen Gebieten wie Chuzestan, als Schnittpunkt der großen Flüsse im westlichen Teil des Iran, führt das aufgrund des großen Gefälles der Ebene und der geringen Höhe des Gebietes zu einer Umverteilung des Wassers und damit zu Überschwemmungen.

Der Norden des Iran hat eine Niederschlagsmenge von etwa 2000 (in Gilan) bis 450 Millimeter (in Golestan). Aufgrund dessen gibt es in diesen Gebieten Wälder, die im Hinblick auf die Vielfalt der Ökosysteme einzigartig in der Welt sind. Eine der wichtigen Aufgaben dieser Wälder ist die Kontrolle des Oberflächenwassers, das von den Nordhängen des Elburs-Gebirges zum Kaspischen Meer fließt. Nach den Dürren des letzten halben Jahrhunderts wurde der Nordiran von denen besiedelt, die man als Klima-Migranten bezeichnen könnte. Die Zunahme der Bevölkerungszahl in dem Gebiet erhöhte den Bedarf an Wasser und Wohnraum drastisch, so dass ein Teil der Wälder abgeholzt wurde, die Flussufer den städtischen Gebieten angegliedert wurden. Um die nördlichen Städte mit Wasser zu versorgen, begann die Regierung mit dem Bau von Dämmen zwischen dem Elburs-Gebirge und dem Kaspischen Meer.

Aufgrund der genannten Faktoren hat sich die Fläche der nördlichen Wälder von 3,4 auf 1,8 Millionen Quadratmeter verringert. Holzentnahme, Bebauung im Wald und Überweidung im Norden des Iran haben hier zu zahlreichen Überschwemmungen geführt. Golestan hat mehr Überschwemmungen erlebt als die beiden anderen nördlichen Provinzen, Gilan und Mazandaran.

Die wachsende städtische Bevölkerung und damit verbundene umfangreiche Bebauung der Flüsse und der Gebiete mit reguliertem Flussbett führen dazu, dass die Flüsse nicht genügend Platz haben, um das Hochwasser abzuleiten, so dass das Wasser durch die Straßen und Gassen fließt.

Der Dammbau zur Trinkwasser- und Energieversorgung für Landwirtschaft und Industrie, unabhängig von ihren ökologischen Folgen, hat Natur und Menschheit im Iran enorm geschadet. In diesem Zusammenhang können der Uromiyeh-See und der Gavkhoni-Sumpf gesehen werden. Der Dammbau hat die Flüsse und viele Seen (z. B. in Uromiyeh) und Feuchtgebiete tatsächlich seit vielen Jahren ausgetrocknet und aufgegeben.

Baumaßnahmen in Flüssen, das Ausbaggern der Flussbetten und die Zerstörung des natürlichen Gefälles haben den Raum zur Entlastung des Hochwassers eingeschränkt und es in Wohnungen, Geschäfte und Straßen geleitet. Fluss- und Bachbetten schrumpfen später und werden vollständig in Beschlag genommen. Hier werden jetzt urbane Bauten wie Straßen, Wohnhäuser und Tourismusanlagen errichtet. Prominente Beispiele sind die grünen Täler im Norden Teherans wie Ken, Farahzad und so weiter. Das Tal neben dem Koran-Tor in Schiraz wurde aufgefüllt und in einen Boulevard verwandelt; somit wurde dem Wasser der Weg versperrt, was im März 2019 zu Überschwemmungen und großen Schäden führte.

Während der jüngsten Flut in der Provinz Golestan hat der Überlauf von Dämmen dazu geführt, dass große Überschwemmungen in städtische und ländliche Gebiete gelangten. Trotz Vorhersage des iranischen Meteorologischen Instituts hat das Versäumnis, rechtzeitig die Schleusen der Dämme zu öffnen, schwere Schäden in diesen Gebieten verursacht.

Die Staudämme des Iran wurden unter dem Vorwand gebaut, die Wassergeschwindigkeit zu kontrollieren oder Ölprojekte auf niedrigem Niveau zu realisieren (z.B. in Huralazim in Chuzestan), sie verursachten aber tatsächlich Überschwemmungen und Staubstürme als eine der größten Umweltkrisen des Landes. Im November 2015 hieß es in einem Bericht der Zeitung »Shargh«, dass 700 Staudämme im Iran ohne Bedarfsanalyse errichtet worden seien.

Waldboden ist locker und wenn die Bäume gefällt werden und der Wald zerstört wird, verschwindet der Bodenwiderstand und das Erdreich wird leicht über abschüssiges Gelände in die Flüsse geschwemmt. Als Ergebnis dessen steigt die Konzentration der Flusssedimente und das führt zu großen Katastrophen, da das Hochwasservolumen zunimmt und die wildere Wasserströmung Tiefe und Fläche der Überflutungen vergrößert.

Eisenbahnlinien wie die Teheran–Norden und Teheran–Tabriz, die in der Vergangenheit trockengelegt wurden, queren viele Wasserläufe, das heißt, sie wurden beim Bau der Linien mit einer Brücke überbaut, um das Wasser nicht zu blockieren. Doch auf der Strecke Aghghala gab es keine Brücke und das Hochwasser konnte nicht abfließen, so dass die Flut verschärft wurde.


ANF

Hochwasserschäden

Das Internationale Rote Kreuz teilte mit, dass zehn Millionen Menschen von den jüngsten Überschwemmungen im Iran betroffen seien und mindestens zwei Millionen von ihnen humanitäre Hilfe benötigten. Der Sprecher der iranischen Krisenmanagementorganisation erklärte, 259 Städte und 5148 Dörfer seien betroffen. Nach Angaben des iranischen Gesundheitsministeriums starben 78 Menschen, 1173 wurden verletzt und etwa 300.000 vertrieben.

Dem stellvertretenden Landwirtschaftsminister des Iran zufolge sind etwa eine Million Hektar bebaute Fläche von Überschwemmungen heimgesucht worden, von denen etwa 55 Prozent zu 25 bis 55 Prozent geschädigt wurden. Etwa 250.000 Hektar landwirtschaftlicher Produktionsfläche und etwa 150.000 Hektar Gartenland seien zerstört und mehr als 6000 Geflügel- und etwa 100 Fischproduktionseinheiten beschädigt.

Der Minister für Straßenbau und Stadtentwicklung des Iran verlautbarte, dass etwa 150.000 Wohneinheiten in Stadt und Dorf beschädigt worden seien, wobei 50.000 Einheiten wieder aufgebaut, 100 Einheiten repariert und restauriert werden müssten. Außerdem seien mehr als 14.000 Kilometer Haupt-, Vorort- und Landstraßen an mehr als 6800 Stellen und über 10.000 technische Bauten beschädigt sowie 725 Brücken vollständig zerstört worden.

Nach Angaben der Medien vom 5. April 2019 starben bei der Flut im April 2019 gut 50 Menschen in den südlichen und westlichen Provinzen: 21 in Schiraz, 3 in Nordchorasan, 2 in Kohgiluyeh und Boyerahmad, 15 in Lorestan, 5 in der Provinz Hamedan, 2 in Kermanschah, 1 in Chuzestan, 1 in der Provinz Semnan und 1 in Razavi-Chorasan. Darüber hinaus starben während der Überschwemmungen in Golestan und Mazandaran 8 bzw. 5 Menschen. Der iranische Innenminister bezifferte die jüngsten Hochwasserschäden im Iran mit 30 bis 35 Billionen iranischen Rial (IRR), 25 Provinzen und mehr als 4400 Dörfer im Land seien überflutet worden. Das Energieministerium teilte mit, dass die jüngste Überschwemmung Schäden an Energieversorgungseinrichtungen in den Bereichen Wasser und Elektrizität von 2100 Milliarden IRR verursacht habe und auch die Stromversorgung von 2352 Dörfern unterbrochen worden sei.

Laut iranischer Rechtsmedizin starben bei den jüngsten Überschwemmungen im Land 76 Menschen.

Präventivmaßnahmen

Es gibt viele Möglichkeiten, Überschwemmungen zu verhindern, die entweder zusammen oder einzeln genutzt werden können. Im Hinblick auf die jüngsten Überschwemmungen im Iran und die Beeinflussung der Umwelt durch den Menschen können diese Lösungen benutzt werden, um Hochwasserschäden zu verhindern oder zu mindern:

- bessere Hochwasserwarnsysteme einführen;
- Häuser modifizieren, damit sie Hochwasser standhalten;
- Feuchtgebiete schützen und Baumpflanzungen strategisch anlegen;
- Flüsse in ihren natürlichen Verlauf zurückversetzen;
- Bodenbeschaffenheit verbessern;
- mehr Hochwasserschutzwände errichten;
- Bäume anpflanzen und die Anbauflächen um die Dörfer und ländlichen Regionen herum ausweiten;
- die Zerstörung und das Abholzen von Waldbäumen verhindern und Weideflächen schützen;
- Warnsysteme einrichten und über Überschwemmungen und deren Erosion öffentlich aufklären;
- die Landnutzungsregeln ändern und Entwaldung und auch die Veränderung der Waldgebietsnutzung verhindern;
- freiwillige und professionelle Hilfsgruppen ausbilden;
- ernsthafte Überprüfung der Bevölkerungs- und Verteilungspolitik;
- Überprüfung der Anbaumuster unter Berücksichtigung der nationalen Ernährungssicherheit auf Grundlage der Verfügbarkeit regionaler Ressourcen und der wirtschaftlichen Effizienz;
- Wassernutzungsrechte in allen Bereichen kontrollieren und überwachen;
- das Wassermanagement verbessern und die Umweltorganisation stärken;
- die Umweltkultur der Gesellschaft bilden, trainieren und stärken;
- Verpflichtung des Staates und der Privatwirtschaft, bei jedem Projekt regelmäßig eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Fazit

Eine der wichtigsten Lehren, die aus der jüngsten Überschwemmung im Iran gezogen werden kann, ist die Notwendigkeit einer gründlichen Revision des Denkens im Hinblick auf das Instrumentarium für das Wassermanagement und auf die zerstörerischen Auswirkungen menschlicher Eingriffe auf die Vergrößerung des durch Naturgefahren verursachten Schadens, vom Austrocknen von Feuchtgebieten und Seen bis hin zur Staubzunahme aufgrund von geringerer Bodenfeuchtigkeit am Unterlauf von Staudämmen und bis zu Tausenden anderen Gefahren. Die menschlichen Eingriffe haben die Toleranz verschiedener geografischer Regionen erheblich verringert. Als ob die Niederschlagshäufigkeit gering wäre, sind die Dürreeffekte so groß, als habe die Dürre zehn Jahre gedauert. Die jüngste Überschwemmung zeigt uns, dass die Umweltzerstörung durch Abholzung, übermäßige Beweidung, Änderung von Flussverläufen, Siedlungsbau im Flussbett und am Flussufer, Wasseraustausch zwischen Einzugsgebieten, fehlende Umweltverträglichkeitsprüfung für Entwicklungsprojekte, Dammbaupolitik und zunehmende Grundwasserausbeutung alles Leben zerstören und den Lebensraum gefährlich und unsicher machen können. ♦

Ein Fazit der Öcalan-Lesereise in Deutschland

Öcalan lesen, nicht nur über ihn reden

Ein Gespräch mit Reimar Heider, Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«

Reimar Heider, Übersetzer und Mitarbeiter der Internationalen Initiative »Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan« führt ein in die Welt des Philosophen und Theoretikers Abdullah Öcalan. Er stellte den im März im Unrast-Verlag in deutscher Übersetzung erschienenen zweiten Band von Öcalans »Manifest der demokratischen Zivilisation« vor: »Die kapitalistische Zivilisation – Unmaskierte Götter und nackte Könige«. Darin analysiert Öcalan die kapitalistische Moderne und übt fundamentale Kritik am Kapitalismus. Die Ideen dahinter inspirieren eine Freiheitsbewegung und bergen revolutionäre Sprengkraft – nicht nur in Rojava, sondern zunehmend auch in Europa. Von März bis Ende Mai tourte Reimar Heider mit Abdullah Öcalans »Die kapitalistische Zivilisation« durch Deutschland und die Schweiz, um ihn vorzustellen. Die Redaktion des Kurdistan Report sprach nun mit ihm über seine Eindrücke während der Öcalan-Lesereise.

Du hast nun eine Tour durch ganz Deutschland hinter dir, auf der du den neuen zweiten Band vorgestellt hast. Wie viele Städte hast du besucht und auf welches Interesse bist du gestoßen?

Ich war in sechsundzwanzig Städten in Deutschland und der Schweiz und habe insgesamt achtundzwanzig Veranstaltungen gemacht. Das Interesse war insgesamt groß; Öcalan ist als Autor mittlerweile bekannter als noch vor ein paar Jahren. Inzwischen kommen viel mehr Menschen, die nicht kurdischer Abstammung sind. Allerdings war in vielen Städten die Teilnahme auf das direkte Umfeld der organisierenden Gruppe beschränkt.

Um welche Fragen drehten sich die Diskussionen während deiner Lesungen? Sind bestimmte Fragestellungen in allen Städten hervorgetreten?

Es gibt ein großes Interesse an der Revolution in Rojava und dem Zusammenhang mit Öcalans Büchern. Viele Nachfragen kamen auch zu Öcalans Kapitalismusbegriff, der an den des französischen Historikers Fernand Braudel angelehnt ist, der im deutschsprachigen Raum recht unbekannt ist. Besonders häufig kamen aber auch Fragen zum Begriff des »Personenkults«. Ich habe dann immer zurückgefragt: »Was soll das eigentlich sein? Und gegen wen richtet sich diese Kritik eigentlich? Gegen Öcalan?« Ich denke, wenn Menschen sich wundern, warum sich so viele Kurdinnen und Kurden so positiv auf Öcalan beziehen, dann sollte man doch darüber mit ihnen ins Gespräch kommen, anstatt durch solch einen Begriff eine Mauer hochzuziehen. Öcalan organisiert ja keinen Kult um sich, er sitzt schließlich seit zwanzig Jahren in Isolationshaft!

»Deutschland hinkt hinterher, wie nicht zuletzt die aktuellen, absurden Bilderverbote zeigen. Trotzdem – oder vielleicht gerade deswegen – ist auch hier jenseits von HDP-Solidarität, Kobanê-Solidarität, Rojava-Solidarität, Kurdistan-Solidarität und Frauen-Solidarität ein besonderes Eintreten für die Freiheit von Abdullah Öcalan gefragt. Wir rufen alle dazu auf, örtliche »Freiheit für Abdullah Öcalan«-Komitees zu gründen oder zumindest die Freiheitskampagne zu einem zentralen Baustein jeglicher Solidaritätsarbeit zu machen.« **So deine Überlegungen zur neuen »Free Öcalan«-Kampagne vor zwei Jahren in unserer Zeitschrift. Hast du in diesem Kontext eine Veränderung wahrgenommen? Wird Öcalan selbst dank seiner Bücher zunehmend anders gesehen? Also nicht nur als Guerilla-Anführer, sondern als ein schreibender Politiker und Denker?**

In gewisser Weise erfolgt das automatisch, je länger die Zeit zurückliegt, in der er aktiv die Bewegung geleitet hat. Seit mittlerweile mehr als zwanzig Jahren wirkt er hauptsächlich über seine Bücher. Je mehr Menschen sie lesen – und das sind erfreulich viele –, desto mehr verstehen seine Bedeutung als Denker und Vor-Denker. Es gibt da eine erfreuliche Entwicklung: In einer Reihe von Städten haben sich Lesekreise gebildet, die *Jenseits von Staat, Macht und Gewalt* oder auch *Zivilisation und Wahrheit* und *Die kapitalistische Zivilisation* lesen. Ich finde diese Bücher dafür auch wunderbar geeignet, da sie viele vermeintliche Selbstverständlichkeiten hinterfragen und viel Anlass zur Diskussion bieten können. Lokale »Freiheit für Öcalan«-Komitees gibt es in Deutschland zwar noch nicht, aber ich denke, das ist ein nächster, logischer Schritt, der spätestens dann aktuell werden wird, wenn es wieder zu einem Dialogprozess oder anderen politischen Entwicklungen kommt.

Außerhalb von Deutschland existiert eine Reihe von Vorurteilen so gar nicht. Dort ist Öcalan vor allem als der Vordenker der Revolution in Rojava bekannt und wird viel mehr als Denker und Autor wahrgenommen als hierzulande.



Deine Öcalan-Lesereise hat im Schatten der andauernden Hungerstreikaktionen in den türkischen Gefängnissen stattgefunden. Wie stand es um die Vermittlung der Forderungen des Hungerstreiks?

Die Lesereise passte sehr gut zu den Hungerstreiks. Einen Abend lang über Öcalans Ideen und seine politische Rolle zu diskutieren, hilft dabei zu verstehen, warum er bei vielen Mensch solch ein immenses Ansehen genießt und warum seine Rolle derart wichtig ist. Das gilt sowohl für die Revolution in Rojava als auch für friedliche politische Lösungen im gesamten Mittleren Osten. Ich denke, die Veranstaltungen und Diskussionen haben viel zum Verständnis der Hungerstreiks beigetragen. Vielleicht wären sie zu einem früheren Zeitpunkt noch hilfreicher gewesen.

Wo können sich Menschen hinwenden, die sich näher mit den Ideen Öcalans auseinandersetzen wollen? Gibt es wieder Veranstaltungen?

Es gibt manchmal die Tendenz, eine Informationsveranstaltung zu besuchen, *anstatt* Bücher zu lesen. Ich empfehle ganz entschieden die tatsächliche Lektüre von Öcalans Gefängnisschriften. Im Lower Class Magazine gab es letztens einen sehr lesenswerten Artikel von Peter Schaber, der mit »Lest Öcalan!« überschrieben war und viele gute Gründe dafür aufzeigt. Am besten geht die Lektüre natürlich in einem Lesekreis, den jede und jeder übrigens auch selbst gründen kann.

Es gibt auch immer wieder Veranstaltungen und Bildungsangebote von verschiedenen Seiten, allerdings werde ich mich in den nächsten Monaten überwiegend mit der Übersetzung des dritten Bandes des »Manifests der demokratischen Zivilisation« beschäftigen, »Soziologie der Freiheit«. Ich hoffe, dann im nächsten Jahr dazu ganz viele Veranstaltungen machen zu können. Wir bemühen uns auch darum, dass Ostern 2020 wieder eine große Konferenz stattfinden kann. Das ist aber noch nicht hundertprozentig sicher. ♦

Halim Deners Tod jährt sich im Juni das 25. Mal

Die Toten bleiben jung

Volker Braun, 17. Mai 2019

Wer das Arbeiterjugendzentrum (AJZ) in Bieleld an der Heeper Straße kennt, der kennt auch das große Graffiti, das auf dem Rollladen in Front des AJZ zu sehen ist. Über 23 Jahre wurde es nicht übermalt und erinnert an den damals 16-jährigen, kurdischen Jugendlichen Halim Dener, der in der Nacht vom 30. Juni 1994 von einem zivilen SEK-Polizisten in Hannover beim Plakatieren beobachtet und von hinten erschossen wurde.

Bielefelds Oberstaatsanwalt Udo Vennewald ließ dem Vorstand des Jugendzentrums nun einen Strafbefehl zukommen in der Höhe von 3000 EURO, weil das AJZ der Handlungsanweisung der Bielefelder Polizei nicht folgte, das Graffiti freiwillig zu übermalen. Vennewald erklärt, dass nach neuster Beschlusslage des Bundesinnenministeriums das Graffiti einen Verstoß gegen das Vereinsgesetz darstellt. Dieser Erlass, die kurdischen Embleme zu verbieten, wurde noch vom Ex-Innenminister de Maizière rausgegeben, weil diesem nicht entgangen war, dass aus einer kleinen kurdischen Bewegung ein Volksaufstand und aus einer Guerilla eine kurdische Armee geworden ist, die dem Faschismus unter riesigen eigenen Opfern eine Grenze aufzeigt und ein für alle Mal damit Schluss sein muss, dass brennende deutsche Leopardpanzer die Tagesschau beenden.

Die Heckler&Koch- und Rheinmetall-Dynastien zerstören die Lebensgrundlagen vieler Volksgruppen und realisieren Verwüstungen und Kontaminierung ganzer Regionen der Welt. Die Staatsanwaltschaft in Bielefeld regelt nur die Rückwirkungen davon. Früher sagte Brecht dazu »das Unrecht geht einher mit sicherem Schritt«. Der deutsche Staat ist Auftraggeber eines Polizisten, der die Lebensgeschichte eines 16-Jährigen beendet, weil er das Monopol besitzt, ungestraft zu töten.

Halim Deners Tod jährt sich im Juni das 25. Mal. Das Graffiti mit seinem Gesicht ist ein Denkmal geworden in Bielefeld, dafür, dass es sich lohnt, sich für ein Morgen einzusetzen, in dem niemand mehr reich wird durch Kriegswaffenproduktion. Die Bielefelder Polizei behauptet, einen »Beschuldigten« identifiziert zu haben, der das Graffiti gesprüht hat. Ihre Drohungen sollen nur einschüchtern, denn sie wissen, dass der Sprayer vor vielen Jahren verstarb. Er hat unter das Portrait von Halim Dener geschrieben: »Ich hoffe, dass ich nie von den Bullen beim Sprühen erschossen werde.« Er war jung und kam aus Hamburg und er hieß Eric.



KR

Ihm ist diese künstlerisch bedeutsame Arbeit zu verdanken. Der Vorstand des Bielefelder AJZ schreibt nun, dass sie sich juristisch zur Wehr setzen werden und bittet um Solidarität.

Vielleicht wäre es auch an der Zeit, Erics Kunstwerk zu restaurieren und einen Antrag bei der Denkmalschutzbehörde zu stellen, es in die Liste der bedeutenden Kunstdenkmäler der Stadt aufzunehmen … Zudem gibt es die Möglichkeit, am 6. Juli in Hannover um 14 Uhr am Ernst-August-Platz an einer bundesweiten Gedenkdemonstration für Halim Dener teilzunehmen. ♦

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint
regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Qamişlo: Protest der kurdischen Frauenbewegung gegen die täglich zunehmenden Angriffe der Türkei auf Rojava/Nordsyrien und Südkurdistan.

Rückseite:
Bei einem Luftwaffenangriff der Türkei auf die Medya-Verteidigungsgebiete kam Sarah Handelmann/Sara Dorşîn am 7. April ums Leben.

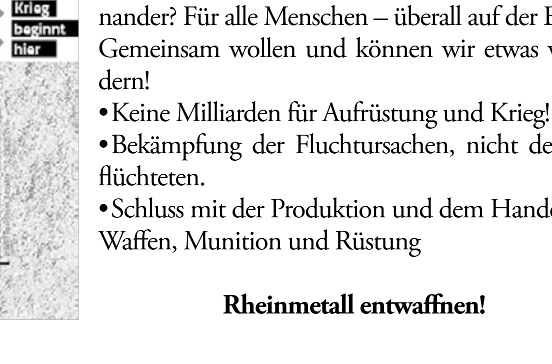
Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



****

aus dem Aufruf des Bündnisses Rheinmetall entwaffnen:

Mit unserem Camp vom 1. bis 9. September 2019 sind wir mitten in der Ortschaft – umgeben von Menschen, in deren Familien seit Generationen Verbindungen zum großen Arbeitgeber Rheinmetall bestehen. Wir begegnen ihnen und uns untereinander mit fragender Haltung: Wollen wir wirklich so weiterleben?
Das herrschende Wirtschaftssystem verheißt für die einen (sehr viel) mehr, für die anderen weniger Wohlstand. Das ist sicherlich verlockend. Ausgeblendet bleibt dabei, dass dieser ›*Reichtum*‹ auf Raub und Ausbeutung weltweit beruht und ein »*weiter so*« unsere Zukunft kaputt macht.
Zählt nicht etwas anderes viel mehr: ein Leben ohne Ausgrenzung und Konkurrenz, ohne Angst um den Arbeitsplatz, ohne Hunger, Elend und Gewalt, ein Leben in Sicherheit, in einem solidarischen Miteinander? Für alle Menschen – überall auf der Erde! Gemeinsam wollen und können wir etwas verändern!



- Keine Milliarden für Aufrüstung und Krieg!
- Bekämpfung der Fluchtursachen, nicht der Geflüchteten.
- Schluss mit der Produktion und dem Handel von Waffen, Munition und Rüstung

Rheinmetall entwaffnen!



»Trotz dieser Sicherheit des Habens bewundern wir aber Menschen mit einer Vision von etwas Neuem.
Die neue Wege bahnen, die den Mut haben voran zu schreiten.
In der Mythologie verkörpert der Held symbolisch diese Existenzweise.
Der Held ist ein Mensch, der den Mut hat, zu verlassen was er hat
– sein Land, seine Familie, sein Eigentum – und in die Fremde hinauszuziehen,
nicht ohne Furcht, aber ohne ihr zu erliegen.« (E. Fromm)
Mit diesen Worten wollen wir unserer Freundin Sara sagen, dass sie eine dieser Heldinnen war, die den Geist des Widerstandes verkörperte und die auf ihrem Weg Brücken baute, die wir weiter verfolgen werden und für die wir ihr auf ewig dankbar sind.

Sarah Handelmann/Sara Dorşîn verlor am 7. April bei einem Angriff der türkischen Luftwaffe auf die südkurdischen Medya-Verteidigungsgebiete ihr Leben.

ISSN 0935-5375